

**P. b. b.** Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

# Stenographisches Protokoll

153. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 24. Oktober 1969

**Tagesordnung**

Erste Lesung: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970

**Inhalt****Personalien**Krankmeldungen (S. 13265)  
Entschuldigung (S. 13265)**Ausschüsse**

Zuweisung des Antrages 117/A und der Regierungsvorlagen 1412 bis 1417 (S. 13265)

**Verhandlungen**Erste Lesung der Regierungsvorlage (1388 d. B.):  
Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970

Redner: Peter (S. 13266), Dr. Withalm (S. 13274), Dr. Kreisky (S. 13297) und Bundesminister Dr. Koren (S. 13307)

Zuweisung (S. 13310)

**Eingebracht wurden****Anfragen der Abgeordneten**

Hellwagner und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend Strompreis für Aluminium-Hütte Ranshofen (1440/J)

Dr. Tull und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, betreffend Anrufung des Schiedsgerichtes gemäß Artikel 25 des Finanz- und Ausgleichsvertrages durch die Republik Österreich (1441/J)

## Beginn der Sitzung: 9 Uhr 5 Minuten

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta, Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner, Dritter Präsident Wallner.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 150. Sitzung vom 21. und 22. Oktober und der 151. Sitzung vom 22. Oktober 1969 sind in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Czernetz und Adam Pichler.

Entschuldigt hat sich der Abgeordnete Mistingner.

Den eingelangten Antrag 117/A der Abgeordneten Dr. Geißler, Gertrude Wondrack, Dr. Scrinzi und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Dentistengesetz, BGBl. Nr. 90/1949, neuerlich abgeändert wird, weise ich dem Ausschuß für soziale Verwaltung zu.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

1412 der Beilagen: Zusatzvertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und der Republik Österreich zum Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und der Republik Österreich zur Regelung von vermögensrechtlichen Beziehungen vom 23. Juni 1960, dem Außenpolitischen Ausschuß;

1413 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über finanzielle Leistungen an die altkatholische Kirche abgeändert wird,

1414 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche abgeändert wird, und

1415 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über finanzielle Leistungen an die israelitische Religionsgesellschaft abgeändert wird,

dem Unterrichtsausschuß;

1416 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Gewerbesteuerengesetz 1953 und das Finanzausgleichsgesetz 1967 gemäß § 5 Abs. 3 der Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle 1962 ergänzt werden, und

1417 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Katastrophenfondsgesetz neuerlich abgeändert wird,

dem Finanz und Budgetausschuß.

**Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970 (1388 der Beilagen)****Präsident:** Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum einzigen Punkt der Tagesordnung: Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970 (1388 der Beilagen).

13266

Nationalrat XI. GP. — 153. Sitzung — 24. Oktober 1969

**Präsident**

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die 34 Seiten umfassende Budgetrede des Herrn Finanzministers ist auf weite Strecken eine mißlungene Lobhudelei auf die ÖVP-Alleinregierung. Sie ist darüber hinaus in ihrer Gesamtheit (*Zwischenruf des Abg. Guggenberger*) eine Negativbilanz der monocoloren Regierung für die Zeit von 1966 bis 1969.

Meine Damen und Herren der Regierungspartei! Ob Sie es glauben oder nicht: Die Budgetsituation 1970 ist durch die vorangegangene und heute noch anhaltende Periode einer brutalen Steuer- und Abgabewirtschaft auf dem Rücken des Steuerzahlers gekennzeichnet. Dieses unerbittlich brutale Steuersystem ist eines der wesentlichsten Charakteristika der ÖVP-Alleinherrschaft von 1966 bis 1969. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Diese Politik wird nunmehr ... (*Abg. Doktor Gruber: Abgabewirtschaft — was heißt denn das?*) Es ist eine Abgabewirtschaft im Sinne der Steuererhöhungen. Es ist ferner eine Abgabewirtschaft im Sinne der Erhöhung der Abgaben, Herr Abgeordneter Dr. Gruber, die auf dem Rücken und zu Lasten der Familie Österreicher ausgetragen wird.

Die 34 Seiten Selbstlob in der Budgetrede des Herrn Finanzministers Professor Koren werden genauso am 1. März 1970 dem Urteil des Wählers ausgesetzt sein wie die Politik der Österreichischen Volkspartei von 1966 bis 1969. Korens Weg vom „Paukenschlag“ — er hat diesen Ausdruck selbst gewählt — bis zur Stunde der Wahrheit, die nunmehr mit dem Bundesfinanzgesetz 1970 geschlagen hat, ist ein wenig überzeugender Weg für die Österreichische Volkspartei. Es ist daher nicht verwunderlich, daß bei diesem „Koren-Paukenschlag“ und bei diesem „Withalm-in-die-Tschinellen-Greifen“, wie wir es beim ÖIG-Gesetz gesehen haben, ein nicht überzeugendes ÖVP-Spektakel herausgekommen ist.

Wenn die Politik, im besonderen die Finanzpolitik der Österreichischen Volkspartei, überzeugend gewesen wäre, dann hätte sie dem Urteil des Wählers besser standgehalten, als es auf Grund der Wahlen des Jahres 1969 der Fall war. Dieses erste Urteil, also ein „Vorurteil“ des Wählers, ist bereits gefällt worden und geht auf Kosten und zu Lasten der Österreichischen Volkspartei. Das rechtsgültige Urteil über die Österreichische Volkspartei wird der österreichische Wähler am 1. März 1970 fällen. (*Abg. Fachleutner: Freu dich nicht zu früh!*) Das „Vorurteil“ ist gefällt! Es ist ein im Grundgehalt sicherlich

richtiges Urteil. (*Zwischenrufe der Abg. Minkowitsch und Glaser.*) Herr Staatssekretär, wenn Sie es präzisiert haben wollen: Es ist der Vorentscheid des Wählers — damit wir uns darauf einigen.

Nachdem dieses Mißverständnis beseitigt ist, darf ich fortfahren. (*Ruf bei der ÖVP: Hoffentlich täuschen Sie sich nicht!*)

Ich komme zurück zur ÖVP-Ausgabewirtschaft seit dem Jahre 1966. Die Österreichische Volkspartei brachte es fertig, die Staatsausgaben zur Zeit ihrer Alleinherrschaft um ein Viertel des Budgetvolumens aufzublähen. Es gelang aber der Österreichischen Volkspartei hingegen nicht, ein neues Budgetkonzept zu erarbeiten und es dem Hohen Haus zur Beschlußfassung vorzulegen. Hier ist also die Österreichische Volkspartei wie in vielen anderen entscheidenden Fragen gescheitert. Sie war nicht in der Lage und konnte sich nicht dazu entschließen, die angekündigte Budgetreform in die Tat umzusetzen. (*Abg. Machunze: Haben Sie noch nie etwas vom neuen Haushaltsrecht gehört, Herr Kollege!*) Wo ist es denn? (*Abg. Machunze: Im Unterausschuß ist es hängengeblieben!*) Hängengeblieben ist es also, Herr Machunze! Das müssen wir der Vollständigkeit halber festhalten.

Damit kommen wir zu einem weiteren Wesensmerkmal der Politik der ÖVP-Alleinregierung seit dem Jahre 1966. Es ist dies das Anziehen der Steuerschraube. Die Österreichische Volkspartei ist auf Grund der absoluten Mehrheit, die ihr der österreichische Wähler im Jahre 1966 übertragen hat, übermütig geworden. Und durch dieses Übermütigwerden hat sie eine Finanz- und Steuerpolitik betrieben, die wesentliche Nachteile für die Öffentlichkeit nach sich gezogen hat. Aber durch diesen Übermut ist die Volkspartei zugleich in eine Krise getrieben worden, wie sich an Hand der Wahlergebnisse des Jahres 1969 geoffenbart hat.

Und so ist denn diese letzte Budgetdebatte Anlaß auch dafür, jenes Finanzgesetz einer eingehenden Durchleuchtung zu unterziehen, das diese Alleinregierung einer kommenden Regierung als Erbe hinterläßt.

Zweifelsohne ist diese Politik durch eine starke Überheblichkeit gekennzeichnet, die uns vor allem in den Beratungen im Parlament immer wieder von der Einparteienregierung entgegengebracht wird.

Es ist — und der gestrige Tag hat es ja wieder einmal eindeutig unterstrichen — eine Politik der Überheblichkeit (*Abg. Doktor Mussil: Von Überheblichkeit brauchen Sie nicht zu reden!*), aber auch eine Politik der Anmaßung, Herr Dr. Mussil, und es ist eine

**Peter**

gefährliche Politik, die die Österreichische Volkspartei betrieben hat, wie der Verlauf der gestrigen Debatte eindeutig unterstrichen hat.

Gestern standen bei der Spionagedebatte die Fundamente des Rechtsstaates in diesem Hohen Hause zur Diskussion. Die unverständliche Haltung der Regierungsmehrheit zu den Fundamenten des Rechtsstaates ist durch den Verlauf der Debatte negativ zutage getreten. Wie die Sprecher der ÖVP gestern mit einer Handbewegung über schwere Mißstände im Staatspolizeiapparat des Staates hinweggegangen sind, ist bezeichnend für jene Politik, wie sie seit dem Jahre 1966 von der ÖVP betrieben wird. Die ÖVP wird diese Politik am 1. März kommenden Jahres auch zu verantworten haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nun möchte ich mich mit einer Anregung auseinandersetzen, die der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, Herr Dr. Withalm, vor einigen Wochen der Öffentlichkeit überantwortet, zu der mein Klubobmann Dr. Tongel schon Stellung genommen hat, die aber von freiheitlicher Seite aus Anlaß der Budgetdebatte nicht unwidersprochen bleiben kann. Es handelt sich um den Vorschlag des Herrn Dr. Withalm, die Budgetdebatte im Plenum des Nationalrates auf drei Tage zu reduzieren, während der Schwerpunkt der Beratungen in den Finanz- und Budgetausschuß verlegt werden soll.

Hiezu darf ich namens der freiheitlichen Abgeordneten feststellen: Auch wir sind, genauso wie die beiden anderen Fraktionen, gegen einen parlamentarischen Leerlauf. Auch unsere Zeit ist kostbar — genauso wie die des Herrn Abgeordneten Dr. Withalm. Man kann mit uns Freiheitlichen sicher darüber reden, wie die Budgetdebatte im Plenum des Nationalrates in einem vernünftigen Rahmen gehalten werden kann. Ich möchte aber ebenso klar und unmißverständlich feststellen, daß jene drei Tage, die eine Budgetdebatte im Plenum des Nationalrates nach den Vorstellungen Dr. Withalms dauern soll, nach Auffassung unserer Fraktion unannehmbar sind.

Übrigens haben ja auch in der Ära der großen Koalition, als hinter den Kulissen die sehr harte Regie des Koalitionsausschusses waltete, Budgetdebatten im Plenum des Nationalrates im Durchschnitt ungefähr 10 Tage gedauert. Man sollte unter einer Einparteienregierung nicht andere Gedanken und schlechtere Gedanken ventilieren, als sie zur Zeit der großen Koalition bestanden haben. *(Abg. Dr. Mussil: Langsam werden Sie ein Anhänger der großen Koalition!)* Das können nur Sie sein, weil ich eine große Koalition nicht eingehen

kann. *(Lebhafte Heiterkeit.)* Ich kann Ihnen nicht helfen! Dr. Mussil soll nicht immer von sich auf andere schließen. Er ist schon so durcheinander, daß er sich nicht mehr zwischen großer und kleiner Koalition zu rechtfindet. *(Abg. Weikhart: Mussil, das war ein Eigentor!)*

Das Argument des ÖVP-Klubobmannes, es könnten alle Fragen ohnehin im Finanz- und Budgetausschuß gründlich durchdiskutiert werden, geht an einer entscheidenden Tatsache vorbei, nämlich an der, daß die Vertreter der Regierungspartei und deren Sprecher hinter den verschlossenen Türen des Finanz- und Budgetausschusses auf viele heikle Fragen, wie die Erfahrung lehrt, sehr unzureichende Antworten geben. Die Vertreter der ÖVP-Alleinregierung lassen sich und ließen sich in der Vergangenheit der letzten drei Jahre von den Abgeordneten der Oppositionsparteien nicht bewegen, zu wesentlichen Problemen der österreichischen Politik Stellung zu nehmen. Wenn der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei unverbindlich erklärt hat, man könnte den Finanz- und Budgetausschuß allenfalls öffentlich tagen lassen, so betrachte ich das als ein Ablenkungsmanöver von den tatsächlichen Gegebenheiten. Hier im Plenum, und damit auch vor den Augen der Öffentlichkeit, müssen die Regierungsmitglieder zu unbequemen Fragen Stellung nehmen! So, Herr Dr. Withalm, wird es auch in Zukunft bleiben müssen.

Die Genehmigung des Staatshaushaltes durch die Volksvertretung ist überall und seit jeher für die Abgeordneten Gelegenheit und Anlaß, berechtigte Wünsche und Forderungen der Bevölkerung oder einzelner ihrer Gruppen vorzutragen und in Erinnerung zu rufen. Noch mehr als das, was die Regierung zu einzelnen Forderungen der Bevölkerung in einem der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Ausschußlokal zu sagen hat, interessiert uns Freiheitliche, was die Regierung hier im Plenum des Nationalrates und damit vor der Öffentlichkeit zu sagen und zu vertreten hat.

Vor allem aber, Herr Abgeordneter Withalm, zeigen folgende Überlegungen, wie indiskutabel eine nur dreitägige Budgetdebatte im Plenum des Nationalrates wäre. Sowohl die Annahme als auch die Ablehnung eines Bundesvoranschlages bedingen, daß dieser schwerwiegenden Entscheidung eine gewissenhafte und kritische, vor der Öffentlichkeit somit also auch verfolgbare Durchleuchtung der Staatsfinanzen und der Verwaltung überhaupt vorangeht. Die Budgetdebatte ist die jährlich nur einmal wiederkehrende, von einer engen thematischen Bindung an einen

13268

Nationalrat XI. GP. — 153. Sitzung — 24. Oktober 1969

**Peter**

bestimmten Tagesordnungspunkt unabhängige Gelegenheit zu einer alle Bereiche der staatlichen Verwaltung umfassenden Diskussion.

So gesehen, ist der auf eine bloß drei Tage dauernde Generalbedatte lautende Vorschlag des Klubobmannes der Österreichischen Volkspartei eine Zumutung an jeden Abgeordneten, der seine Aufgaben ernst nimmt. Das, Herr Dr. Withalm, wagen Sie als Demokratiereform zu bezeichnen. Eine Änderung der Budgetdebatte in Ihrem Sinne und nach Ihrem Vorschlag können wir Freiheitlichen unter gar keinen Umständen als Demokratiereform betrachten. (*Abg. A. Schlager: Die Schweizer haben neun Stunden!*) Was für die Schweiz Gültigkeit hat, muß nicht unbedingt für Österreich zutreffen, Herr Abgeordneter Schlager. Ich bitte, nicht außer acht zu lassen, daß die demokratische Tradition der Schweiz auf viel größere Erfahrungen zurückgeht als die der Republik Österreich. (*Abg. Dr. Pittermann: Außerdem direkte Demokratie!*) Ganz richtig wirft Herr Dr. Pittermann ein, daß in der Schweiz die direkte Demokratie praktiziert wird. (*Abg. Doktor Gruber: Aber nicht beim Budget!*)

Nun zur Entwicklung des Staatshaushaltes. Die im Sommer veröffentlichte OECD-Studie über Österreich spricht von einem Fortschreiten der konjunkturellen Erholung der österreichischen Volkswirtschaft. In dieser Analyse wird die Zunahme des Bruttonationalprodukts für 1969 mit 5,5 Prozent geschätzt. Besondere Aufmerksamkeit verdient in dieser OECD-Studie die nachdrückliche Warnung, die für 1969 auf dem Investitionssektor veranschlagte hohe Zuwachsrate für ausreichend zu erachten. Denn bekanntlich erreicht das diesjährige Investitionsvolumen der österreichischen Wirtschaft nur den Durchschnittswert der sechziger Jahre.

Breiten Raum widmet darüber hinaus die OECD-Studie in diesem Jahr der dringend gebotenen Verbesserung unserer Industrie- und Exportstruktur. Gerade das Bemühen um eine Verbesserung der Industrie- und Exportstruktur wird jedoch laufend durch die kaum mehr zumutbaren Belastungen in Form von Steuern und Abgaben, die die Wirtschaft zu tragen hat, untergraben. Die derzeitige Budget- und Steuerpolitik der ÖVP-Alleinregierung erweist sich in zunehmendem Maße als eine ernste Gefahr für das Wachstum und die weitere Entwicklung der österreichischen Wirtschaft. Darüber kann auch der eingetretene konjunkturelle Aufschwung nicht hinwegtäuschen, und der Herr Finanzminister sollte diesen Eindruck nicht zu erwecken versuchen.

Der Präsident der Industriellenvereinigung hat sich vor einigen Monaten einer sehr deutlichen Sprache bedient, als er das derzeit geltende Steuersystem in Österreich als ausgesprochen wachstumsfeindlich bezeichnete.

Dr. Mayer-Gunthof meinte weiter, das österreichische Steuersystem bestrafe den fleißigen und fortschrittlichen Wirtschaftler, indem die Eigenkapitalbildung in den Betrieben ungenügend gefördert wird, und hemmt damit die unerläßliche Investitionstätigkeit.

Die Klage der österreichischen Wirtschaft über das Mißverhältnis zwischen Eigen- und Fremdkapital auf Grund der derzeit geltenden Steuerpolitik ist ja auch den Abgeordneten des Wirtschaftslandes und der Österreichischen Volkspartei nicht unbekannt. Und einer der Vorwürfe, die wir Freiheitlichen gegenüber der ÖVP-Alleinregierung erheben müssen, ist der, daß es dieser nicht gelungen ist, eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Eigen- und Fremdkapital zugunsten des Eigenkapitals herbeizuführen. Auch auf diesem Gebiet kann sich die Einparteienregierung nicht mehr auf Koalitionshemmnisse ausreden. Die ÖVP hat fast vier Jahre hindurch die Möglichkeit gehabt, mit diesem Mißverhältnis aufzuräumen.

Es mag für Österreich als einem Land, das in der traurigen Olympiade der europäischen Steuerbelastung immerhin die Bronzemedaille und damit den dritten Platz innehat, von Nutzen sein, zur Kenntnis zu nehmen, was der sozialistische Finanzminister Schwedens in letzter Zeit namens der sozialistischen Arbeiterpartei zu sagen hatte. Finanzminister Sträng warnte nachdrücklich vor einer Steuerpolitik, die zu einer Kapitalflucht in Länder mit einem freundlicheren Steuerklima führen könnte.

Was vielleicht auch für die linke Seite dieses Hohen Hauses von Interesse ist, ist die sehr klare Feststellung Strängs, der vor einer Steuer- und Finanzpolitik warnte, die „Gleichheit durch Besteuerung“ fordert beziehungsweise dem Motto „Die Reichen sollen zahlen“ zugeordnet ist. Diesem Unsinn hat Schwedens Finanzminister Sträng eine klare Absage erteilt. Das sollte auch der konservativen ÖVP-Alleinregierung in Österreich endlich bewußt werden. Sie war es aber, die die Steuerschraube in den letzten Jahren für große Teile der Bevölkerung empfindlich hart angezogen hat.

Die Wirtschaft braucht nicht nur eine Steuerpolitik, die der Leistung ausreichenden Anreiz bietet und die über die Ermöglichung von Investitionen zu verbesserten Strukturen führt. Sie braucht darüber hinaus — wie oft

**Peter**

wurde das von der Regierungsbank her betont — eine seriöse, verantwortungsbewußte und gerade deswegen vorausschauende Budgetpolitik. Eine Budgetpolitik wie die der ÖVP-Alleinregierung, die sich darin erschöpft, die Phase der Budgetvorbereitung ängstlich vor der Opposition und vor der Öffentlichkeit geheimzuhalten, die aber im übrigen von der Hand in den Mund lebt und selbst die allernächste Zukunft, wie etwa das nächstfolgende Haushaltsjahr, im Ungewissen läßt, ist schlechthin Gift für die österreichische Wirtschaft.

Welche Vorsorge wurde durch die Budgetpolitik der ÖVP-Alleinregierung, die eine volle Gesetzgebungsperiode hindurch durch nichts und von niemandem daran gehindert wurde, zu zeigen, was sie zu leisten vermag, für die kommenden Jahre getroffen?

Jeder weiß, wodurch die Zukunft gekennzeichnet sein wird:

a) durch eine überaus ernste Lage im Staatshaushalt nach 1970 und

b) durch eine sich schon seit langem ankündigende Defizitlawine des Budgets in den siebziger Jahren.

Das letzte Budget, das es in dieser Gesetzgebungsperiode zu beschließen gilt, und das letzte Budget, das von einer ÖVP-Alleinregierung vorgelegt wird, ist nichtsdestoweniger ein Glied in einer Kette von Staatshaushalten, wodurch sich eine isolierte Betrachtung von vornherein verbietet.

Der Herr Finanzminister verweist ja in seiner Budgetrede immer auf den Zusammenhang von 1966 bis 1969. Daher müssen wir, gerade weil es die letzte Budgetdebatte in dieser Gesetzgebungsperiode ist, auch den Zusammenhang der Finanzgesetze dieser Einparteienregierung berücksichtigen.

Es liegt auf der Hand, daß Budgetdefizite, wie sie in den letzten Jahren bis zu dem nunmehr vorläufigen Rekord in der Höhe von 9 Milliarden Schilling zu verzeichnen waren und wie sie sich für die siebziger Jahre bedrohlich ankündigen, volkswirtschaftlich nicht zu vertreten sind. Nur bei anhaltender Konjunktur macht sich die Höhe dieser Defizite nicht negativ bemerkbar. Eine Konjunkturgarantie aber gibt es nicht. Gerade in der derzeitigen konjunkturell günstigen Situation hätte es dem Herrn Finanzminister ein besonderes Anliegen sein müssen, hier vorzusorgen. Wann denn sonst, wenn nicht in einer Phase des Konjunkturaufschwunges sollen Defizite abgebaut und verringert werden? Etwa dann, wenn die Konjunktur wieder nachläßt und Hand in Hand damit die Einnahmen zurückgehen beziehungsweise gleichzeitig erhöhte Investitionsausgaben der öffentlichen Hand notwendig werden?

Zu einem solchen Zeitpunkt, Herr Finanzminister, wird die Regierung nicht in der Lage sein, diesen Erfordernissen zu entsprechen. Gegen das bedrohliche Auseinanderklaffen zwischen den Einnahmen und den Ausgaben im Budget wurde und wird von der ÖVP-Alleinregierung bei weitem nicht genug getan. Von einer wenigstens teilweisen Verringerung dieses Abstandes im Haushalt 1970 ist nichts festzustellen.

Herr Finanzminister! Das Bundesfinanzgesetz für 1970 enthält keine neuen Ideen für einschneidende Sparmaßnahmen. Das Bundesfinanzgesetz für 1970 enthält keine tiefgreifenden Ausgabenumschichtungen und daher auch weiterhin keine Beweglichkeit des Staatshaushaltes. *(Zwischenruf des Abg. Staudinger.)* Das zu entscheiden ist nicht Aufgabe der Opposition! Das zu lösen ist Aufgabe der Regierung, die sich anmaßt, allein die Macht im Staate auszuüben. *(Ruf bei der ÖVP: Anmaßt?)* Natürlich, heute ist es bereits eine Anmaßung, Herr Staudinger! Ich verweise noch einmal auf die absolute Mehrheit, die Sie, die ÖVP-Fraktion, de jure noch haben, die aber in der Bevölkerung nicht mehr existent ist. De facto haben Sie die absolute Mehrheit der Österreichischen Volkspartei heute bereits verloren! *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Wir nehmen nur, meine Damen und Herren der Regierungsmehrheit, das Recht in Anspruch, unsere Meinung in diesem Hohen Haus genauso frei und offen zu äußern, wie Sie es tun. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Keine Vorschläge, nur negative Kritik!)* Das ist die alte abgedroschene Walze einer Regierungsmehrheit, der sonst nichts mehr einfällt. *(Erneute Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Also bitte, meine Damen und Herren, jetzt beruhigen Sie sich wieder etwas! *(Anhaltende Zwischenrufe.)* Ich habe gesagt, man soll sich wieder etwas beruhigen.

**Abgeordneter Peter** *(fortsetzend)*: Die Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei sind ungehalten darüber, daß ich negative Kritik an der Politik der ÖVP-Alleinregierung übe. Leider war die Politik der ÖVP-Alleinregierung nicht so, daß man sie positiv beurteilen kann, denn dann bräuchte man ja keine Kritik zu äußern. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Bessere Vorschläge!)*

Nun zu den besseren Vorschlägen. Wie oft sind Ihnen — ich will gar nicht in Anspruch nehmen, daß es bessere gewesen sind — sachlich fundierte Vorschläge in den Ausschüssen unterbreitet worden, doch Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volks-

13270

Nationalrat XI. GP. — 153. Sitzung — 24. Oktober 1969

**Peter**

partei, haben diese Vorschläge niedergestimmt, ohne sie geprüft zu haben, weil diese Vorschläge nicht von der Regierungsmehrheit gekommen sind. *(Der Redner nimmt einen Schluck Wasser. — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Gruber: Laßt's den Peter trinken!)* Dem Abgeordneten Gruber fällt heute auch nichts ein, daher dieser Zwischenruf. *(Abg. Dr. Gruber: Peter! Heißt das: Ihnen auch nicht? — Abg. Dr. Withalm: Sie haben „auch“ gesagt! — Heiterkeit bei der ÖVP.)* Mir ist viel eingefallen. Eines steht fest, Herr Abgeordneter Gruber: daß ich mehr Stunden beim Studium der Budgetrede des Finanzministers Dr. Koren zugebracht habe als viele der Abgeordneten dieser Regierungsmehrheit. Da ich mich der Mühe unterzogen habe, die Budgetrede eingehend zu studieren, mir meine Gedanken darüber zu machen, nehme ich mir auch das Recht heraus, diese Gedanken zu äußern, ob es der Österreichischen Volkspartei paßt oder nicht! *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! Der Ton macht die Musik, und seit gestern nachmittag haben Sie keine glückliche Hand bezüglich des Tons. Sie haben sich gestern bereits im Ton empfindlich vergriffen und scheinen die Absicht zu haben, das heute fortzusetzen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Meißl: Es geht ja um die Kandidatenaufstellung! Deshalb schreien sie so!)* Ja, sie müssen sich bemerkbar machen, damit sie wieder aufgestellt werden, weil sie einige Schwierigkeiten haben mit dem Ergebnis der Volksbefragung, die inzwischen von der ÖVP durchgeführt wurde. Gerade für Herrn Zittmayr war ja die Frage akut, ob er in einen anderen Wahlkreis transferiert werden sollte. Daher macht er sich heute besonders bemerkbar. *(Abg. Dr. Gruber: Das ist eine völlig falsche Darstellung!)* Aha, dann hat die Zeitung wieder einmal falsch berichtet, Herr Gruber? *(Abg. Dr. Gruber: Um den Wahlkreis ist es überhaupt nicht gegangen! — Ruf bei der ÖVP: Solche Befragungen gibt es bei euch nicht! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Wenn die ÖVP mit ihren Zwischenreden fertig ist, werde ich dann fortsetzen.

**Präsident:** Also bitte, meine Damen und Herren, etwas Zurückhaltung jetzt. Am Wort ist der Abgeordnete Peter.

Abgeordneter **Peter** *(fortsetzend)*: Jene ÖVP-Alleinregierung, die das erste Budget der mit schweren staatsfinanziellen Hypotheken belasteten siebziger Jahre erstellt hat, hat auch eine schwere Verantwortung übernommen, kann aber dieser Verantwortung im nächsten Haushaltsjahr nicht gerecht werden, weil sie in der jetzigen Zusammensetzung sicher nicht mehr vorhanden sein wird. Und dieser schweren

Belastung zeigt sich die ÖVP-Alleinregierung, wie gerade der vorliegende Bundesvoranschlag zeigt, nicht gewachsen. Mit diesem Bundesvoranschlag hat die Regierung Klaus-Withalm weiter an Glaubwürdigkeit verloren.

Das ist die Realität, an der auch eine Reihe wohlklingender Gesetzestitel nichts zu ändern vermag. Denn jene Gesetze, deren Titel Strukturverbesserungen und Förderungen aller Art verheißen, führen derzeit noch ein papierenes Dasein und haben sich noch nicht bewährt. Auf das Wirtschaftsgeschehen konnten sie darüber hinaus noch keinen Einfluß nehmen. Ihre praktischen Auswirkungen bleiben daher abzuwarten, und zwar im Hinblick auf die oben geschilderte Gesamtsituation mit äußerster Skepsis. Der hieb- und stichfeste Beweis, ob diese sogenannten Verbesserungs- und Förderungsgesetze soviel wert sind, wie die Österreichische Volkspartei glauben machen will — das mag von der ÖVP sicher mit Erleichterung empfunden werden —, wird jedenfalls in einem Zeitraum zu erbringen sein, der nach den kommenden Nationalratswahlen liegt.

Das Strukturverbesserungsgesetz etwa ist noch nicht wirtschaftspolitische Realität. Eine Realität, mit der sich die Wirtschaft zu arrangieren haben wird, ist, beginnend mit 1. März 1970, bereits die durch den Generalkollektivvertrag fixierte Arbeitszeitverkürzung.

Wir freiheitlichen Abgeordneten sind der Meinung, daß gerade Sie von der Österreichischen Volkspartei mit dem Abschluß des Generalkollektivvertrages zur schrittweisen Herabsetzung der Arbeitszeit der Wirtschaft eine schwere Bürde auferlegt haben; aber nicht nur der österreichischen Wirtschaft, sondern in weiterer Folge auch Tausenden Arbeitnehmern in Österreich.

Darf ich die Abgeordneten der ÖVP daran erinnern, daß 79 Prozent aller österreichischen Betriebe bis zu 5 Personen beschäftigen, das sind zusammen rund 145.000 Unternehmungen in Österreich. Weitere 45.000 Unternehmungen unseres Landes beschäftigen 6 bis 100 Personen, das sind weitere 19 Prozent aller Betriebe. Zusammenfassend ergibt sich also hinsichtlich der Betriebsgrößen folgendes Bild: 98 Prozent aller österreichischen Betriebe beschäftigen höchstens bis zu 100 Menschen, das sind mehr als 200.000 Betriebe. Gerade diesen Betriebsinhabern und ihren Beschäftigten hat die ÖVP mit der Herabsetzung der Arbeitszeit in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation eine nicht zu lösende Bürde auferlegt.

Hier hat die Österreichische Volkspartei eine Politik in die Wege geleitet, die den Übergang vom Selbständigen zum Unselbständigen dynamisiert. Diese Abwanderungen und diese Veränderungen werden weitaus rapider und

**Peter**

dynamischer einsetzen, als es Ihnen, meine Herren ÖVP-Abgeordneten, in der weiteren Folge lieb sein wird.

Sie haben bei der Herabsetzung der Arbeitszeit genauso wie die sozialistische Fraktion zudem außer acht gelassen, daß für den österreichischen Arbeitnehmer derzeit nicht nur die Herabsetzung der Arbeitszeit als sozialpolitisches Hauptanliegen zur Diskussion steht, sondern daß es darüber hinaus weitere Anliegen dieser Art gibt, wie die Abgeltung der Teuerung durch Lohnerhöhungen, wie die Erweiterung und Verlängerung desurlaubes auf Grund der angespannten gesundheitlichen Situation der Arbeitnehmer, wie etwa die Herabsetzung des Rentenalters. Aber Sie haben vergessen — gerade Sie von der Österreichischen Volkspartei! —, zu sagen und darauf aufmerksam zu machen, daß man einmal verdientes Geld nicht zu ein und demselben Zeitpunkt für drei oder vier sozialpolitische Hauptanliegen zugleich ausgeben kann.

Darin liegt die Problematik, die Sie von der ÖVP geschaffen haben und die Sie nicht bewältigen werden, weil die österreichische Wirtschaft auf die 40-Stunden-Woche derzeit nicht vorbereitet ist. Die Klein- und Mittelbetriebe, die Familienbetriebe, den Kleinstbetrieb in diese Situation hineinzustürzen, erachten wir Freiheitlichen als eine Maßnahme, die gegenüber der mittelständischen Wirtschaft unter gar keinen Umständen verantwortet werden kann.

Und nun würde mich interessieren — leider sind die beiden Herren nicht da; ich möchte Herrn Präsidenten Sallinger und Herrn Generalsekretär Dr. Mussil ansprechen —, was die Vertreter der Bundeshandelskammer zu folgenden Ausführungen des Dr. Alfred Klose vom 14. August 1969 sagen. In dem Artikel „Perspektiven der aktuellen Wirtschaftspolitik“ heißt es:

„Die Entwicklung nähert sich einem starken Engpaß auf dem Arbeitsmarkt. Diese Entwicklung dürfte sich durch die für 1. Jänner 1970 beschlossene Herabsetzung der Arbeitszeit auf 43 Stunden verstärken und damit strukturellen Charakter erhalten.

Die Einigung über die etappenweise Verkürzung der Arbeitszeit bis zum 1. Jänner 1975 auf 40 Stunden legt der Wirtschaft für die nächsten Jahre bedeutende Lasten auf ... Dies wird vor allem dann deutlich, wenn man die mittel- und langfristige Entwicklung des Arbeitskräftepotentials in Österreich verfolgt.

Dieses sinkt auch ohne Berücksichtigung der Arbeitszeitverkürzung bis 1970 noch weiterhin ab und würde sich erst 1972 etwas stärker erhöhen. Durch die Arbeitszeitverkürzung schwindet aber jede Hoffnung auf eine solche

Erhöhung des Arbeitskräftepotentials vor Mitte der siebziger Jahre.“ — Soweit Dr. Alfred Klose.

Auch das hätten die ÖVP-Abgeordneten bedenken müssen, bevor die Herren Sallinger und Mussil ihre Unterschrift unter die Arbeitszeitherabsetzung gesetzt haben. Und so ist die Situation: Die dringend notwendige Strukturverbesserung unserer Wirtschaft wird noch nicht zum Tragen gekommen sein, da wird es schon die verkürzte Arbeitszeit mit all ihren Konsequenzen geben.

Nun darf ich namens der freiheitlichen Abgeordneten die Stellungnahme zur Entstehungsgeschichte dieses Budgets abgeben. Zu dem während der Sommermonate entbrannten Streit um die Veröffentlichung von Budgetzahlen haben wir uns Gedanken gemacht. Wir sind folgender Meinung:

Es unterliegt nach Ansicht von uns Freiheitlichen keinem Zweifel, daß das für den Bundesvoranschlag geltende Veröffentlichungsverbot des Artikels 51 Abs. 1 der Bundesverfassung erst dann einsetzt, wenn der fertige, vom Ministerrat beschlossene Bundesvoranschlag vorliegt. Erst dann ist unseres Erachtens das Veröffentlichungsverbot wirksam. Auf die der Vorbereitung dieses Voranschlages dienenden Arbeiten der Regierung oder einzelner Ministerien kann die gegenständliche Bestimmung im Artikel 51 Abs. 1 der Bundesverfassung keine Anwendung finden. Die Argumente, die in diesem Zusammenhang von Regierungsseite vorgebracht werden, sind daher nicht überzeugend. Von einem Veröffentlichungsverbot, das auf die Budgetvorarbeiten anwendbar wäre, ist in der österreichischen Bundesverfassung ebensowenig zu lesen wie von jener merkwürdigen Institution einer ÖVP-Budgetklausur, in der bekanntlich derzeit die eigentlichen Entscheidungen über das Budget fallen.

Noch ein Wort zum sehr lauten Siegesruf, den die Österreichische Volkspartei ob der so rasch, so glatt und so geheim über die Bühne gegangenen regierungsinternen Budgeteinigung angestimmt hat: Wir Freiheitlichen haben das registriert, aber wir haben ebenso aufmerksam registriert, daß alle Ressortverhandlungen glatt vonstatten gegangen sind. Wir müssen der ÖVP-Alleinregierung bescheinigen, Herr Abgeordneter Dr. Withalm: So schnell wie dieses Mal wurde keine Ministerunde absolviert!

Wir Freiheitlichen ziehen daraus den Schluß, daß alle Minister außerordentlich mit dem zufrieden sind, was ihnen der Finanzminister zugestanden hat. Denn wären sie es nicht, so hätten die Ressortverhandlungen doch nicht in einer absoluten Rekordzeit erledigt werden können. Ich schließe also aus dem so dyna-

**Peter**

mischen und zügigen Ablauf der Ministerrunde, daß alle Minister mit dem zufrieden sind, was sie vom Finanzminister bekommen haben.

Namens der freiheitlichen Fraktion darf ich auf Grund dieser Tatsache ankündigen, daß wir bei den weiteren Beratungen über den Bundesvoranschlag für das Jahr 1970 jedes einzelne Ressort daraufhin untersuchen werden, ob die Dotierung in allen wichtigen Bereichen tatsächlich so zufriedenstellend ist, wie dies aus dem Eilzugstempo der Ressortverhandlungen gefolgert werden könnte.

Wir werden uns durch eingehendes Studium der Teilhefte zum Bundesvoranschlag davon überzeugen, ob die Herren Minister die Interessen ihrer Ressorts mit allem Nachdruck vertreten haben oder ob sie nur schlechthin „brav“ waren, um dem Herrn Finanzminister und dem Herrn Bundeskanzler recht viel Freude zu machen. Wir werden gegebenenfalls jeden einzelnen Minister ersuchen, uns seine durch rasche Einigung zur Schau getragene Zufriedenheit im Laufe der Spezialdebatte näher zu erläutern.

Nunmehr darf ich die Bilanz der monocoloren Regierung ziehen, die Bilanz auf Grund der ÖVP-Wahlpropaganda des Jahres 1966 sowie der Regierungserklärung vom 20. April 1966 einerseits und den durch die ÖVP-Alleinherrschaft geschaffenen politischen Realitäten andererseits. Ich werde mir erlauben, diese Bilanz an Hand dessen zu ziehen, was die ÖVP sowohl in der Wahlbroschüre geschrieben als auch in der Regierungserklärung gesagt hat.

Die Wahlkampfbrochure 1966 — die lautet: „Die ÖVP gibt Antwort auf die Fragen der Gegenwart und der Zukunft“ — fordert Vorrang im Staatshaushalt für die Ausbildung unserer Jugend und für die Forschung. „Die ÖVP wird für die Realisierung der modernen Bildungsgesellschaft eintreten.“

Erklärung der Bundesregierung: Vorrang im Staatshaushalt für Bildung und Forschung.

Die Realität sehe ich so: Ein gewisser Vorrang wurde im Budget eingeräumt. Eine Lösung der Schulprobleme, wie Lehrermangel, Schulraumnot, ist jedoch nicht abzusehen. Während FPÖ und Sozialistische Partei der Öffentlichkeit ein Bildungskonzept vorgelegt haben, fehlt ein Bildungskonzept der Österreichischen Volkspartei trotz der Wahlversprechungen und trotz der Regierungserklärung bis zum heutigen Tag.

Ein sogenanntes — die Betonung liegt wirklich auf „sogenanntes“ — Forschungsförderungsgesetz wurde beschlossen. Im Budget 1970 sind 45 Millionen für den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung vorgesehen. Das ist weniger als ein halbes Promille

der Ausgabensumme des gesamten Budgets; mit einem Wort: Von den hochtönenden Versprechungen ist ein Trinkgeld für die Forschung in Österreich übriggeblieben.

Weiter sagt die ÖVP-Wahlbroschüre: Klare Europapolitik und beschleunigter Vertragsabschluß mit der EWG unter Wahrung unserer Neutralität.

In der Regierungserklärung wurde es so formuliert: Fortführung der Verhandlungen mit der EWG, „um einen raschen Abschluß des Vertrages zu bewirken“. „Die neue Bundesregierung wird die bisherigen Verhandlungen über ein Abkommen mit der EWG erfolgreich zu Ende führen müssen und damit sicherstellen, daß unsere wirtschaftliche Entwicklung gegenüber den westlichen Industrieländern nicht zurückbleibt.“

Die Wirklichkeit sieht so aus: Nur wortreiche Willenskundgebungen und Sonntagsreden, lendenlahme diplomatische Versuche, zaghafte Schritte, keine Lösung. Die allgemeine Lethargie der ÖVP in der Integrationsfrage erkennt man daran, daß in der Budgetdebatte 1969, Herr Klubobmann, kein einziger ÖVP-Abgeordneter zur Integration das Wort ergriffen hat, ein Beweis dafür, daß Ihnen das Integrationsthema — leider muß man das betonen — nicht am Herzen liegt.

Eine weitere Forderung der ÖVP-Wahlbroschüre lautet: „Hilfe für junge Ehepaare und sozial Schwache durch Beseitigung der ungerechten und unsozialen Verhältnisse in der Wohnungswirtschaft und Verwirklichung des ÖVP-Wohnungsprogramms ... Übergang von der Objekt- zur Subjektförderung ... Die ÖVP verlangt die familiengerechte Wohnung als eine wesentliche Voraussetzung gesunder Familien.“

Die Regierungserklärung formulierte es ähnlich: In der Wohnungswirtschaft „können keine zaghaften Einzelmaßnahmen, hier kann nur noch eine Generalbereinigung Abhilfe schaffen“. „Dafür zu sorgen, daß unseren jungen Familien eine ausreichende Zahl von modernen und familiengerechten Wohnungen zu finanziell erschwinglichen Bedingungen zur Verfügung steht, erscheint der Bundesregierung als das wichtigste familienpolitische Ziel.“ „Eine gerechte und soziale Gesamtreform der österreichischen Wohnungswirtschaft.“

Das Versprechen lautete auf „Generalbereinigung“. Die Realität besteht in der Schaffung mehr wohlklingender als wohnungswirksamer Gesetzestitel, wie Wohnbauförderungsgesetz, Mietrechtsänderungsgesetz und ähnliches. Detailschritte sind getan worden, das sei objektiv zugestanden, die Generalbereinigung, die Sie versprochen haben, sind



**Peter**

Sie der österreichischen Öffentlichkeit schuldig geblieben.

Weiter verlangt die ÖVP-Wahlbroschüre: Verstärktes Wachstum der Wirtschaft als Voraussetzung für die Steigerung der Einkommen, Löhne und Gehälter, Renten und Pensionen; Steuerermäßigung, Geldwerterhaltung und Bekämpfung des Preisauftriebes; Reform der Umsatzsteuer; gerechte Familienbesteuerung.

Alles sehr zu unterstreichende, sehr wesentliche Forderungen, denen man beipflichten kann. Unterstrichen wurden diese Forderungen der ÖVP-Wahlbroschüre in der Regierungserklärung mit folgender Formulierung:

Vorrang für die Stabilität des Schillings, Förderung des Wirtschaftswachstums, gerechtere Einkommensverteilung. „Der Umfang des Budgets muß sich nach der Entwicklung der laufenden Einnahmen richten. Die Staatsschuldenpolitik muß ebenfalls dem Grundsatz der Währungsstabilität untergeordnet werden.“ „Beseitigung der Strukturschwächen in unserer Wirtschaft, Förderung von Investitionen. Reform der Lohn- und Einkommensteuer. Diese Reform soll einen verstärkten Leistungsanreiz bieten und eine gerechtere Familienbesteuerung herbeiführen.“

Zu den Realitäten ist zu sagen, daß auch eine Reihe von Gesetzen mit wohlklingenden Gesetzestiteln geschaffen wurden, wie Wachstumsgesetz, Strukturverbesserungsgesetz, Gesetz über die Förderung von Entwicklungs- und Erneuerungsinvestitionen, Einkommensteuergesetz 1967; das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz ist in Arbeit.

Sicher: Die Talsohle des Wirtschaftswachstums ist überwunden. An unserer veralteten Wirtschaftsstruktur hat sich jedoch nichts Wesentliches geändert. Gerade das sogenannte 2. Abgabenänderungsgesetz machte die Milderung des Steuerdruckes nicht nur zunichte, sondern es bedeutete einen noch tieferen Griff in die Tasche des Steuerzahlers. Die Umsatzsteuer, Herr Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, wurde nicht reformiert, sondern erhöht. Auch in diesem Punkt sind Sie Ihrem Wahlprogramm 1966 und ebenso Ihrer Regierungserklärung 1966 untreu geworden.

Weiter fordert die ÖVP-Wahlbroschüre die Sanierung der Bundesbahnen mit dem Ziel des Abbaues ihres Milliardendefizits.

Die Regierungserklärung verlangte: „Modernisierung und Rationalisierung sowie Leistungssteigerung der ÖBB bei gleichzeitiger Sanierung.“

Das Bundesbahngesetz hat wohl einen klingenden Titel, die Sanierung ist nicht erfolgt, der Ab-

bau des Milliardendefizits ist nicht erfolgt, zweimalige Tarifierhöhungen haben Sie allerdings vorgenommen!

Nun zu einem der am wenigsten gelungenen Experimente der ÖVP. In der Wahlbroschüre wurde der Energieplan gefordert. Diese Forderung wurde in der Regierungserklärung mit folgenden Worten unterstrichen: Aufbringung billiger Energie — in diesem Zusammenhang ein modernes Energiekonzept.

Ein in der Aufmachung aufwendiges „Energiekonzept“, das auf viele Fragen, wie zum Beispiel das Kohlenproblem, keine Antwort gibt, haben Sie vorgelegt. Dieses Energiekonzept enthält aber keine konkreten Maßnahmen und keine Wege zu billigen Energiequellen. Solange die Energiequellen nicht billiger werden, so lange wird zum Beispiel Kärnten wesentliche wirtschaftliche Probleme nicht lösen können.

Über die dauerhafte Lösung der Probleme der verstaatlichten Industrie brauche ich nicht mehr zu sprechen. Das geschah in dieser Woche bei der ÖIG-Novellierung bereits so ausführlich, daß man es sich ersparen kann.

Weiter enthält die Wahlbroschüre der Österreichischen Volkspartei die Forderung: Sparsamkeit und Modernisierung in der öffentlichen Verwaltung.

Die Regierungserklärung unterstreicht dies mit dem Satz: „Die öffentliche Verwaltung bedarf einer tiefgreifenden Modernisierung nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.“

Ich erinnere an die Fanfarenstöße mit dem Staubsaugerkomitee, die wirkungslos verhallt sind. Die Wirkung des Staubsaugerkomitees war gleich Null.

Die Geheimwaffe für die Verwaltungsreform, Staatssekretär Gruber, ist bis jetzt das einzige, was eingespart wurde. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Geheim war er ja nicht!*) Er wurde vorerst geheim entwickelt. (*Abg. Doktor Hertha Firnberg: Er war die Wunderwaffe, nicht die Geheimwaffe!*) Einigen wir uns auf Wunderwaffe. Dr. Gruber ist aber auch keine Wunderwaffe gewesen. Tatsächlich wurde er auf der Regierungsbank eingespart und hat rechtzeitig die Flucht als Botschafter in die USA angetreten.

Es wäre nun verlockend, über mindestens noch ein Dutzend ähnlicher Wahlversprechungen der Österreichischen Volkspartei, die nicht gehalten wurden, zu sprechen. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit verzichte ich darauf und fasse die Kritik der freiheitlichen Fraktion zum Bundesfinanzgesetz 1970 zusammen:

**Peter**

Da die Zeit der Alleinregierung dem Ende zugeht, hinterläßt sie uns folgendes ... (*Abg. Robert Graf: Wer weiß!*) Zehn Flaschen Sekt, Herr Abgeordneter, daß es nach dem 1. März 1970 keine Alleinregierung mehr gibt! Gilt die Wette? (*Abg. Robert Graf: Nein!*) Warum gilt sie nicht? Ich halte die zehn Flaschen Sekt aufrecht, daß es keine Alleinregierung, weder eine schwarze noch eine rote, nach dem 1. März 1970 geben wird. (*Abg. Robert Graf: Das ist wider besseres Wissen!*) Haben wir (*auf die Regierungsbank zeigend*) überhaupt jetzt noch eine Regierung? Es ist nämlich schon wieder niemand da! (*Abg. Probst, auf die leere Regierungsbankweisend: Die Alleinregierung ist schon eingetreten!*) Auch das stellt sich die ÖVP nach 1970 unter Alleinregierung vor! Danke für die Aufklärung! (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Haben Sie das mit dem Rechenschieber ausgerechnet oder nur mit Fingerspitzengefühl prognostiziert?*)

Frau Dr. Firnberg! Darf ich Sie gerade auf Grund dieses Zwischenrufes an das „österreichische Wunder“ vom vergangenen Wahlsonntag erinnern? Es ist dem österreichischen Universitätsprofessor Dr. Bruckmann am vergangenen Sonntag mit Rechenschieber und Handrechenmaschine gelungen, den Trend präziser zu berechnen, als es in der Bundesrepublik den Computern möglich war. Eine österreichische Leistung, über die wir uns freuen können. (*Beifall bei der FPÖ und SPÖ.*)

Der Nachlaß der Österreichischen Volkspartei am Ende der Gesetzgebungsperiode zeigt folgendes Bild: Die ÖVP-Alleinregierung hinterläßt Österreich und seiner Bevölkerung:

ein Budget, für dessen Auswirkungen sie selbst nicht mehr geradezustehen haben wird;

ein Budgetdefizit in der Rekordhöhe von nahezu 9 Milliarden Schilling und damit einen Staatshaushalt, der seiner für die siebziger Jahre erwarteten Krise nichts entgegenstellt, das geeignet wäre, diese Entwicklung aufzufangen;

und die ÖVP-Alleinregierung hinterläßt eine Steuerlast, unter der die Wirtschaft stöhnt, und befristete Sondersteuern, von denen wir befürchten müssen, daß sie sich — auch nach der Nationalratswahl — als sehr langlebig erweisen werden, wie das bei Provisorien in Österreich so üblich ist.

Noch wäre Gelegenheit, Herr Finanzminister, im Rahmen der General- und Spezialdebatte zu sagen, mit welchen Maßnahmen man nach Ihren Vorstellungen der immer weiter auseinanderklaffenden Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben begegnen wird. Richten Sie jetzt nicht wieder das Wort

an uns, wir, die Opposition, mögen Ihnen Vorschläge unterbreiten. Die Erstattung dieser Vorschläge ist und bleibt Aufgabe der Regierung. Dem Herrn Finanzminister und der ÖVP-Alleinregierung ist in diesem Zusammenhang nichts anderes eingefallen, als die Steuern zu erhöhen.

Die ÖVP-Alleinregierung hinterläßt Österreich ferner eine öffentliche Verwaltung, die entgegen allen Ankündigungen nicht entscheidend modernisiert, rationalisiert und vereinfacht wurde, und sie hinterläßt einen Verwaltungsapparat, der schwerfällig und aufgebläht ist.

Die ÖVP-Alleinregierung hinterläßt weiter eine verstaatlichte Industrie, die trotz der Novellierung des ÖIG-Gesetzes nach wie vor der Tummelplatz parteipolitischer Machtinteressen ist.

Die ÖVP-Alleinregierung hinterläßt darüber hinaus ein Schulchaos, das nicht so drückend sein müßte, wie es tatsächlich ist, hätte sich die Regierungspartei nicht erst unter dem Druck des Schulvolksbegehrens und damit der öffentlichen Meinung fünf Minuten vor Zwölf, sondern gleich am Beginn der Gesetzgebungsperiode zu einer realistischen Schulpolitik aufgerafft.

Sie hinterläßt ebenfalls eine Landwirtschaftspolitik, die im Zeichen von Demonstrationen steht.

Die ÖVP-Alleinregierung hinterläßt eine Integrationspolitik, die versagt hat, und dürftigste Ergebnisse der Außenpolitik.

Schließlich hinterläßt uns die monocolare ÖVP-Regierung eine soziale Lage, die dadurch gekennzeichnet ist, daß — einigen Wahlzuckerln zum Trotz — die Ärmsten unter den Armen weiterhin die Lückenbüßer für die mangelnde Bereitschaft oder das Unvermögen der ÖVP-Alleinregierung sind.

Alles in allem: Um die Dinge in Österreich optimistisch zu sehen, müßte man sie durch Herrn Pisas Propagandabrillette betrachten. Das wäre aber eine gefährliche, von der ÖVP betriebene Täuschung und Selbsttäuschung, an der wir Freiheitlichen nicht mitschuldig werden können und wollen.

Auf Grund dieser Erwägungen sagen wir Freiheitlichen zum Bundesfinanzgesetz 1970 nein. (*Beifall bei der FPÖ.*)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Withalm. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Withalm (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe das Gefühl, daß mein Vorredner, der Abgeordnete Peter, als er Bilanz zu ziehen versuchte, sich gar nicht dessen bewußt war,

**Dr. Withalm**

daß er mit diesem Ziehen der Bilanz, die nach seiner Auffassung eine negative Bilanz sein soll, nachgewiesen hat, wie ungeheuer viel in Österreich seit dem 6. März 1966 geschehen ist. *(Zwischenruf des Abg. Peter.)* Das war also keine negative Bilanz, sondern eine sehr positive Bilanz. Ich werde mir gleichfalls gestatten, für die Zeit von 1966 bis heute eine Bilanz zu ziehen.

Ich würde allerdings, Herr Kollege Peter — wenn ich Ihnen einen Rat geben darf —, raten, doch nicht Wetten auf den 1. März 1970 abzuschließen. *(Abg. Peter: Wenn ich sie verliere, muß ich sie zahlen und nicht Sie! — Heiterkeit.)* Denn mir scheint, Herr Abgeordneter Peter, die Zeit des Salzburger Frühlings für die Freiheitliche Partei bereits vorbei zu sein. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Peter: Kommt ein neuer ÖVP-Frühling?)* Die Landtagswahlen in Niederösterreich haben bereits im Herbst 1969 stattgefunden, nämlich am 19. Oktober 1969. *(Abg. Melter: Vergessen Sie Vorarlberg nicht, Herr Withalm!)* Und das Ergebnis war für die Freiheitliche Partei bereits ein herbstliches, Herr Abgeordneter Peter! *(Abg. Peter: 60 Prozent Stimmenzuwachs in Vorarlberg, 30 Prozent Stimmenzuwachs in Niederösterreich!)* Herr Abgeordneter Peter! Was nützen Ihnen die 60 Prozent Stimmenzuwachs, wenn Sie das Ziel, das Sie sich gesetzt haben, nicht erreicht haben ... *(weitere Zwischenrufe)*

**Präsident:** Bitte aber keinen Stimmenzuwachs an Zwischenrufen! *(Heiterkeit.)*

Abgeordneter Dr. Withalm *(fortsetzend)*: ... nämlich in den Landtag von Niederösterreich zu kommen? Das war Ihr Wahlziel. Der Umstand, daß Sie 30 Prozent, 40 Prozent oder 50 Prozent mehr Stimmen bekommen, ist dabei vollkommen uninteressant! *(Abg. Melter: Für Sie ist das uninteressant, Herr Withalm!)* Sie sitzen jedenfalls im Landtag von Niederösterreich für weitere fünf Jahre nicht, Herr Abgeordneter Peter! Das haben Sie angestrebt. *(Abg. Peter: Herr Dr. Withalm! Zehn Flaschen Sekt, daß es ab März keine ÖVP-Alleinregierung mehr gibt!)* Moment, ich werde gleich darüber reden. *(Weitere Zwischenrufe.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Lassen Sie endlich den Sekt, sonst bekommt man einen Gusto darauf! *(Heiterkeit.)*

Abgeordneter Dr. Withalm *(fortsetzend)*: Herr Abgeordneter Peter! Ich weiß nicht, ob Sie nicht die Ergebnisse der Salzburger Gemeinderatswahlen auf die Landtagswahlen des Frühjahr 1969 umgerechnet haben. Wenn

Sie das getan haben, müßten Sie bemerkt haben, daß bei den Salzburger Gemeinderatswahlen, wenn sie auf die Landtagswahlen umgerechnet würden *(Abg. Peter: Die Gemeinderatswahlen haben Sie verloren, und wir haben gewonnen!)*, die Freiheitliche Partei bereits wieder ein Mandat verloren hätte. Das sind Ergebnisse von Umrechnungen. Lesen Sie die „Salzburger Nachrichten“ von vor drei Tagen; dann hätten Sie das feststellen können. *(Abg. Peter: Das hat aber der Pisa mit dem Computer ausgerechnet!)*

Im übrigen darf ich Ihnen sagen: Die Nationalratswahlen finden am 1. März 1970, also im „Winter“, statt. Ich bin jetzt kein Prophet, aber ich glaube, das weiß jeder, das spürt jeder *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Jeder glaubt, Sie reden zum Budget! Das dürfte ein Irrtum sein!)*: Diese Wahlergebnisse des 1. März 1970 werden im Gegensatz zum Salzburger Frühling 1969 und meinetwegen auch noch zum Herbst 1969 für Sie, für die Freiheitlichen, ein richtiges Winterergebnis bringen. Davon bin ich wirklich überzeugt! *(Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe der Abg. Melter und Peter. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Was nun meinen Vorschlag anlangt, nachdem Sie auf die Abwicklung der Budgetdebatte Bezug genommen hatten, möchte ich folgendes sagen: Ich habe darauf hingewiesen, daß es nach meiner Auffassung nicht zweckmäßig ist, daß das gleiche Thema zweimal in der gleichen Länge und Breite abgewickelt und debattiert wird. *(Zwischenruf der Abg. Dr. Hertha Firnberg.)* Hier befinde ich mich ... Frau Dr. Firnberg, seien Sie vorsichtig, denn gleich neben Ihnen sitzt der Abgeordnete Gratz, der die gleiche Auffassung wie ich vertritt *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Warum muß ich da vorsichtig sein?)*, daß das nicht zweckmäßig ist. *(Zwischenruf des Abg. Peter.)*

Ich glaube, in der Broschüre, die Sie, Herr Abgeordneter Gratz, und Dr. Broda herausgebracht haben, steht sehr klar und deutlich drinnen, daß es auf Dauer nicht nur nicht zweckmäßig, sondern nicht mehr zu verantworten ist, daß so viel Zeit im Parlament aufgewendet wird, um das gleiche Thema zweimal abzuhandeln. *(Abg. Lanc: Aber von drei Tagen steht nichts drinnen!)* Im übrigen hat ja Ihr Klubobmann gleichfalls gesagt *(Abg. Melter: Der Zustand der ÖVP ist hoffnungslos! — Zwischenruf der Abg. Dr. Hertha Firnberg)*: Natürlich wird sich darüber reden lassen, nur wird man das jetzt nicht mehr zum Ausklang dieser Legislaturperiode machen, sondern man wird, wenn eine neue Legislaturperiode an-

**Dr. Withalm**

gebrochen sein wird, über diese Fragen reden. (*Abg. Dr. Broda: Ich stehe auch dazu, daß wir das tun werden!*) Ich hoffe, Herr Kollege Dr. Broda, daß Sie zu dem, was Sie in einer Broschüre schriftlich festgelegt haben, auch stehen werden, woran ich nicht zweifle. (*Abg. Lanc: Ich stehe dazu, daß es nicht bei drei Tagen bleiben wird!*)

Und nun gestatten Sie, daß auch ich eine Bilanz lege. Das wird jetzt nicht eine Bilanz, wie Sie sie gesehen haben oder zu zeichnen versucht haben, Herr Abgeordneter Peter, sondern eine sehr, sehr positive Bilanz.

Das Budget, das der Finanzminister am 21. Oktober diesem Haus vorgelegt hat, ist das fünfte Budget der gegenwärtigen Regierung. Es hat in der Geschichte der Zweiten Republik — von der Geschichte der Ersten Republik rede ich in diesem Zusammenhang überhaupt nicht — noch keine Legislaturperiode gegeben (*Abg. Moser: Wo es ein so großes Defizit gab!*), in der sich das Parlament fünfmal mit der Budgetfrage zu beschäftigen hatte. Wir haben in der Zweiten Republik sogar Legislaturperioden gehabt, in denen die Volksvertretung nur dreimal Gelegenheit hatte, von ihrer Budgethoheit Gebrauch zu machen. (*Zwischenruf des Abg. Melter.*) Wer sich jemals mit dem Staatshaushaltsplan eingehend auseinandersetzen mußte, wird sich dessen bewußt sein, welche Leistung schon allein darin steckt, daß diese Regierung heute zum fünften Mal mit einem währungsgerechten, wachstumsfördernden, sozialen Staatshaushalt mit Vorrang für Bildung und Forschung vor die Öffentlichkeit tritt. (*Abg. Weikhart: Das haben wir schon immer gehört!*) Ja, natürlich, seit die ÖVP-Alleinregierung im Amte ist, haben Sie das immer gehört. (*Abg. Weikhart: Und hat nie gestimmt!*) Weil das auch richtig ist, weil das in jedem Jahr in unserem Budget drinnen war. Herr Abgeordneter Weikhart! Ich bin Ihnen für den Hinweis, den Sie gegeben haben, dankbar. (*Abg. Weikhart: Ihre Behauptung hat nie gestimmt!*) Es wird das bestätigt, was ich behauptet habe. (*Abg. Ing. Häuser: Das ist Ihre Behauptung, sonst gar nichts!*)

Die Aufstellung des Staatshaushaltsplans war noch in keinem Jahr ein Kinderspiel. Das wissen wir alle. Das geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß vor der Bildung der ersten Alleinregierung der Zweiten Republik nicht weniger als drei Koalitionsregierungen an der Budgetfrage gescheitert sind. Die erste Regierung, die von diesem Schicksal ereilt wurde, war die dritte Regierung Figl, die im Oktober 1952 wegen Unstimmigkeiten über das Budget aufgeben mußte. Als es im Jahre 1960 zum zweiten Mal

zu einer schweren Budgetkrise kam, mußte die Regierung zwar nicht in Neuwahlen flüchten, aber immerhin kam es wegen der Nichteinigung über das Budget zu einem formellen Rücktritt der damaligen Regierung Raab III, auf welche die Regierung Raab IV folgte. Fünf Jahre später gab es die nächste Budgetkrise. (*Abg. Dr. van Tongel: Das steht alles im Amtskalender!*) An ihr scheiterte die Koalitionsregierung. So waren auch die Wahlen vom 6. März 1966 auf eine Nichteinigung über das Budget zurückzuführen.

Da daraufhin die erste ÖVP-Regierung folgte, die nun schon das fünfte Budget vorlegt, kann ich mir leicht ausmalen, warum die SPÖ an diesem Budget von vornherein keine Freude haben kann. So ist sie denn auf die Idee verfallen, die Regierung zu einem Budgetprovisorium zu drängen, weil diese Regierung angeblich nicht mehr das Recht habe, dem Hohen Haus ein für das ganze folgende Jahr geltendes Budget vorzulegen. Die gleiche Meinung hat eben Abgeordneter Peter vertreten. Ich muß es — das habe ich vor wenigen Tagen hier vom gleichen Platze aus getan — als eine sonderbare demokratische Auffassung bezeichnen, einer für vier Jahre gewählten Regierung vor dem Ablauf ihrer Amtsperiode das Recht abzusprechen, das nächste fällig gewordene Budget zu erstellen. (*Abg. Lanc: Das Recht hat ihr der Herr Pisa abgesprochen!*) Die 85 Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei repräsentieren den Willen der Wählerschaft vom 6. März 1966 (*Abg. Lanc: Sagen Sie das dem Herrn Pisa!*) bis zu dem Tag, an dem die Wählerschaft erneut zu den Urnen gerufen wird. (*Abg. Ing. Kunst: 48 Prozent der Wählerstimmen!*) Mit der klaren Mehrheit vom 6. März 1966 gaben uns die Österreicher den Auftrag, zu arbeiten und nichts auf die lange Bank zu schieben, zu entscheiden und den Problemen der Zukunft nicht auszuweichen.

Herr Abgeordneter Kunst, wenn Sie von 48 Prozent reden: Ich glaube oder ich hoffe zumindest, daß Sie die Wahlordnung beziehungsweise das Wahlrecht in Österreich kennen. Es erübrigt sich daher, zu diesem Einwurf von Ihnen überhaupt nur Stellung zu nehmen.

Es gibt — das möchte ich mit allem Nachdruck feststellen — für die Ordnung eines demokratischen Staatswesens Regeln, die sich nicht den propagandistischen Bedürfnissen einer Partei fügen, sondern von einem höheren Interesse diktiert sind. Im Sinne dieses Interesses, nämlich im Sinne der Gesamtheit unseres Volkes, haben wir konsequent den Standpunkt vertreten, auch für das Jahr 1970 ein komplettes Budget vorzulegen.

**Dr. Withalm**

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Die erste Alleinregierung in der Zweiten Republik hat mit dem regulären Ablauf der Legislaturperiode nicht nur fünf Budgets bewältigen können, für sie ist auch die Einigung über das Budget nie zu jenem Damoklesschwert geworden, als das es früher über den Koalitionsregierungen gegangen hatte, um als solches Damoklesschwert auch tatsächlich dreimal auf sie niederzufallen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang, weil diese Tatsache weitgehend vergessen worden zu sein scheint, nicht nur diesem Hause, sondern auch der gesamten österreichischen Öffentlichkeit die nervöse Spannung und das hektische Treiben in Erinnerung rufen, das bis 1965 mit jeder Verabschiedung des Budgets durch die Regierung verbunden war. Auf diese ständige Ungewißheit darüber, ob sich die Regierung überhaupt über ein Budget einigen werde, war es dann auch zurückzuführen, daß die Regierung jeweils die letztmögliche verfassungsmäßige Frist ausnützen mußte, um das Budget dem Parlament vorlegen zu können. Einmal sind sogar die Uhren stehengeblieben beziehungsweise nicht ganz richtig gegangen; wir erinnern uns doch alle noch daran.

Sehr zum Unterschied von dieser Praxis, die die Öffentlichkeit früher Wochen hindurch in Unruhe gehalten hat, ist es der gegenwärtigen Regierung Jahr für Jahr gelungen, sich über das Budget schon lange vor dem letztmöglichen Zeitpunkt zu einigen. (*Abg. Weikhart: Da war der Krieg hinter den Polstertüren, der Krieg in der eigenen Partei!*) Ich komme gleich darauf zu sprechen, weil dieses eigenartige Gerede immer von der Regierung der drei Bünde nicht verstummt, Herr Abgeordneter Weikhart; ich komme darauf schon zu sprechen. (*Abg. Ing. Kunst: Jahr für Jahr mehr Staatsschulden!*) Herr Abgeordneter Kunst! Offensichtlich wissen Sie schon nicht, was in der Wahlordnung drinnen steht. Aber wenn Sie jetzt, obwohl es vollkommen nicht zum Thema gehört — ich komme darauf noch später zu sprechen —, mit den Staatsschulden kommen, wo ich jetzt darüber rede, daß die Budgets in sehr, sehr kurzer Zeit erstellt worden sind, dann muß ich Ihnen sagen: Man kann Zwischenrufe machen so und so. Ich habe wirklich gute Zwischenrufe sehr gern, wenn man darauf eingehen kann. Bitte bieten Sie mir die Möglichkeit! Ich würde das gerne tun. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das Budget für 1967 wurde vom Ministerrat bereits am 7. Oktober 1966 verabschiedet, das Budget für 1968 am 18. Oktober 1967, das Budget für 1969 am 23. September 1968

(*Abg. Pay: Sind diese Budgets deswegen besser geworden?*), und das Budget für 1970 wird ebenfalls zu einem weit früheren Zeitpunkt vorgelegt, als er in der Verfassung vorgesehen ist. Gleichzeitig haben wir es der Öffentlichkeit ersparen können, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, ob es überhaupt zu einem Budget kommen werde oder nicht.

Dieser gravierende Unterschied zur Praxis der Koalition ist nicht etwa auf den Umstand zurückzuführen, daß die gegenwärtige Regierung eine Fleißaufgabe machen wollte. Er steht für einen sehr viel wesentlicheren Sachverhalt, der hier einmal deutlich herausgestellt werden soll. Was in Wirklichkeit hinter den unzähligen Budgetkalamitäten der letzten Koalitionsregierungen steckte, war nichts anderes als die Koordinationsschwierigkeiten, mit denen es diese Regierungen zu tun hatten (*Abg. Dr. Pittermann: Koordinationsschwierigkeiten zwischen den drei Bünden!*), Koordinationsschwierigkeiten, die wieder auf die unterschiedlichen Zielsetzungen zurückzuführen waren (*Abg. Weikhart: Die haben Sie jetzt auch!*), die beide Regierungsparteien mit den einzelnen Staatshaushaltsplänen verbanden. War es der SPÖ jeweils um ein Klassenbudget zu tun (*Abg. Probst: O je, o je!*), mit dem die Existenz ihr mißliebiger gesellschaftlicher Schichten nach und nach untergraben werden sollte (*Abg. Doktor Pittermann: Der Wahlkampf ist doch schon vorbei!*), so hatte sich die Österreichische Volkspartei der mühevollen Aufgabe zu unterziehen (*Abg. Lanc: Da müssen Sie aber selbst lachen!*), die Erfüllung der gerechten Ansprüche aller gesellschaftlichen Gruppen an das Budget sicherzustellen. — Ich weiß nicht, wer das gesagt hat: Da müssen Sie selber lachen. (*Zwischenrufe: Der Abgeordnete Lanc!*) Herr Abgeordneter Lanc, da waren Sie noch nicht im Abgeordnetenhaus (*Abg. Lanc: Aber sehr interessierter junger Zuhörer!*) und konnten natürlich auch nicht Mitglied des Koalitionsausschusses sein (*Abg. Probst: Man kann nicht auf dem Standpunkt stehen, daß nur der reden darf, der schon länger da ist! Dann darf der Koren auch nicht reden!*); aber ich darf Ihnen sagen: Diejenigen, die hier sitzen und die Mitglieder des Koalitionsausschusses waren und die sich daran erinnern, wie wir damals Budgets erstellt haben, werden, wenn sie ehrlich sind, sich sagen, daß das, was ich eben jetzt hier ausgesprochen habe, zu dem, was sich damals zugetragen hat, nicht in diametralem Widerspruch steht, um es sehr vorsichtig auszudrücken. (*Abg. Lanc: Sie lächeln ja schon wieder!*)

Damit kann ich Ihnen gleichzeitig die Antwort auf die Frage geben, warum sich diese

**Dr. Withalm**

unsere Regierung wesentlich leichter über das Budget einigen konnte: weil in ihr bei allen Schwierigkeiten, mit denen selbstverständlich auch diese Regierung zu kämpfen hatte, die integrierenden Kräfte von vornherein das Übergewicht hatten.

Es ist in der Vergangenheit besonders von der sozialistischen Opposition wiederholt behauptet worden, eigentlich bilde die ÖVP-Regierung nun eine Koalition, nur seien jetzt an die Stelle der zwei Parteien, wie eben gesagt wurde, die Bünde getreten, die sich aber in Wirklichkeit ebenso wütend beföhden wie früher die beiden Regierungsparteien. (*Abg. Dr. Pittermann: So wütend waren wir nie zueinander!*) Meine Damen und Herren! Hätte es sich tatsächlich so verhalten, dann wäre die Regierung niemals imstande gewesen, dem Hohen Haus fünf Budgets vorzulegen, und das obendrein noch ohne irgendwelche Terminschwierigkeiten. (*Abg. Weikhart: Der Maulkorb zwang sie zu schweigen! — Weitere Zwischenrufe der Abg. Probst und Zeillinger.*) Wir haben gerade in der Budgetfrage den Beweis erbracht, daß die jetzige Regierungspartei sehr wohl imstande ist, den Gesamtinteressen unseres Volkes den Vorrang gegenüber den Einzelinteressen zu sichern. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Withalms Peitsche zwang zum Schweigen!*)

Diese Regierung hat damit die entscheidende Grundlage für den wirtschaftlichen Aufstieg geschaffen, zu dem es gerade in den letzten zwei Jahren wieder gekommen ist, nachdem die diversen Disparitäten beseitigt werden konnten, die in früheren Jahren in den Staatshaushalt hineingetragen wurden, denn nur eine den Notwendigkeiten unserer Zeit Rechnung tragende Rangordnung der staatlichen Aufgaben, die namentlich im Budget ihren Niederschlag finden, konnte den Wiederaufstieg der österreichischen Wirtschaft herbeiführen. (*Abg. Lanc: Welche Disparitäten waren das?*) Das wissen Sie ganz genau, was sich in den letzten Jahren in Österreich und nicht nur in Österreich, sondern auf der ganzen Welt ereignet hat. (*Abg. Probst: Gerade vorhin haben Sie zu Lanc gesagt, er war nicht da, und jetzt soll er es wieder wissen!*) Dann soll er aufpassen, ich werde jetzt einen Leistungsbericht geben. Er ist ein junger Abgeordneter; es ist sehr gut, wenn er dann aufpaßt, wenn ich den Leistungsbericht gebe. Ich glaube, als junger Abgeordneter kann er einiges daraus entnehmen. (*Abg. Dr. Pittermann: Bitte, Herr Oberlehrer ...!*)

Meine Damen und Herren! Mit dem nunmehr in Beratung zu ziehenden Budget-

vorschlag legt die Regierung Klaus II in dieser Legislaturperiode ihr letztes Budget vor. (*Abg. Weikhart: Das stimmt jetzt!*) In diesem Budget findet daher die Summe ihrer Bemühungen auf den verschiedensten Gebieten ihren Niederschlag. Alle diese Bemühungen tangieren in irgendeiner Weise den Staatshaushalt, der so gewissermaßen ihre Resultierende ist. Aus diesem Grund ist es wohl angebracht, das Budget für 1970 in einen weiteren und größeren Zusammenhang zu stellen, nicht zuletzt deswegen, um den Oppositionsparteien eine Antwort auf die Frage zu geben, ob die Regierung die von ihnen immer wieder eingeforderten Versprechungen erfüllt hat oder nicht. (*Abg. Dr. Kleiner: Das steht fest, daß sie sie nicht erfüllt hat!*)

Meine Damen und Herren! Die gegenwärtige Regierung hat ihre Arbeit unter das Leitmotiv gestellt, eine Regierung für alle Österreicher sein zu wollen. Bei diesem Leitmotiv sollte es sich nicht um eine propagandistische Zauberformel handeln, sondern sehr viel eher um einen kategorischen Imperativ, da jede Regierung, will sie im Sinne ihres verfassungsmäßigen Auftrages handeln, den Gesamtinteressen des Volkes verpflichtet ist. Unter einer solchen Verpflichtung kann sehr vieles verstanden werden, nämlich sehr vieles, das von vornherein die Gesamtheit des Volkes angeht, ob man dabei nun an die Außenpolitik, an die Wehrpolitik, an den Außenhandel oder an die Bildungspolitik denkt. Letztlich aber zielt die Frage, ob die gegenwärtige Regierung eine Regierung für alle Österreicher war, auf den Interessenausgleich zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ab, der seinen wichtigsten Niederschlag im Staatshaushalt findet.

Es ist von der Opposition, insbesondere von der sozialistischen Opposition, in diesem Hause mehr als einmal bezweifelt worden, ob sich die Regierung als ehrliche Maklerin der Interessen der einzelnen Gesellschaftsgruppen betätigt habe. Ja es wurde sogar behauptet, diese Regierung sei ihrer Zusammensetzung nach gar nicht fähig, allen Interessen gerecht zu werden, weil sie angeblich eine kapitalistische Schlagseite aufweise, die sie zum Büttel der Reichen degradiere. Wer so spricht, hat anscheinend die gesellschaftlichen Wandlungen der letzten zwei Jahrzehnte verschlafen, durch die die österreichische Bevölkerung weitgehend zu einer Gesellschaft von Arbeitnehmern geworden ist, oder er betet heute noch Schlagworte der Jahrhundertwende nach, obwohl uns von der nächsten Jahrhundertwende nur noch drei Jahrzehnte trennen.

**Dr. Withalm**

Die Funktion des Staatshaushaltes als Clearingstelle des Interessenausgleichs, über die sich ein gigantischer Umverteilungsprozeß vollzieht, verpflichtet heute jede Regierung, alle gesellschaftlichen Schichten in diese Funktion einzubeziehen. Würde eine Regierung das nicht tun, dann verginge sie sich zunächst einmal gegen das Einmaleins der modernen Wirtschaft, deren Funktioniern auf die Masseneinkommen angewiesen ist, während ihr in der weiteren Folge die Rechnung jener Schichten präsentiert würde, die bei diesem Verteilungsprozeß leer ausgegangen sind. Man soll daher diese Regierung wenigstens nicht für so dumm halten, ihr zuzutrauen, daß sie sich gegen Grundvoraussetzungen der heutigen Gesellschaft vergeht.

Hohes Haus! Als die Österreichische Volkspartei vor bald vier Jahren die Alleinverantwortung auf sich genommen hatte, stand sie in der Budgetfrage vor der schwierigen Aufgabe, gegenüber früheren Ansätzen, die mehr oder minder auf der Basis der Gefälligkeitsdemokratie zustande gekommen waren, wieder eine klare Rangordnung der Verpflichtungen des Staates festzulegen. Diese Aufgabe konnte nicht schon im ersten von ihr vorgelegten Staatshaushaltsplan zur Gänze gelöst werden, weil eine so radikale Vorgangsweise nur zu Störungen hätte führen können. Sie erforderte vielmehr ein schrittweises Vorgehen, einen allmählichen Umbau, der erst heute als im großen und ganzen abgeschlossen bezeichnet werden kann. So war es möglich, den Anforderungen, die heute Gesellschaft und Wirtschaft an das Budget stellen, mehr und mehr Rechnung zu tragen. Im wesentlichen ist es dabei um folgende Aufgaben gegangen:

1. Um die Bereitstellung von Mitteln, mit denen einer abflauenden Konjunktur wieder die Wendung nach aufwärts gegeben werden konnte. Besonders in der zweiten Hälfte des Jahres 1966 waren auch in Österreich die Zeichen einer wirtschaftlichen Rezession sichtbar geworden, die umso ernster zu nehmen waren, als sie hierzulande mit gewissen Strukturschwächen Hand in Hand gingen, die sich in dem damals bevorstehenden verschärften Konkurrenzkampf als schweres Handicap der österreichischen Wirtschaft bemerkbar machen mußten.

2. In Verbindung mit dieser erschwerten wirtschaftlichen Lage stellte sich die weitere Aufgabe, die sozialen Errungenschaften der Zweiten Republik zu bewahren und bei einem späteren Heraustreten aus dieser wirtschaftlichen Gefahrenzone weiterzuentwickeln. Ich muß jetzt schon mit besonderer Betonung feststellen, daß sich keine andere Regierung der Zweiten Republik vor die gleichen Auf-

gaben gestellt gesehen hat, wobei es vor allem galt, die positiven Auswirkungen der erst kurze Zeit bestehenden Pensionsdynamik nicht zu gefährden.

3. Endliche Sicherstellung des Vorranges für Bildung und Forschung. Dieser Vorrang hatte trotz aller Anstrengungen der jeweiligen Ressortminister viele Jahre hindurch nicht durchgesetzt werden können, entweder weil man den ÖVP-Unterrichtsministern keinen Erfolg gönnen wollte oder weil man die Vertretung der eigenen parteipolitischen Interessen für wichtiger hielt als die objektiven Erfordernisse einer modernen Gesellschaft.

4. Dazu gesellte sich weiters die Notwendigkeit der Ingangsetzung einer Strukturreform der österreichischen Wirtschaft. Inzwischen waren nämlich in der ganzen westlichen Welt auf wirtschaftlichem Gebiet neue Größenordnungen entstanden, neue weltweite Verbindungen angeknüpft worden und neue Industriezweige ins Leben getreten, die manche unserer Branchen auf den Aussterbeetat zu setzen drohten. Die österreichische Wirtschaft konnte den Anschluß an diese Entwicklung umso weniger allein finden, als sie durch veraltete Vorschriften eingeengt und im Kapitalbildungsprozeß zurückgeblieben war. Auch in diesem Fall mußte der Staat einspringen, um nach dem Rechten zu sehen.

5. Einen besonderen Platz nahm in diesem Zusammenhang die Reform der verstaatlichten Betriebe ein. Die ständigen politischen Auseinandersetzungen um die verstaatlichte Industrie hatten diese Betriebe zum Teil weit zurückfallen lassen.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang verweise ich, ohne weiteres dazu zu sagen, auf das vor wenigen Tagen beschlossene Gesetz. Wir versprechen uns von diesem Gesetz wirklich sehr, sehr viel, nämlich daß die verstaatlichten Betriebe nun endgültig so arbeiten können, wie sie arbeiten müssen, um in Zukunft wirklich ein wertvoller Bestandteil der österreichischen Volkswirtschaft zu sein. *(Abg. Ing. Häuser: Aber das versprechen Sie sich nur! — Abg. Dr. Pittermann: Dann hätten Sie keinen Krieg angefangen, sondern Zusammenarbeit gesucht!)* Herr Abgeordneter Dr. Pittermann! Sie haben sicher auch schon den Bericht des Rechnungshofes gelesen. Der Rechnungshof beschäftigt sich in seinen Ausführungen über die verstaatlichte Industrie gerade mit dem Kapitel beziehungsweise mit der Zeit, da Sie die verstaatlichte Industrie in Österreich verantwortlich leiteten. Das, was der Rechnungshof über diese Zeit zu sagen hat, wird Ihnen keine besondere Freude bereiten, wenn wir im Haus darauf hinweisen. *(Beifall bei*



**Dr. Withalm**

*der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Darüber werden wir noch reden!)* Darüber werden wir noch reden, da haben Sie vollkommen recht.

6. Schließlich standen wir vor dem Problem der Anpassung der Agrarpolitik an die moderne Gesellschaft. Der Prozeß dieser Anpassung ist zwar schon seit einiger Zeit im Gang, wie die gewaltige Umschichtung der Beschäftigten von der Landwirtschaft zur Industrie zeigt, aber auch auf diesem Gebiet war es in der Vergangenheit dem Staat nur in unzulänglicher Weise möglich, mit zielbewußten Maßnahmen seine Aufgabe der Steuerung zu übernehmen. Zum anderen Teil hatte sich das agrarpolitische Instrumentarium, das schon früher zur Verfügung gestellt worden war, abgenützt und mußte daher durch neue Instrumente ersetzt werden, wobei namentlich den Umschichtungen im Verbrauch agrarischer Güter Rechnung zu tragen war.

Ich habe diese Aufgaben deswegen so dezidiert umrissen, weil heute vielfach versucht wird, den Eindruck zu erwecken, als müsse sich erst eine künftige Regierung all der Aufgaben annehmen, die uns die Gegenwart stellt. Ich bezeichne das schlicht und einfach als eine Geschichtsfälschung, weil die Arbeit der gegenwärtigen Regierung in den vergangenen vier Jahren gerade durch die Tatsache gekennzeichnet ist, daß sie sehr wohl neue Aufgaben in Angriff genommen und neue Entwicklungen in Gang gesetzt hat. Die Lösung dieser Aufgaben, die sicherlich nicht in allen Fällen eine totale Lösung ist, eine solche auch gar nicht sein kann, ist aber auch das entscheidende Kriterium, an dem die Leistungen der gegenwärtigen Regierung zu messen sind.

Die wesentlichen Fragen, die an diese Regierung zu richten sind, lauten daher: Ist sie der wirtschaftlichen Rezession von 1966 Herr geworden? Hat sie es angesichts der geänderten Konjunkturlage zustandegebracht, die bisherigen sozialen Leistungen aufrechtzuerhalten? Hat sie diese Leistungen wieder gesteigert, als in der Konjunktur-entwicklung eine neue Wende eingetreten war? Ist sie der Forderung gerecht geworden, dem Bildungsanspruch der modernen Gesellschaft größere Mittel zur Verfügung zu stellen? Hat sie die Aufgaben erkannt, die ihr im Zuge der Weiterentwicklung der Wirtschaft zu moderneren Formen gestellt waren? Hat sie sich bemüht, die verstaatlichte Industrie auf eine gesunde Grundlage zu stellen? Hatte sie ein offenes Auge für den schwierigen und zum Teil harten Anpassungsprozeß, der in der österreichischen Landwirtschaft im Gange ist?

Meine Damen und Herren! Ich lehne es ab, den Erfolg dieser Regierung womöglich an der Widerlegung der demagogischen Behauptungen zu messen, mit denen insbesondere die sozialistische Opposition unserer Bevölkerung der ersten ÖVP-Regierung gegenüber das Gruseln beibringen wollte. Ich denke etwa an die Behauptung, diese Regierung werde Österreich in ein riesiges Armenhaus verwandeln (*Zwischenrufe bei der SPÖ*) — das haben ja nicht wir erfunden, das haben Sie erfunden —; oder an die harmlosere Behauptung, durch sie sei die Vollbeschäftigung gefährdet — lesen Sie nach, was im Wahlkampf 1966 geschrieben wurde (*Abg. Weikhart: „Keine Preiserhöhungen! — Keine Steuererhöhungen! — Keine Tarifierhöhungen!“*) —; weiters an die Behauptung, diese Regierung werde einen Klassenkampf von oben entfesseln; ferner an die Behauptung, diese Regierung werde in ihrer Konzeptlosigkeit das Land in eine neue Wirtschaftskrise hineintreiben; oder an die Behauptung — die führenden Männer der Opposition haben ja zahlreiche Behauptungen aufgestellt —, mit der ÖVP-Regierung sei der soziale Friede und der Bürgerfriede überhaupt gefährdet; oder schließlich die albernste aller dieser Behauptungen, Österreich stehe eine neue Diktatur ins Haus. Meine Damen und Herren! Das alles war vor den Wahlen vom 6. März 1966 zu lesen. (*Abg. Weikhart: Die Erfolge verdanken Sie den Gewerkschaftern, aber weniger der Regierung!*) Das Volk ist nicht so vergeblich, daß es sich daran nicht mehr erinnerte. (*Abg. Dr. Kleiner: Geben Sie der Vollständigkeit halber auch Ihre Wahlversprechen zum besten!*) Unsere Wahlversprechen war der Herr Abgeordnete Peter eben so freundlich, zuvor vorzulesen. Die Antwort auf die Fragen, die er gestellt hat, gebe ich jetzt.

Es ist traurig genug, wenn sich Oppositionsparteien zu derartigen an den Haaren herbeigezogenen Behauptungen versteigen, um eine Regierung, die sich ehrlichen Willens um eine Besserung der Verhältnisse bemühen wollte, die schlechtesten Absichten anzudichten. Das Niveau, auf das sich die Opposition — speziell auf der linken Seite — in ihrer Auseinandersetzung mit der Regierung begeben hat, war nicht immer, um mich vorsichtig und zurückhaltend auszudrücken, das objektivste. (*Abg. Weikhart: Aber das der ÖVP auch nicht!*) Damit, wenn Sie sagen, „das der ÖVP auch nicht“, mit dieser Diktion geben Sie zu, daß Sie nicht objektiv waren. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Meinerseits möchte ich auf dem Boden der Realitäten bleiben. Die Realitäten aber waren die schwierigen Aufgaben, vor die sich diese



**Dr. Withalm**

Regierung bei ihrem Amtsantritt gestellt sah. Alle mit der Erfüllung dieser Aufgaben verbundenen Forderungen waren letztlich an die Budgets der vergangenen Jahre gestellt, in denen alle jene Maßnahmen ihren Ausdruck fanden, die Österreich zugunsten der Bewältigung seiner Zukunft auf sich nehmen mußte. Daher geht es einfach und allein darum, ob die Regierung an diesen Aufgaben gescheitert ist oder ob sie sie nach bestem Wissen und Gewissen gelöst hat.

Hohes Haus! Das heute vorliegende Budget weist einen Einnahmenrahmen von 92 Milliarden Schilling auf. Geht man vom Einnahmenrahmen des Jahres 1966, also jenes Jahres aus, in welchem die Österreichische Volkspartei die Alleinverantwortung übernommen hat, als er 68 Milliarden Schilling betragen hatte, dann ergibt das eine Steigerung um beinahe 25 Milliarden Schilling oder um mehr als 30 Prozent. Von 1966 bis zum jetzigen Budget stellen wir eine kontinuierliche Aufwärtseentwicklung der Bundeseinnahmen fest, die durch folgende Zahlenreihe markiert ist: 1967 74,9 Milliarden, 1968 77,8 Milliarden und 1969 85,5 Milliarden Schilling.

In dieser Entwicklung spiegelt sich nichts anderes als der Erfolg der Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Regierung! (*Beifall bei der ÖVP.*) Denn diese Erhöhung der Einnahmenansätze in der jetzigen vierjährigen Legislaturperiode um 25 Milliarden ist im wesentlichen nicht auf eine Erhöhung von Steuern und Abgaben zurückzuführen — auch bei Berücksichtigung der Steuererhöhung von 1968 ist dank der Steuersenkung von 1967 die Steuerprogression niedriger geblieben als vor 1966; meine Damen und Herren, das bleibt Ihnen nicht unbekannt, wenn Sie die Dinge objektiv zu betrachten versuchen —, sondern auf die Mehreinnahmen, die in den vergangenen vier Jahren dank einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik erzielt werden konnten. Diese Zahlen sind eine unumstößliche Tatsache, an der gemessen das ganze Lügengebäude über eine angebliche Verschlechterung der Wirtschaftslage Österreichs unter der gegenwärtigen Regierung und über eine Verschlechterung der materiellen Situation jedes einzelnen Staatsbürgers kläglich zusammenbricht! Hier ist nichts zu rütteln und nichts zu deuteln oder mit Zahlenkunststücken abzustreiten, sondern nur zur Kenntnis zu nehmen: Den Österreichern geht es heute um ein erhebliches besser als zu dem Zeitpunkt, als diese Regierung ihr Amt angetreten hat. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Der Erfolg, der sich in der Entwicklung der Staatseinnahmen seit 1966 ausdrückt, ist umso

höher zu werten, als diese Regierung nicht im Zeichen einer Hochkonjunktur angetreten ist, deren Automatik sie sich einfach zunutze machen konnte. Es ist dem Gedächtnis unserer Bevölkerung und — wie das Ergebnis von Meinungsumfragen ergeben hat — auch der Wähler vielfach entschwunden, daß der Amtsantritt der gegenwärtigen Regierung von Sorgen über die weitere wirtschaftliche Entwicklung umschattet war, da sich schon damals die ersten Anzeichen eines Konjunktumschwungs bemerkbar gemacht hatten. Wenn sich dieser Umschwung dem Gedächtnis des österreichischen Volkes nicht sehr tief eingeprägt hatte, dann lag das vor allem an dem Umstand, daß er sich im Leben des einzelnen Staatsbürgers nicht sehr fühlbar bemerkbar gemacht hat. In Wirklichkeit aber hatte man es mit der ernstesten Rezession der letzten Jahre zu tun, deren Tiefpunkt im Jahre 1967 erreicht wurde. Damals sank die Wachstumsrate des Bruttonationalprodukts von noch 4,6 Prozent im Jahre 1966 auf 3,1 Prozent ab. Dieser Prozentsatz war zwar immerhin noch ein Erfolg, weil die Wachstumsrate in anderen europäischen Staaten bereits unter die Nullmarke gesunken war. Aber die österreichische Industrie erzeugte 1967 bereits um 0,5 Prozent weniger als im Jahre 1966. Der Beschäftigtenstand war um 3,3 Prozent geringer als im vorangegangenen Jahr. Dementsprechend wies auch die Steigerungsrate der Durchschnittsverdienste einen Rückgang auf, während bei den Tariflöhnen überhaupt keine Steigerung festgestellt werden konnte. Ebenso war die Lohnsumme in der Industrie im Jahre 1967 auf das Vorjahrsniveau gesunken. Das gravierendste Moment aber bestand darin, daß die Industrie ihre Investitionen, die 1966 noch um 3,4 Prozent zugenommen hatten, im folgenden Jahr um nicht weniger als 14 Prozent einschränkte. In der Bauwirtschaft wurde sogar um 34 Prozent weniger investiert. Diese Zahlen, die inzwischen in Vergessenheit geraten sind, zeigen deutlich genug, daß die Wirtschaft unseres Landes im Jahre 1967 an einem kritischen Punkt ihrer Entwicklung angelangt war.

Die Wende trat erst im vierten Quartal des Jahres 1967 ein. Von da an kam es zu einer zuerst langsamen, dann aber immer rascheren Erholung, die sich im Jahre 1968 zu den ersten deutlichen Anzeichen einer beginnenden Konjunktur ausweitete, um schließlich in diesem Jahr alle Merkmale einer Hochkonjunktur zu gewinnen. Schon 1968 verzeichnete die Industrie einen Produktionsanstieg um 7,2 Prozent, während ihre Produktivität sogar um die überdurchschnittliche Zahl von 9 Prozent wuchs. Langfristige Konsumgüter erzielten sogar einen Produktionsanstieg von 16,5 Pro-

13282

Nationalrat XI. GP. — 153. Sitzung — 24. Oktober 1969

**Dr. Withalm**

zent. Dementsprechend erfuhr das Bruttonationalprodukt eine reale Ausweitung um 4,1 Prozent. Nicht zuletzt kam es dazu, daß die seit Jahren anhaltende Abnahme der in der Industrie Beschäftigten im Jahre 1968 zum erstenmal gestoppt werden konnte. Im Jahre 1969, in dem es zu einer wesentlichen Beschleunigung dieser positiven Entwicklung der österreichischen Wirtschaft kam, trat erstmals seit 1964 der Fall ein, daß mehr Unternehmen hohe Auftragsbestände als niedrige meldeten. Auch in diesem Fall war das deutlichste Zeichen die Entwicklung der Investitionstätigkeit. War diese Investitionstätigkeit Jahre hindurch zurückgegangen oder im besten Fall stabil geblieben, so waren die Investitionen der Industrie schon vor Ablauf dieses Jahres um 28 Prozent höher als 1967, das heißt, daß die Konjunktur nicht mehr nur durch Investitionen des Bundes und den ansteigenden Konsum, sondern auch durch die Eigentätigkeit der Wirtschaft getragen wurde. Noch liegen die Zahlen für das ganze Jahr 1969 nicht vor, aber jedermann in Österreich weiß, daß wir neuerlich eine Hochkonjunktur zu verzeichnen haben.

Als sich 1966 und 1967 auch in Österreich die Zeichen der Konjunkturverflachung bemerkbar gemacht hatten, fanden es diverse Sprecher der Oppositionsparteien bei den seinerzeitigen Budgetberatungen für richtig, für diese Zeichen die Regierungspartei verantwortlich zu machen, obwohl in allen westeuropäischen Staaten bereits seit Jahren eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums zu verzeichnen war. Heute aber, da wir an allen Ecken und Enden über die Begleiterscheinungen einer Hochkonjunktur stolpern, sprechen die gleichen Herren, unter denen sich auch namhafte sozialistische Wirtschaftsexperten befinden, von einer „importierten Konjunktur“, so als ob die Regierung mit verschränkten Armen gewartet hätte, bis ihr die gegenwärtige Hochkonjunktur vom Ausland taxfrei ins Haus geliefert wurde. Aber so wenig wir angesichts der Verzahnung des Wirtschaftsablaufes in den einzelnen Ländern den Anteil der internationalen Hochkonjunktur an der österreichischen Konjunktur leugnen wollen, so wenig sind wir bereit, unsere eigenen Anstrengungen zur höheren Ehre der Opposition unter den Scheffel zu stellen und der österreichischen Bevölkerung weismachen zu lassen, daß alle anderen Faktoren, nur nicht die Regierung ihren Beitrag zur jüngsten Entwicklung der österreichischen Wirtschaft beige-steuert hätten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Der üble Trick, meine Damen und Herren, Mißerfolge der Regierungspartei in die Schuhe zu schieben, Erfolge aber für alle anderen, und seien es selbst Ausländer, zu reklamieren, verfängt Gott sei Dank bei

unserer Bevölkerung nicht. *(Erneuter Beifall bei der ÖVP.)*

Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, daß Bundeskanzler Dr. Klaus bereits am 20. April 1966 in seiner Regierungserklärung folgendes festgestellt hat: „Neben der Stabilität der Währung muß eine verantwortungsbeußte und gesunde Finanz- und Budgetpolitik vor allem das Wachstum fördern und damit die Vollbeschäftigung gewährleisten sowie für eine gerechtere Einkommensverteilung sorgen. Im Hinblick auf das schwächer gewordene Wirtschaftswachstum ist es Aufgabe der neuen Regierung, bereits zu Beginn der Legislaturperiode entsprechende Impulse zu geben. Die gegenwärtige Situation erfordert daher ein modernes und umfassendes Wachstumskonzept.“

Im Geiste dieser dezidierten Feststellung hat die Regierung bereits 1966 die sogenannten „Wachstumsgesetze“ dem Parlament zugeleitet. *(Abg. Dr. Kleiner: Die sogenannten!)* Die sogenannten, jawohl! Die sozialistische Opposition dieses Hauses wußte zu ihnen nur zu sagen, daß sie erstens lediglich die Reichen begünstigten und daß sie zweitens sowieso nutzlos seien, weil sie jeder gezielten Einflußnahme auf die Wirtschaft entbehrten. Als sich dann nicht schon sofort nach wenigen Wochen ein erster Erfolg einstellte, obwohl es jedem Wirtschaftskundigen klar sein mußte, daß ein solcher Erfolg erst nach einer gewissen Anlaufzeit eintreten konnte, wertete man das als Beweis der Richtigkeit für die aufgestellten beiden Behauptungen.

Im Dezember 1966 folgte dann das ÖIG-Gesetz, mit dem in einem bedeutenden Sektor der österreichischen Wirtschaft die Voraussetzungen für die Inangriffnahme einer gezielten Strukturreform geschaffen werden konnten. Da wir dieses wichtige Gesetz nicht ohne die Stimmen der sozialistischen Opposition beschließen wollten, mußten — was Kompromissen eben eigen ist — einige Verwässerungen in Kauf genommen werden. Aber trotz dieser Verwässerungen hat auch dieses Gesetz seine positiven Auswirkungen gehabt, da nicht zuletzt die verstaatlichte Grundstoffindustrie zu einem Mitträger der gegenwärtigen Konjunktur geworden ist, wie einem diesem Haus schon vor längerer Zeit zugeleiteten Bericht entnommen werden kann. Der Aufwärtstrend in der verstaatlichten Industrie ist nebenbei auch ein Beweis dafür, daß der gegenwärtigen Regierung wirklich nichts ferner liegt, als diese Industrie womöglich — wie es immer wieder heißt — zugrunde zu richten, was man immer wieder von Sozialisten und natürlich auch von Kommunisten hören kann.

**Dr. Withalm**

Meine Damen und Herren! Im Juni 1967 wurde Professor Koren in seiner damaligen Eigenschaft als Staatssekretär für wirtschaftliche Koordinierung eigens mit der Aufgabe betraut, einen Bericht über die wirtschaftliche Lage und die notwendigen Maßnahmen zu ihrer Besserung auszuarbeiten. Auf Grund dieses Berichtes, der am 2. Februar 1968 vorlag, wurde vom Ministerkomitee für wirtschaftliche Angelegenheiten ein Rahmenkonzept erarbeitet, das den aktuellen Erfordernissen gerecht werden sollte. Dieses als „Koren-Plan“ auch der ganzen österreichischen Öffentlichkeit bekanntgewordene Konzept bildete seither die Grundlage für die vielfältigen Maßnahmen der Bundesregierung nicht nur zur Bekämpfung der Rezession, sondern auch zur Einleitung jener Modernisierung der österreichischen Wirtschaft, auf die sich mehrere Koalitionsregierungen nicht hatten einigen können, aber auch jener Modernisierung, deren Notwendigkeit von der Sozialistischen Partei erst Monate später in ihrem Wirtschaftsprogramm „entdeckt“ worden ist.

So also, meine Damen und Herren, sieht jene „Konzeptlosigkeit“ der Bundesregierung aus, die ihr von der sozialistischen Opposition in ermüdender Wiederholung immer wieder vorgeworfen worden ist. Es ist diese „Konzeptlosigkeit“ auch als Hilflosigkeit der Regierung gegenüber ihren wirtschaftlichen Aufgaben apostrophiert, die angeblich keinerlei Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung der beiden letzten Jahre gehabt hat:

Nichts, meine Damen und Herren, hat nach dieser Auffassung die steuerliche Erleichterung der Investitionsfinanzierung und die Begünstigung der Selbstfinanzierung oder die Steuerbefreiung nichtentnommener Gewinne bewirkt, die durch die Wachstumsgesetze von 1966 herbeigeführt wurden. Nichts hat angeblich die Schaffung der ÖIG im März 1967 geleistet, durch die der verstaatlichten Industrie eine neue Führung und durch eine teilweise Beseitigung des Proporz zum erstenmal auch ein modernes Management gegeben worden ist. Nichts hat angeblich das Bundesgesetz zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung vom Oktober 1967 beigetragen, das nach einem vieljährigen Streit der Koalitionsparteien ebenfalls erstmalig dem Forschungsrückstand Österreichs zu Leibe rückte. Nichts hat angeblich das am 7. November 1968 beschlossene Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur gefruchtet, das Unternehmenszusammenschlüsse und Unternehmensumwandlungen erleichtern soll. Nichts hat angeblich die Förderung der Finanzierung von Entwicklungs- und Erneuerungsinvestitionen bewirken kön-

nen, ein weiteres Koren-Plan-Gesetz vom Jänner 1969, das den Finanzminister ermächtigt, namens des Bundes gegenüber Kredit- und Versicherungsunternehmungen sowie gegenüber dem ERP-Fonds Bürgschaften für Kredite zu übernehmen. Nichts haben angeblich die gleichfalls im Koren-Plan vorgesehenen Kreditgarantiegemeinschaften auf Landesebene gefruchtet, die für den Kreditbedarf der Klein- und Mittelbetriebe gedacht sind. Nichts hat angeblich die Freigabe von ERP-Mitteln in beträchtlicher Größenordnung — 1966/67 1,6 Milliarden, 1967/68 1,5 Milliarden — geleistet. Hat womöglich auch das Arbeitsmarktförderungsgesetz vom 1. Jänner 1969 nichts gefruchtet, mit dessen Hilfe in Österreich zum erstenmal eine aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben werden kann?

Ich mußte Sie leider mit der Aufzählung aller dieser Maßnahmen, Gesetze und Initiativen konfrontieren, um den Beweis zu führen, daß nicht, wie es uns die Sozialistische Partei mit ihrem Schlagwort von der „importierten Konjunktur“ einreden möchte, womöglich der deutsche Wirtschaftsminister Schiller den Hauptanteil an der jetzigen österreichischen Hochkonjunktur hat, sondern die sehr gezielten Maßnahmen der Bundesregierung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn man freilich mit einem Wirtschaftsplan aufwartet, der um viele Monate zu spät kam, um auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes überhaupt noch einen Einfluß nehmen zu können, dann kann man eben nicht zugeben, daß die Regierung etwas Ersprießliches für die Wirtschaft geleistet hat. Dann muß sich zu jenem Krankjammern der österreichischen Wirtschaft Zuflucht nehmen, um wenigstens in der Theorie die schlechteren Zeiten auszumalen, für die nach dem Wort ihres jetzigen Vorsitzenden die Sozialistische Partei die bessere Partei ist. Aber diese schlechteren Zeiten gibt es in Österreich dank der zielbewußten Maßnahmen, die von der Regierung zur Bekämpfung der Rezession getroffen wurden, Gott sei Dank nicht. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)* Damit ist aber auch eine Partei — wenigstens in einem aktuellen wirtschaftlichen Sinn — funktionslos geworden, die sich für diese schlechteren Zeiten gerüstet hat. Ich gebe zu, daß wir mit der Modernisierung der österreichischen Wirtschaft erst einen Anfang gemacht haben, weil dieses große Problem nicht von heute auf morgen gelöst werden kann. Aber ebenso steht fest, daß uns nicht erst die Opposition auf die Erfordernisse und Aufgaben aufmerksam gemacht hat oder aufmerksam machen mußte, die in diesem Zusammenhang an die Regierung gestellt sind. Wir haben diese Aufgaben bereits in Angriff genommen, noch ehe auf dem an-

**Dr. Withalm**

geblich so modernen Wirtschaftsprogramm der Sozialistischen Partei der erste Beistrich gesetzt worden ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die sozialistische Opposition behauptet nun allerdings, wir hätten die jetzt auf vollen Touren laufende Hochkonjunktur mit einer Schuldenwirtschaft ohnegleichen erkaufte. Hört man sich das alles an, dann möchte man glauben, daß wir unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehen. Nun ist es gewiß wahr, daß die Regierung versucht hat, der Wirtschaft auch über den Anleihemarkt neue Impulse zu geben. Das ist namentlich in den Jahren 1966 und 1967 geschehen, also in jenen Jahren, in denen die Wirtschaft ihre ersten Ermattungserscheinungen zeigte. *(Abg. Dr. Androsch: 1966?)* 1966 und 1967. *(Abg. Dr. Androsch: Haben Sie das Budget nicht angesehen?)* Genau! Die ersten Ermattungserscheinungen der Welt waren in den Jahren 1966 und 1967 festzustellen. Ich glaube, das hat übrigens auch Ihr Parteivorsitzender einmal festgestellt. Daß das in aller Welt mit Hilfe von Kapitaloperationen geschieht, sollte sich eigentlich auch schon bis zu den Oppositionsparteien herumgesprochen haben. Es ist wirklich kurios, von der Regierung einerseits zu verlangen, sie solle gegen die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums etwas tun, und ihr andererseits die Mittel vorzuenthalten, mit denen sie dieser Aufforderung nachkommen kann. Wie sehr man hier einen Sturm im Wasserglas entfesselt, geht aus der einwandfreien Tatsache hervor, daß im Verhältnis zum Bruttonationalprodukt Österreichs Gesamtschuldenstand im Vergleich zu früheren Jahren nicht nennenswert gestiegen ist. Er betrug 1958 11,44 Prozent und 1968 13,53 Prozent. Da der österreichische Staat aber nicht nur Schuldner, sondern auch Gläubiger ist — zu seinen Gunsten stehen zum Beispiel Dutzende Milliarden Schilling an Wohnbaurdarlehen zu Buche —, ergibt sich im Endeffekt überhaupt keine echte Verschuldung. Doch selbst wenn man eine solche aus formalen Gründen annehmen wollte, liegt Österreich mit seiner Staatsschuld weit hinter anderen Staaten zurück. *(Abg. Dr. Kleiner: Das ist ein Kunststück!)*

Meine Damen und Herren! Passen Sie jetzt auf, gerade von der sozialistischen Opposition! Ich würde Ihnen empfehlen, sich einmal im sozialistisch regierten Großbritannien und im sozialistischen Schweden nach der Höhe der Staatsschuld zu erkundigen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Während sie nämlich in Österreich im Jahre 1968 — und die Verhältnisse haben sich in der Zwischenzeit nicht grundlegend geändert — 13,53 Pro-

zent des Bruttonationalproduktes betragen hatte, betrug sie in Großbritannien — zu Ihrer Beruhigung sei es gesagt — 97 Prozent und in Schweden immerhin 69,3 Prozent. *(Abg. Mayr: Sozialistische Mißwirtschaft! — Abg. Dr. Kreisky: Abwarten!)* Demnach kann in Österreich von einer dramatischen Entwicklung der Staatsfinanzen überhaupt keine Rede sein.

Wohl aber würden die Dinge wahrscheinlich eine sehr dramatische Wendung nehmen, erhielte die Sozialistische Partei am 1. März 1970 die Chance, ihre diversen aufwendigen Programme in die Tat umsetzen zu können. Wir sind so lange nicht bereit, von der Sozialistischen Partei Belehrungen über die Staatsverschuldung entgegenzunehmen, solange sie uns nicht verrät, wiesie ihre Zukunftsprogramme finanzieren will. *(Beifall bei der ÖVP.)* Die Finanzierung dieser Programme ist heute das bestgehütete Geheimnis in ganz Österreich. Wann immer Abgeordneter Kreisky auf die Frage hin angesprochen wurde, wie die Sozialistische Partei ihre Zukunftsvorhaben finanzieren will, hat er entweder ausweichende oder völlig unzulängliche Antworten gegeben. *(Abg. Kern: „Abwarten“ hat er gesagt!)* Entweder hat er sich hinter die wissenschaftliche Binsenwahrheit zurückgezogen, daß man das Kapital nur fruchtbar anlegen müsse, dann werde es schon Zinsen tragen, oder er redete etwas von einer Reduzierung der Subventionen für die Landwirtschaft daher. Offenbar will die Sozialistische Partei, daß die Österreicher am 1. März 1970 die Katze im Sack kaufen sollen. Da wir aber in einem demokratischen Staat leben, kann die Sozialistische Partei nicht verhindern, daß sich andere über die Finanzierung ihrer Programme den Kopf zerbrechen. Nun, dabei kommt man auf ein ganz hübsches Sümmchen, das die Hundert-Milliarden-Grenze weit überschreitet. Das heißt, daß unter der — wirklich sehr theoretischen — Annahme einer vierjährigen Herrschaft der Sozialistischen Partei zusätzlich zu den jetzigen Ausgaben noch jährlich an die 30 Milliarden Schilling dazukommen würden. *(Abg. Mayr: Hört, hört!)* Die Österreicher sollten sich heute schon ausmalen, was das für ihre künftigen Steuern und für die Sicherheit des Schillings bedeuten würde. Sie brauchen allerdings nur nach Großbritannien zu schauen, um zu sehen, was bei einer sozialistischen Wirtschaftspolitik der programmatischen Großsprecherei am Ende herauskommt. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Gertrude Wondrack: Geschichtsfälschung Nr. 1!)*

Angesichts dieser Sachlage sollte die Sozialistische Partei nach dem alten Wahrwort „Wer selbst im Glashaus sitzt, soll nicht

**Dr. Withalm**

mit Steinen werfen“ nicht allzuviel von der angeblichen Schuldenwirtschaft der Österreichischen Volkspartei reden. (*Abg. Probst: Was schmeißen Sie dann damit? — Abg. Dr. Hertha Firnberg: Die Schulden haben doch Sie und nicht wir gemacht!*) Frau Dr. Firnberg, Sie waren nicht da. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: O ja, ich habe zugehört die ganze Rede!*) Ich habe mir gestattet, von dem Schuldenstand 1958 zu reden, an dem Sie auch etwas mitbeteiligt waren, und habe Vergleiche gezogen mit dem Schuldenstand 1968.

In wie gesunden Bahnen die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs seit 1966 verlaufen ist und welcher Gegensatz hier zur angeblichen Schuldenwirtschaft der Österreichischen Volkspartei klafft, zeigen am besten die Preisindizes und die feste Position unserer Währung. Mit einem Preisanstieg von 9,2 Prozent in den Jahren von 1966 bis 1968 — wobei sich die Situation im laufenden Jahr noch gebessert hat — steht Österreich heute hinter der Bundesrepublik Deutschland und Italien an dritter Stelle der Rangliste wichtiger Staaten. Das heißt, daß der jährliche Preisanstieg in dieser Zeitspanne nicht ganz 3 Prozent betragen hat. — Also das ist auch eine Bronzemedaille, von der der Abgeordnete Peter gesprochen hat. — Setzt man ihn mit der Entwicklung der Masseneinkommen in Verbindung, dann zeigt sich erst recht, daß er das Einkommen des einzelnen Staatsbürgers nicht wesentlich tangiert, weil der Zuwachs bei Löhnen und Gehältern jeweils erheblich größer war als der Anstieg der Preise. Nicht zuletzt war der Preisanstieg zwischen 1966 und 1968 geringer als zwischen 1963 und 1965, als er 11,9 Prozent betragen hatte.

Hier mich des langen und breiten über die Stabilität unserer Währung zu verbreiten hieße nach den jüngsten Erschütterungen der Währung großer Länder, wie Frankreichs und Großbritanniens, Wasser in die Donau tragen. Mit einer devisenmäßigen Deckung von 78 Prozent gehört der österreichische Schilling heute jedenfalls zu den am besten fundierten Währungen der ganzen Welt. (*Beifall bei der ÖVP.*) Auch das ist eine Tatsache, über die uns die Opposition auch mit den geschicktesten Zahlenspielerereien nicht hinwegtäuschen kann, weil jeder einzelne Österreicher die Vorteile eines solchen Preisgefüges und der Sicherheit unserer Währung am eigenen Leib erlebt.

Meine Damen und Herren! Ich stehe nicht an, in diesem Zusammenhang der verantwortungsbewußten Haltung der Wirtschaftspartner, nicht zuletzt des Gewerkschaftsbundes, meinen Tribut zu zollen. Natürlich wäre die Regierung in größere Schwierigkeiten

geraten, hätte sie auf dieses Verantwortungsbewußtsein in den vergangenen Jahren nicht zählen können. Umgekehrt aber ist den Wirtschaftspartnern die Zusammenarbeit mit der Regierung durch deren maßvolle, auf das Gesamtwohl bedachte Politik wesentlich erleichtert worden. Wer sich vor Augen hält, welch ungeheurer Schaden Frankreich aus der Streikbewegung erwachsen ist, von der es nach den Maiunruhen des vergangenen Jahres heimgesucht wurde, und demgegenüber in Rechnung stellt, daß es in Österreich im Jahre 1968 nur 53.365 Streikstunden gegeben hat — gegenüber 3.387.787 im Jahre 1965! —, dem ist der Zusammenhang zwischen der positiven Wirtschaftsentwicklung unseres Landes seit 1966 und der Haltung der Wirtschaftspartner sofort gegenwärtig. Nicht umsonst haben Bundeskanzler Klaus und Finanzminister Koren auf diesen Zusammenhang immer wieder hingewiesen, weil wir uns alle sehr wohl dessen bewußt sind, welche Störungen einem Staat heute aus einem Kampf der Wirtschaftspartner erwachsen können. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Ich darf nach diesem kurzen Überblick über die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung zweifellos behaupten, daß sich die Wirtschaftspolitik der ÖVP auf das Budget äußerst positiv ausgewirkt hat. Hier besteht eine bedeutende Wechselwirkung zwischen Wirtschaftspolitik und Budgetpolitik, weil einerseits die Wirtschaftspolitik die Basis für die Erstellung eines gesunden Budgets schaffen muß, das den Ausgabeverpflichtungen des Staates gewachsen ist, und weil andererseits die Budgetpolitik einen wesentlichen Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes hat. Wenn in diesem Budget der Einnahmenrahmen neuerlich erheblich ausgeweitet werden konnte, ohne daß die Regierung zu Steuererhöhungen Zuflucht nehmen mußte, dann hat die Regierung ihre wirtschaftspolitische Bewährungsprobe auch während des letzten Jahres ihrer Amtstätigkeit zweifellos bestanden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Wenn ich nun aus dem umfangreichen Komplex der Wirtschaftspolitik die Landwirtschaft gesondert hervorhebe, dann möchte ich damit lediglich dem schwierigen und langwierigen Anpassungsproblem Rechnung tragen, in dem sich die österreichische Bauernschaft seit Jahren befindet.

Wir erleben bei jeder Budgetdebatte — und auch heuer wird es nicht anders sein — die gleiche Erscheinung: daß der Bauernschaft eine Sündenbockrolle zugeschoben wird, die ihre Ursache beileibe nicht in einem subjek-

13286

Nationalrat XI. GP. — 153. Sitzung — 24. Oktober 1969

**Dr. Withalm**

tiven Versagen der Bauernschaft, sondern in höchst objektiven wirtschaftlichen Gegebenheiten hat. Der „Aufhänger“ sind meist die in die Landwirtschaft investierten sogenannten Subventionen, von denen die einen behaupten, sie würden unter sozialen Gesichtspunkten gesehen, falsch verteilt, wogegen sich die anderen die Version zu eigen gemacht haben, sie seien überhaupt nicht mehr gerechtfertigt und sollten so bald als möglich verschwinden. Ich habe durchaus Verständnis dafür, wenn sich in der Bauernschaft Unwille darüber regt, immer wieder den Prügelknaben der Budgetschlacht abgeben zu müssen. Dieser Unwille ist namentlich deswegen gerechtfertigt, weil in der Frage der Agrarsubventionen stets von neuem der grundlegende Fehler begangen wird, die Landwirtschaft als ein Privatissimum der Bauern zu betrachten, während es sich hier in Wirklichkeit um ein gesellschaftspolitisches Problem handelt, das für unsere gesamte Volkswirtschaft von allerhöchster Bedeutung ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben es immer als eine unserer wichtigsten Aufgaben betrachtet, der Bauernschaft in diesem Kampf um Existenz und Fortschritt zu Hilfe zu kommen. Nun sind in den letzten Jahren zwischen den Wandlungen im Bedarf an agrarischen Gütern und dem bestehenden Marktmechanismus gewisse Divergenzen eingetreten. Die Bauern mußten sich auf neue Produkte oder richtiger auf eine Einschränkung der einen und auf eine Ausweitung anderer Produktionszweige umstellen. Diese Umstellung von Milch auf Fleisch und von Brot- auf Futtergetreide etwa ist, durch entsprechende Maßnahmen von der Bundesregierung unterstützt, längst im Gange und hat auch bereits ihre ersten Ergebnisse gezeigt. Von der erfolgreichen Umstellung auf immer höhere Qualitäten ganz zu schweigen. Ebenso wenig wurde im Koren-Plan der Strukturwandel in der Landwirtschaft vernachlässigt oder gar mißachtet.

Wir haben keine Ratschläge für eine konstruktive Agrarpolitik nötig. Krisenerscheinungen, wie sie hie und da auftreten mögen, können nämlich nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die Modernisierung der österreichischen Landwirtschaft seit 1945 geradezu ungeheure Fortschritte gemacht hat. Daß nur wir eine Garantie dafür bieten, daß diese Entwicklung in Zukunft fortgesetzt werden kann, zeigen die geradezu abenteuerlichen Pläne für eine Abschaffung der heute bestehenden Marktordnung und für eine totale Auslieferung der Landwirtschaft an einen internationalen Markt, der sehr wohl die Lenkung der Agrarproduktion kennt und den

Agrarexport stützt. Wenn eine bäuerliche Standesvertretung noch nicht so viel begriffen hat, daß man einen Bauernhof nicht mit einem Industriebetrieb vergleichen kann, dann soll sie sich erst einmal überlegen, warum es in allen Staaten der Welt Schutzgesetze für die Landwirtschaft gibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wenn die Sozialistische Partei glaubt, solchen Plänen ihre Sympathie entgegenbringen zu müssen, dann sollte sie wenigstens an die Interessen der Arbeitnehmer denken, wenn es ihr schon gleichgültig ist, daß die Bauernschaft bei einer Verwirklichung dieser Pläne unter die Räder kommen würde. Denn noch immer erfüllt die Agrarmarktordnung auch die wichtige soziale Funktion, dem Gros der Arbeitnehmer den Erwerb der wichtigsten Nahrungsmittel zu erschwinglichen Preisen zu ermöglichen.

Es ist nur ein weiterer Beweis für die Ahnungslosigkeit der Sozialistischen Partei auf agrarischem Gebiet, wenn sie eine Beseitigung der Preisstützungen auch nur in Erwägung zieht. *(Zwischenruf des Abg. Probst.)* Nun zieht sich diese Ahnungslosigkeit freilich wie ein roter Faden durch alle agrarpolitischen Konzepte der österreichischen Sozialisten. Davon machen auch die Ausführungen im neuen Wirtschaftskonzept der Sozialistischen Partei keine Ausnahme. *(Abg. Dr. Androsch: Sind wir froh, daß wir sie haben!)* Wenn hier gefordert wird, daß die Strukturschwächen der österreichischen Landwirtschaft beseitigt werden müssen, dann ist das ebenso wenig eine Neuigkeit wie die Feststellung, daß es gezielte Förderungsmaßnahmen der Landwirtschaft ermöglichen sollen, sich den geänderten technischen Verhältnissen anzupassen.

Interessant an diesem Agrarprogramm ist allein, daß die Sozialistische Partei in ihm wieder zu den agrarpolitischen Vorstellungen von Marx und Kautzky zurückkehrt, indem sie sich ausschließlich *(ironische Heiterkeit bei der SPÖ)* — meine Damen und Herren, lachen Sie nicht, passen Sie lieber auf! — für den agrarischen Großbetrieb ausspricht, also bereit ist, die Bergbauern und den bäuerlichen Familienbetrieb offensichtlich abzuschreiben und zu opfern. *(Abg. Probst: Das ist ja zum Lachen, was Sie sagen! — Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Man sollte das allerdings nicht zu tragisch nehmen *(Abg. Probst: Heute lesen Sie alles herunter, was man Ihnen aufgeschrieben hat!)*, weil die Sozialisten im Hinblick auf die Landwirtschaft seit jeher einen ausgesprochenen Zickzackkurs gesteuert haben. *(Zwischenruf des Abg. Weikhart.)*

**Dr. Withalm**

1958 hat man sich in dem neuen Parteiprogramm der Sozialistischen Partei für die Festigung von Klein- und Mittelbetrieben ausgesprochen, denen man ja auch immer wieder alle Subventionen allein vorbehalten wollte. Zehn Jahre später ist man wieder für den Großbetrieb. Aber etwas anderes ist von einer Partei, der traditionsgemäß die Landwirtschaft ein Buch mit sieben Siegeln ist, nicht zu erwarten. Ich kann es mir daher auch ersparen, die österreichischen Bauern vor den neuesten agrarpolitischen Eskapaden der Sozialistischen Partei zu warnen.

Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei hat in diesem Budget neuerlich dafür Sorge getroffen, daß die österreichische Landwirtschaft den ihr auferlegten Strukturwandel bestehen kann. Die besondere Bedeutung dieses Budgets für die Bauernschaft liegt aber darin, daß es den Übergang von der bisherigen Zuschußrente zu einer eigenen Pensionsversicherung der Bauern in die Wege leitet. Wir haben uns — das sei offen zugegeben — diesen Übergang reiflich überlegt. Man wird in einem Vorwahljahr wohl nicht annehmen, daß es deswegen geschehen ist, weil wir kein Interesse an einer solchen Pensionsversicherung der Bauern haben. Man war ja rasch genug mit der Verdächtigung bei der Hand, die Bauern hätten diese Versicherung gerade dem Vorwahljahr zu verdanken. In Wirklichkeit mußten wir die Frage prüfen, ob auch in Zukunft die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Bauernpension gegeben sein würden. Erst nach reiflicher Überlegung dieser Frage durften wir uns zu diesem Schritt auf soziales Neuland entschließen. Er ordnet sich letztlich ebenfalls dem Strukturwandel in der Landwirtschaft ein und hat darin auch seine grundlegende Bedeutung. Denn während die Zuschußrente noch dem Leitbild der sich selbst versorgenden bäuerlichen Familie verbunden war, ist die Bauernpension bereits ein Stück aus der Welt des modernen Bauerntums. Wir empfinden eine ganz besondere Genugtuung darüber, daß dieser entscheidende Schritt durch die erste Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei getan worden ist. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Gratz: Aber vorher haben Sie es als Kollektivismus abgelehnt!)*

Zum Unterschied von der Sozialistischen Partei weist die Österreichische Volkspartei eine alte agrarische Tradition auf, die durch die Achtung vor einem Berufsstand bestimmt ist, dessen Bedeutung trotz seiner zahlenmäßigen Schwächung auch heute nicht unterschätzt werden sollte. Im Sinne dieser Tradition wird sich die Österreichische Volkspartei auch in Zukunft für alle berechtigten Forderungen der Bauernschaft einsetzen, die

sie umso leichter durchsetzen wird, je geschlossener die österreichische Bauernschaft gerade in dieser schweren Zeit der Umstellung auftritt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Von der Überzeugung durchdrungen, daß zwischen dem Wohlergehen aller gesellschaftlichen Gruppen ein enger Zusammenhang besteht, hat sich die Regierung freilich jeder einseitigen Förderung bestimmter Schichten enthalten. Neben Industrie und Landwirtschaft haben auch Gewerbe und Handel in Österreich nach wie vor eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Beide sind von den Strukturwandlungen unserer Zeit vielleicht in einem geringeren Maße erfaßt, aber wenn Industrie und Landwirtschaft sich modernisieren, dann können die anderen Wirtschaftssparten nicht zurückbleiben, wollen sie den Anschluß an die Zukunft nicht verlieren.

Nichts war für uns daher selbstverständlicher als die Einbeziehung aller Wirtschaftssparten in die Förderungsmaßnahmen des Staates. Das schon deswegen, weil in Österreich die Klein- und Mittelbetriebe die größte Anzahl an Beschäftigten stellen und weil zu erwarten ist, daß der steigende Lebensstandard eine Reihe gehobener Bedürfnisse schaffen wird, die nur durch das Gewerbe befriedigt werden können. Durch steuerliche Maßnahmen haben wir daher einerseits dafür gesorgt, daß auch der Mittelstand nicht um die Früchte seines Fleißes gebracht wird, und andererseits dafür, daß es Gewerbe und Handel durch günstige Kredite ermöglicht wird, sich den heutigen Wirtschaftsbedingungen anzupassen.

Wohl ist ein Teil dieser Maßnahmen auch den freien Berufen zugute gekommen, die in der modernen Gesellschaft eine immer größere Bedeutung haben. Als Angehöriger eines freien Berufes stehe ich aber nicht an zu erklären, daß in Zukunft auf die freien Berufe gerade auf dem steuerlichen Sektor mehr Bedacht zu nehmen sein wird, als das bisher geschehen ist.

Hohes Haus! Dieses Budget zeichnet sich aber noch durch einen zweiten bedeutenden sozialen Fortschritt aus. Es enthält zum erstenmal die Ansätze für die Erhöhung der Witwenpension, mit der, wie ich sehr wohl weiß, eine Jahre hindurch erhobene Forderung endlich erfüllt werden konnte. Zumal sich der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund zum Träger dieser Forderungen gemacht hat, für die niemand ein größeres Verständnis aufbringen konnte als Frau Sozialminister Rehor. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Pay: Haben Sie geschlafen bei der letzten Debatte hier im Haus? Das ist eine Unverschämtheit!)* Es hat also gewiß nicht an ihr, sondern an der angespannten Budgetlage



13288

Nationalrat XI. GP. — 153. Sitzung — 24. Oktober 1969

**Dr. Withalm**

gelegen, wenn dieser nur allzu berechtigten Forderung jetzt erst Rechnung getragen werden konnte.

Ich komme da gleichzeitig — ich sehe, Sie freuen sich schon darüber, Herr Kollege Pay — auf das liebste Kind der sozialistischen Propaganda zu sprechen, das natürlich nicht die Bauern oder deren Pension gewesen ist, sondern ein Schlagwort, das in diesem Hause wohl schon auf den Lippen aller sozialistischen Abgeordneten gelegen hat und das von Ihnen bei jeder Gelegenheit gehätschelt und gepflegt worden ist. Ich meine das Schlagwort vom „Sozialstopp“.

Meine Damen und Herren! Als die Sozialistische Partei auf die Mitverantwortung in der Regierung und damit auch auf das Sozialministerium verzichtete, war ihr klar, daß sie diesen Verlust mit einer neuen Propagandawalze beantworten mußte.

Nach dem alten Wort, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, mußte uns dieses Propagandamärchen aufgetischt werden, daß nämlich eine Regierung, in der keine Sozialisten vertreten sind, nur eine unsoziale und eine antisoziale Regierung sein könne. Nichts ist daher heute reizvoller als die Untersuchung der Frage, ob diese erste Volkspartei-Regierung der Zweiten Republik tatsächlich eine antisoziale Regierung war.

Es tut mir leid, daß ich die sozialistische Oppositionspartei nun mit einer längeren Liste sozialer Maßnahmen belästigen muß (*Abg. Dr. Pittermann: Krebsstatistik!*), die von dieser Regierung in diesen letzten vier Jahren getroffen wurden, weil ich mir sehr gut vorstellen kann, daß sie von sozialistischen Ohren nicht gerade mit Wohlbehagen aufgenommen werden wird, da sie so viele Behauptungen und Unterstellungen zu widerlegen geeignet ist. Aber, meine Damen und Herren von der sozialistischen Opposition, Sie haben in diesem Hause immer wieder an ein bestimmtes Wort von mir erinnert, an das Wort, Sie würden sich noch wundern, was die jetzige Regierung auf sozialem Gebiet alles zu leisten imstande sein werde, sodaß ich heute wohl gezwungen bin, Ihnen auf diese Herausforderung eine Antwort zu geben. Dabei lasse ich noch Gnade vor Recht ergehen (*Heiterkeit bei der SPÖ — Abg. Dr. Pittermann: Schön! Wie götig!*), weil ich mich, meine Damen und Herren, mit einer ganz kurzen punktweisen Zusammenfassung begnügen werde. (*Ruf bei der SPÖ: Wie wunderbar! — Abg. Sekanina: Dr. Withalm! Ihre Freundlichkeit ist grenzenlos! — Abg. Gratz: Muß man jetzt „Euer Gnaden“ zum Herrn Vizekanzler sagen?*) Also fürchten Sie sich nicht, so lange wird es wieder nicht.

Aber immerhin, Herr Abgeordneter Sekanina, die Öffentlichkeit hat, glaube ich, ein Recht darauf, zu erfahren, wie es mit der Beweiskraft dieser Behauptungen steht. Ich zähle auf:

1. Die Erhaltung der Vollbeschäftigung, die ja ein Grundpostulat moderner Wirtschafts- und Sozialpolitik ist. Diese Vollbeschäftigung ist in den vergangenen Jahren nicht nur niemals ernstlich gefährdet gewesen, sondern konnte sogar bis zu einem Grad ausgebaut werden, der uns zeitweise sogar in einen Engpaß hinsichtlich der Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte gebracht hat. Mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenrate von 2,7 Prozent in den Jahren zwischen 1966 und 1968 — das Jahr 1969 wird wahrscheinlich noch ein besseres Ergebnis bringen — hat die ÖVP-Alleinregierung ... (*Abg. Sekanina: Internationale Entwicklungen haben keinen Einfluß gehabt? — Gegenrufe bei der ÖVP.*) Herr Abgeordneter Sekanina! (*Weitere Zwischenrufe.*) Ich weiß nicht, wann Sie den Saal betreten haben. Ich habe gesagt: Selbstverständlich haben internationale Entwicklungen 1966 die Entwicklung sehr stark beeinflusst. Dann scheinen Sie auch nicht anwesend gewesen zu sein, wie ich gesagt habe, daß selbstverständlich gerade der Gewerkschaftsbund einen wesentlichen Teil dazu beigetragen hat, daß wir heute eine Vollbeschäftigung haben. Das habe ich festgestellt. Ich habe mich also wirklich bemüht, objektiv zu sein. Aber ich nehme denn doch auch, glaube ich einen bescheidenen Teil dafür, daß es uns heute nicht schlecht geht, für die Bundesregierung, wenn Sie gestatten, in Anspruch! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Sekanina: Herr Vizekanzler! Ich wollte nur einen bescheidenen Teil abgrenzen!*) Wir sind uns, wie ich sehe, darüber vollkommen klar. Die Österreichische Volkspartei, die Alleinregierung der ÖVP, hat eben den Erfolg der Jahre zwischen 1963 und 1965 übertreffen können.

2. Die Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens der Arbeitnehmer. Dieses Einkommen stieg gegenüber der Zeit von 1963 bis 1965, als es 3339 S betragen hatte, in der Zeit zwischen 1966 und 1968 auf 4323 S, also um rund 1000 S. Natürlich können Sie von den sozialistischen Abgeordnetenbänken sagen, hier handle es sich um einen Erfolg gewerkschaftlicher Anstrengungen, aber ebenso müssen Sie zugeben, was ich eben gesagt habe, Herr Abgeordneter Sekanina, daß sich darin auch der Anteil der Arbeitnehmer am Wirtschaftserfolg der Regierung ausdrückt, ohne den es keine erfolgreichen Lohnbewegungen gegeben hätte.



**Dr. Withalm**

3. Die Erhöhung der Renten um insgesamt 32 Prozent, in die der Anpassungsfaktor für das Jahr 1970 nicht mit eingeschlossen ist. Mit ihm beträgt die Erhöhung der Renten und Pensionen sogar fast 39 Prozent, also mehr als ein Drittel. Ich kenne die Behauptung, die in diesem Zusammenhang aufgestellt wird, um den Erfolg der Regierung zu schmälern, daß es sich nämlich bei diesen Erhöhungen nur um eine Auswirkung des schon in Koalitionszeiten beschlossenen Gesetzes über die Rentendynamik handle. Aber das ist eben nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite, die Sie einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen, ist die, daß zuerst die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Anhebung der Pensionen geschaffen werden müssen, bevor mehr verteilt werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

4. Die Neueinführung der Gehaltsdynamik im öffentlichen Dienst und die Einführung der Rentendynamik für die Bezieher von Opferfürsorgereuten, für die Empfänger von Kriegsofferrenten und für die Angestellten des Bundesheeres. Die Ausdehnung der Gehalts- und Rentendynamik auf diese Bevölkerungsgruppen hat einen weiteren großen Personenkreis in den Genuß einer systematischen Einkommenserhöhung gebracht. Der Bund hat in diesem Zusammenhang weitere Belastungen auf sich genommen, die eine der Ursachen für die Ausweitung des Ausgabenrahmens sind.

5. Die Senkung der Lohnsteuer von 1967 und 1968, mit der eine ganze Reihe von Zielen verfolgt wurde: die Herausnahme gewisser Renten und Pensionen aus der Steuerprogression, die Milderung der Steuerprogression für die Bezieher höherer Einkommen, die Entlastung der Familien von ungerechtfertigten Steuerleistungen, aber auch eine steuerliche Begünstigung niedrigerer Einkommen durch die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums. Die grundlegenden Ziele dieser Steuerreform wurden auch nicht durch die Steuererhöhungen des folgenden Jahres tangiert *(Abg. Dr. Pittermann: Drei Viertel habt ihr wieder weggenommen!)*, die lediglich zu einer Minderung des ursprünglich angestrebten Effektes, aber nicht zu seiner Aufhebung geführt haben. — Das wissen Sie sehr genau, Herr Abgeordneter Dr. Pittermann. — So umstritten diese steuerlichen Maßnahmen in der Öffentlichkeit auch waren, kann der Erfolg der ersten und zweiten Steuersenkung umso weniger übersehen werden, als die Milderung der Steuerprogression in Verbindung mit den steigenden Einnahmen der Arbeitnehmer in der Folge eine erhöhte Bedeutung gewann.

6. Die Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst in den Jahren 1966 und 1967. Hier handelt es sich nicht nur um eine Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten, die durch eine weitere Aktion bewerkstelligt wurde, sondern auch um eine Nachziehung der Gehälter im öffentlichen Dienst im Hinblick auf die höheren Einkommen der Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft. Damit ist das Gefälle im Einkommen dieser beiden Dienstnehmergruppen zwar nicht gänzlich beseitigt, aber immerhin gemildert worden. — Und wir nehmen für uns in Anspruch, meine Damen und Herren, daß noch nie, in keiner Legislaturperiode, für den öffentlichen Dienst so viel getan wurde wie in den Jahren von 1966 bis 1969. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Siehe Mittelschullehrer!)*

7. Einrichtung einer Personalvertretung für die Angestellten des öffentlichen Dienstes, mit der das bisherige Provisorium auf diesem Gebiet abgelöst wurde. Auf Grund dieses Gesetzes ist es am 30. November und 1. Dezember 1967 zu den ersten regulären Wahlen im öffentlichen Dienst gekommen, an denen rund 170.000 Wahlberechtigte teilgenommen haben. Hält man sich vor Augen, daß die Einrichtung dieser Personalvertretung Jahre hindurch — nicht von uns — verzögert worden ist, wird man auch in diesem Gesetz einen ganz bedeutenden sozialen Fortschritt erblicken müssen.

8. Durchführung einer Reihe von Verbesserungen in der Krankenversicherung.

9. Weiterer Ausbau der familienfördernden Maßnahmen. Diese Maßnahmen beziehen sich sowohl auf den öffentlichen Dienst wie auch auf die Privatwirtschaft, auf Arbeitnehmer ebenso wie auf Arbeitgeber, sowie auf die verschiedensten Berufsgruppen.

10. Einführung der Bezahlung des arbeitsfreien Nationalfeiertages im Jahre 1967. Durch den mit dem Nationalfeiertag verbundenen Produktionsausfall hat die Wirtschaft praktisch eine Lohnerhöhung in Kauf genommen, während es auf Seiten der Arbeitnehmer auch noch zu einer weiteren Ausdehnung der Freizeit gekommen ist. Meine Damen und Herren! Da Österreich sowieso schon ein Land mit vielen Feiertagen ist, sollte die sozialpolitische Tragweite auch dieser Maßnahme nicht unterschätzt werden.

11. Einführung der aktiven Arbeitsmarktförderungspolitik durch das im Jahre 1968 beschlossene Arbeitsmarktförderungsgesetz. Durch dieses Gesetz wurde die Arbeitsmarktpolitik auf neue Grundlagen gestellt und wurden der Tätigkeit der Arbeitsämter neue Richtlinien gegeben. Es ist aber auch insofern ein eminent soziales Gesetz, als es die

13290

Nationalrat XI. GP. — 153. Sitzung — 24. Oktober 1969

**Dr. Withalm**

Arbeitnehmer gegenüber den Härten der heute notwendigen beruflichen Mobilität abzuschirmen versucht. Der Erfolg, den die Regierung mit diesem Gesetz erzielt hat, ist deswegen besonders groß, weil dieses Gesetz unter den sozialistischen Leitern des Sozialministeriums Jahre hindurch liegengeblieben ist.

Meine Damen und Herren! Jetzt komme ich zum 12. Punkt. Ich kann mir vorstellen, daß, wenn ich jetzt nur den Titel vorlese, gleich eine Reaktion auf der linken Seite festzustellen sein wird (*Abg. Dr. Pittermann — zur ÖVPweisend —: Die Reaktion sitzt dort!*), wenn ich nämlich sage:

12. Anbahnung einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit durch die vorgesehene etappenweise Einführung der 40 Stunden-Woche, deren Voraussetzungen in dieser Legislaturperiode geschaffen worden sind.

Ich weiß, meine Damen und Herren, Sie werden sagen, der Erfolg ist nur dem Volksbegehren der Sozialisten zuzuschreiben. Meine Damen und Herren, es wird hier behauptet, dieses Volksbegehren mußte erst der Regierung Beine machen. Darf ich Ihnen dazu folgendes sagen: Die Verhandlungen — das wissen Sie sehr genau — hatten bereits begonnen, bevor das Volksbegehren eingeleitet wurde, und nicht zuletzt ... (*Rufe bei der SPÖ: Wo? Wo?*) Fragen Sie — der Herr Präsident Benya ist nicht da, der Herr Vizepräsident Häuser momentan auch nicht —, fragen Sie die Herren, die können Ihnen sicher entsprechende Auskünfte geben. Sie wissen ganz genau, daß zu diesem Zeitpunkt bereits eine sehr ernste Bereitschaft bestanden hatte, über das Problem nicht nur zu reden, sondern zu verhandeln. Und um dieses Schäfchen ins trockene zu bringen, hat man noch schnell das Volksbegehren eingeleitet. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Heute übertreffen Sie den Muliar! — Abg. Sekanina: Withalms Zirkus!*)

In diesem Zusammenhang muß ich auch noch einige Bemerkungen über die Reform der Wohnbauförderung machen. Dieses Problem gehört nämlich zu jenen Fragen, die vor 1966 viele Jahre hindurch auf die lange Bank geschoben worden sind. Wenn ich die Wohnbauförderung zu den sozialen Problemen zähle, dann namentlich deshalb, weil die Wohnungsbeschaffung für die jungen Leute das wichtigste und schwierigste Problem ist, mit dem sie sich auseinandersetzen müssen. Dabei spielt natürlich die Geldfrage die entscheidende Rolle.

Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Peter hat zuvor gesagt, es steht das auch im Programm der Österreichischen Volkspartei für 1966 drinnen; aber wenn schon, so sagten Sie, bestenfalls Teilprojekte wurden durch-

geführt beziehungsweise Teillösungen beschlossen. Ich glaube für uns in Anspruch nehmen zu können, daß in dieser Legislaturperiode auf diesem Gebiet wirklich ungeheuer viel geschehen ist. Zu drei Ansätzen ist es gekommen, wodurch wichtige Lösungen gefunden wurden: Im Jänner 1967 mit der sogenannten kleinen Wohnbaureform, bereits einige Monate später mit dem Wohnbauförderungsgesetz 1968, das ich als die sozialste Wohnbauförderung in ganz Europa bezeichne. In ganz Europa! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Dann tun Sie mir leid!*) Und dieser Tage neuerlich mit dem Wohnungsverbesserungsgesetz, mit Maßnahmen zur Sanierung von Althäusern.

Die große Wohnbaureform von 1968 hat eine ganze Reihe von Zielen verwirklichen können (*Abg. Dr. Pittermann: Vor allem Mietzinssteigerungen!*), auf die ich nicht näher eingehen will. Ihre wichtigsten Ziele waren die Dezentralisierung der Wohnbauförderung durch deren Übertragung in die Kompetenz der Bundesländer, wodurch die Wohnbauförderung vor allem den regionalen Bedürfnissen angepaßt werden konnte; weiters der Übergang von der Objektförderung zur Subjektförderung, mit dem das Familieneinkommen in viel höherem Maße berücksichtigt werden kann; ferner eine weitere Förderung der Eigentumbildung, da zwei Drittel der Förderungsmittel dem Bau von Eigenheimen zufließen sollten; schließlich eine Aufstockung der Mittel für den Wohnungsbau, die sich bereits in den letzten Jahren in einer Verstärkung der Wohnbaukapazität ausgewirkt hat.

Vor wenigen Tagen wurde sehr viel zum Wohnungsverbesserungsgesetz gesagt. Ich kann es mir ersparen, meine Damen und Herren, darüber auch noch eine Aussage zu machen. Aber wir freuen uns, daß Sie dann zugestimmt haben, daß das ein einstimmiger Beschluß werden konnte. (*Abg. Weikhart: Daß wir konstruktiv waren, freuen Sie sich!*) Ja, wenn Sie konstruktiv mitarbeiten, warum nicht? Das anerkennen wir, Herr Abgeordneter Weikhart! Das kommt ja sowieso nicht jeden Tag vor, und wenn es dann einmal vorkommt, freuen wir uns natürlich ganz besonders darüber! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Kostroun: Wie rechtfertigen Sie die zweimalige Mietzinserhöhung von Werkstätten und so weiter?*) Herr Abgeordneter Kostroun! Das ist uns alles bekannt, selbstverständlich, das wissen wir ganz genau. Aber im großen und ganzen möchte ich sagen, daß durch die Gesetze, die wir auf diesem Sektor beschlossen haben, wo 50 Jahre hindurch nichts geschehen konnte, in erster Linie wegen Ihres Vetos nichts geschehen konnte, wirklich unge-

**Dr. Withalm**

heuer viel von 1966 bis 1969 geschehen ist. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Lanc: Die Gewerbetreibenden haben das schon honoriert!)*

Alles in allem glaube ich ohne Übertreibung behaupten zu können, daß man es hier, wie ich eben aufgezählt habe, mit einer beachtenswerten sozialen Bilanz der ÖVP-Alleinregierung zu tun hat. Sie findet auch ihren Niederschlag in der jährlichen Erhöhung der Ansätze des Ressorts für soziale Verwaltung, die von 9,4 Milliarden Schilling im Jahre 1965 auf 16,1 Milliarden Schilling im Budget für 1970 gestiegen sind. Es ist mir hinlänglich bekannt, daß der Opposition alle diese sozialen Erfolge zuwenig sind. Sie hat sich in all den vergangenen Jahren auf die Methode einer Lizitation sozialer Forderungen beschränkt, ohne sich jemals den Kopf darüber zerbrechen zu müssen oder zerbrochen zu haben, woher die Mittel kommen sollen, mit denen ihre Forderungen auch tatsächlich erfüllt werden können. *(Abg. Dr. Pittermann: Von den Pensionsanstalten, denen Sie sie weggenommen haben! 1,8 Milliarden!)* Herr Abgeordneter Dr. Pittermann! Ich habe gesagt, Sie haben nie im Schlaf auch nur daran gedacht, sich den Kopf zu zerbrechen, wo die Mittel dafür herkommen sollen, daß wir Jahr für Jahr ein Budget erstellt haben *(Abg. Dr. Pittermann: Aus den Rücklagen bei den Pensionsversicherungen, die Sie kassiert haben! 1 Milliarde 800 Millionen haben Sie kassiert!)*, das sozial war, das währungsgerecht war und das letzten Endes eine Vollbeschäftigung sichergestellt hat, mit der die Arbeitsplätze aller Arbeiter in Österreich gesichert werden konnten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist ein alter Vorzug jeder Opposition — das wissen wir ganz genau —, jeweils mehr fordern zu können, als ein Staat zu leisten imstande ist. Sie wissen von Haus aus, wenn Sie einen Vorschlag machen, daß Sie ja nicht in die unangenehme Situation kommen, das auch wirklich einhalten zu müssen, was Sie versprechen. *(Abg. Dr. Pittermann: Sie auch nicht! Über die Witwenpension sprechen wir das nächste Mal!)*

Meine Damen und Herren! Es bleibt trotzdem wahr, wenn es Ihnen auch nicht paßt: Österreich hat in den letzten vier Jahren auch ohne die Mithilfe der Sozialistischen Partei einen ganz bedeutenden sozialen Fortschritt erzielt! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese Regierung war darum gerade auch eine Regierung für die Arbeitnehmer, ja sie hat sogar zum erstenmal den Beweis liefern können, daß Sozialpolitik nicht mehr mit Klassenpolitik verwechselt werden kann, sondern eingebettet ist in die Struktur einer sozialen Leistungsgemeinschaft, einer Leistungsgemeinschaft *(Abg. Dr. Pittermann: Die sich viel*

*leistet, da haben Sie recht!)*, in der alle ihren Beitrag zur Entstehung des Nationalproduktes leisten, in der aber auch alle das Recht haben, den ihrer Leistung gemäßen Anteil am Volkseinkommen zu erhalten. *(Abg. Ing. Häuser: Das bestimmt die ÖVP!)*

Meine Damen und Herren! Ich komme jetzt zu einem anderen Kapitel. *(Abg. Ing. Häuser: Das ist besser!)* Einem noch besseren vielleicht. Bitte, das ist schwer, Herr Kollege Häuser. Ich finde ... *(Abg. Ing. Häuser: Ich sage, es ist besser, wenn Sie von dem weggehen!)* Ach so. Ja, das glaube ich Ihnen gern. Es war Ihnen nicht angenehm, daß ich eine derartige Sozialbilanz vorlegen konnte. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Zu den hervorstechendsten Ereignissen jenseits der österreichischen Grenzen gehörten in dieser Legislaturperiode die Studentenunruhen in den verschiedensten Universitätsstädten der verschiedensten Länder. Sie bildeten eine Erscheinung, von der insbesondere die freie Welt überrascht wurde, da hier ein revolutionärer Wille zum Durchbruch kam, der sich mit den Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates einfach nicht zu vertragen scheint. Österreich wurde von diesen Ereignissen zwar am Rande berührt, es wäre jedoch eine maßlose Übertreibung, wollte man die diversen Studentendemonstrationen, zu denen es in diesem Zusammenhang in Österreich gekommen ist, mit den Vorkommnissen etwa in Rom, in London, in Paris oder in Westberlin auf eine Stufe stellen.

Das bedeutet zweifellos nicht, daß die echten Anliegen, die diesen Unruhen in den anderen europäischen Staaten zugrunde gelegen hatten, hierzulande keine Rolle spielten. Sie fallen in Österreich jedoch mit den Anstrengungen der Bundesregierung zusammen, Wissenschaft und Forschung zu dem ihnen heute gebührenden Rang zu verhelfen. Die österreichische Unterrichtsverwaltung war aber auch elastisch genug, nicht auf ein revolutionäres Überschaumen der studentischen Wünsche zu warten, sie hat vielmehr rechtzeitig vor allem dadurch eingegriffen, daß sie versuchte, Studenten, Professoren und Parlamentarier an einen Tisch zu bringen. Die Schaffung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Hochschulfragen von heute hat hier ebenso segensreich gewirkt wie die Bemühungen der beiden Unterrichtsminister Piffl und Mock, mit den Studenten ins Gespräch zu kommen. Dadurch und durch die schon vorher unternommenen Bemühungen um eine Studienreform ist es im Verein mit dem Streben der Bundesregierung, den Vorrang von Wissenschaft und Forschung sicherzustellen, in Österreich gelungen, störende und wirtschafts-

13292

Nationalrat XI. GP. — 153. Sitzung — 24. Oktober 1969

**Dr. Withalm**

schädigende Unruhen hintanzuhalten, wie sie andere Staaten heimgesucht haben.

Ich möchte gerade in Verbindung mit diesem Problem nicht mißverstanden werden. Obwohl wir auch im Staatshaushalt für 1970 diesen Vorrang verankert haben, sind wir uns völlig dessen bewußt, daß Wissenschaft und Forschung in Österreich noch lange nicht jene Rolle spielen, die ihnen in anderen europäischen Staaten oder gar in den USA heute schon zukommt. Es sind daher noch ungeheure Anstrengungen erforderlich, bis wir den derzeit bestehenden Rückstand aufgeholt haben werden.

Es ist daher, wie wir sehr wohl wissen, erst ein Anfang, wenn in den letzten drei Jahren der Vorrang von Wissenschaft und Forschung durchgesetzt werden konnte. Dennoch ist es nicht das geringste Verdienst der gegenwärtigen Bundesregierung, mit diesem Vorrang im Staatshaushalt endlich Ernst gemacht zu haben. Die Aushungerung der Unterrichtsverwaltung hat in der Vergangenheit leider zu den politischen Maximen der Sozialistischen Partei gehört, die entweder nicht begriffen hat, daß jeder wirtschaftliche Fortschritt heute aufs engste mit dem Fortschritt der Wissenschaft verbunden ist (*Abg. Dr. Kreisky: Wer waren die Unterrichtsminister?*), oder sich aus kurzzeitigen parteipolitischen Erwägungen dagegen sträubte (*Abg. Dr. Kreisky: Wer? Wo? Wann?*), diesem Ressort zu geben, was es im Hinblick auf seine Bedeutung für die Zukunft Österreichs braucht. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Wer war Unterrichtsminister und wer Finanzminister?*) Herr Abgeordneter Dr. Kreisky! Sie fragen: Wann? Erinnern Sie sich: Warum ist denn letzten Endes die letzte Koalitionsregierung 1965 auseinandergegangen? Nicht zuletzt auch deshalb, weil damals Ihre Zustimmung zu einer höheren Dotierung des Unterrichtsressorts nicht zu erreichen war. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich meine nicht Sie persönlich, sondern Ihre Partei. (*Abg. Weikhart: Das ist falsch! Sie wissen genau, daß es dabei um die ÖBB gegangen ist!*) Auch. Unter anderem. Darum ist es gegangen, und dann waren noch andere Fragen. (*Abg. Weikhart: Nein!*) Sie werden es ja wissen, denn Sie waren dabei, Sie haben ja an den Sitzungen des Koalitionsausschusses teilgenommen.

Meine Damen und Herren! Es ist begreiflich, daß der Rückstand nicht von heute auf morgen aufgeholt werden konnte. Aber immerhin ist es in den vergangenen Jahren gelungen, einiges aufzuholen, um Österreich auch in dieser Hinsicht den Anschluß an die fortgeschrittenen Staaten zu ermöglichen. Jahr für Jahr hat das Unterrichtsbudget unter der gegenwärtigen Regierung an Umfang gewonnen.

Dieser Weg wird auch in diesem Budget fortgesetzt. (*Abg. Pay: Fünf Jahre warten wir auf die Erbauung einer Mittelschule in Köflach!*) Herr Abgeordneter Pay! Darf ich Ihnen sagen — es wird Ihnen nicht unbekannt sein —: In der Ersten Republik — da sieht man ja den großen Unterschied, Gott sei Dank sieht man ihn — ist in ganz Österreich eine einzige Mittelschule neu gebaut worden. Jetzt gibt es in ganz Österreich (*Abg. Weikhart: Da war ja Ihre Vorgängerpartei am Ruder!*) keinen Verwaltungsbezirk, in dem sich nicht bereits eine Mittelschule befände. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Peter: Stimmt ja gar nicht!*)

Wir haben immerhin erreicht, daß die Globalsumme des Unterrichtsressorts von 5,7 Milliarden im Jahre 1966 auf 9,6 Milliarden Schilling gesteigert werden konnte. (*Abg. Peter: Das steht falsch in der Broschüre!*)

Meine Damen und Herren! Man hat in dieser Legislaturperiode leider Gottes feststellen müssen, daß die internationalen Spannungen nicht nachgelassen haben; sie sind bestenfalls stabilisiert worden. Wenn wir uns in der Welt ein bißchen umsehen oder auch nur in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, dann stoßen wir allerorten auf gefährliche Konfliktstoffe: Wir erinnern uns an den Siebentagekrieg 1967 zwischen Israel und den arabischen Staaten, dessen Nachwirkungen heute noch zu spüren sind. Wir sind in den letzten Jahren Zeugen einer weiteren Zuspitzung der Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und Rotchina geworden, von denen wir noch nicht wissen, wie sie enden werden. (*Abg. Dr. Pittermann: Daß die Sie nicht fragen, ist nicht schön!*) Das sind nur einige markante Ereignisse auf außenpolitischem Gebiet, mit denen wir in den letzten vier Jahren konfrontiert waren.

Diese vier Jahre sind aber auch durch eine Reihe bürgerkriegsähnlicher Zustände in einer Reihe von anderen Staaten charakterisiert; denken Sie an die Maiunruhen 1968 in Frankreich.

Man muß, glaube ich, diesen Hintergrund sehen, will man sich in zwei brennenden Fragen — die eine hat der Herr Abgeordnete Peter angeschnitten —, die auch in dieser Legislaturperiode immer wieder auf der Tagesordnung standen, ein gerechtes Urteil bilden. Ich meine die Frage Südtirol und die Frage eines Arrangements Österreichs mit der EWG. In beiden Fragen hat die Bundesregierung vorläufig nicht jenen Erfolg erzielen können, den wir uns im Interesse unseres Landes gewünscht hätten. In der EWG-Frage treten wir nach wie vor auf der Stelle. In der Südtirolfrage sind zwar erhebliche Fortschritte erzielt worden, aber leider ist es bis zur Stunde

**Dr. Withalm**

noch nicht gelungen, die Streitfrage mit Italien endgültig aus der Welt zu schaffen. Ich stelle in diesem Zusammenhang fest, daß in keiner anderen Legislaturperiode so intensive Verhandlungen mit Brüssel und Rom geführt wurden als in dieser, in der der Außenminister und der Handelsminister fast pausenlos unterwegs gewesen sind, um diese beiden Fragen einer Lösung zuzuführen. Jeder Gutwillige muß aber einsehen, daß die bestehende internationale Konstellation einer Lösung dieser Fragen bis jetzt nicht günstig war: In der EWG-Frage hat uns die außenpolitische Konstellation, an der ja nicht nur Österreich, sondern auch das von der Labour-Party geführte Großbritannien bisher gescheitert ist, neuerlich einen Strich durch die Rechnung gemacht; in der Südtirolfrage war es bisher nicht zuletzt deshalb nicht möglich, zu einer Lösung zu kommen, weil die Konstellation in Italien einigermmaßen schwierig ist.

Wenn in der EWG-Frage und in der Südtirolfrage bisher nicht das erreicht worden ist, was wir wünschten, so sollte man darüber doch nicht übersehen, daß Österreich inmitten der turbulenten Ereignisse der letzten vier Jahre tatsächlich eine Insel des Friedens gewesen ist. Was die österreichische Neutralität bedeutet und welches hohe Gut sie für unser Volk darstellt, haben uns die außenpolitischen Ereignisse der letzten Jahre deutlich genug vor Augen geführt. Darum ist es die erste und oberste Pflicht jeder österreichischen Regierung, dieses Gut zu bewahren, das die Grundlage unserer inneren und äußeren Freiheit bedeutet. Auch wenn die Bundesregierung in den vergangenen vier Jahren, in diesen vier Jahren der Konflikte und Revolten, der inneren und äußeren Aufstände, der blutigen Wirren und gefährvollen Konflikte zwischen Ideologien und Staaten auf nichts anderes hinweisen könnte als auf die unversehrte Bewahrung unserer Neutralität, dann allein schon hätte sie sich um Österreich große Verdienste erworben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Das Budget für 1970, das Ihnen nun vorliegt, ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

1. Abermalige Sicherstellung des Vorranges von Bildung und Forschung.

2. Weiterer Ausbau der sozialen Sicherheit durch die Erhöhung der Witwenpension und die Einführung der Bauernpensionsversicherung. *(Abg. Dr. Pittermann: Die wird doch erst ab 1. Juli erhöht!)* Herr Abgeordneter Dr. Pittermann! Wir wären Ihnen in früheren Zeiten dankbar gewesen, wenn Sie meinetwegen zu manchen Gesetzen ein Jahr, bevor sie in

Kraft getreten sind, Ihre Zustimmung gegeben hätten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

3. Erhöhte Aufwendungen für wirtschaftsfördernde Maßnahmen.

4. Aufbringung der Mittel für die daraus resultierenden Belastungen, im wesentlichen durch die Ausweitung der Einnahmen.

5. Keine Belastung der Bevölkerung und der Wirtschaft durch erhöhte Steuern und Abgaben. *(Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

6. Keine wesentliche Überschreitung der bisherigen Staatsschuld. *(Abg. Weikhart: Sie entpuppen sich als „Traummännlein“!)* Was finden Sie in dem neuen Budget an neuen Steuern und Abgaben? Nichts finden Sie drinnen! *(Abg. Ing. Häuser: Soziale Ungerechtigkeiten!)* Ich habe gesagt: 6. Keine wesentliche Erhöhung der Staatsschuld. *(Abg. Pay: Erhöhung der Steuern und Tarife, der Mineralölsteuer!)*

Meine Damen und Herren! Diese sechs gravierenden Merkmale berechtigen uns zu der Behauptung, auch die Budgetfrage 1970 gelöst und damit den Grund für eine erfolgreiche Entwicklung in den siebziger Jahren gelegt zu haben.

Herr Abgeordneter Pay! Sie sitzen da und hören zu, aber Sie scheinen doch nicht alles das, was man hier sagt, auch mitzubekommen, denn ich rede vom Budget 1970 und habe gesagt, daß mit diesem Budget 1970 der Bevölkerung keine zusätzlichen Steuern und Lasten aufgebürdet werden. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. Pittermann: Von den Steuererhöhungen werden Sie nichts reden, das werden schon wir tun!)* Damit ordnet sich dieses Budget für 1970 der ergiebigen Arbeit dieses Parlamentes in der laufenden XI. Gesetzgebungsperiode ein. Ich möchte sogar sagen, daß dieses Budget die Krönung der Arbeit in dieser Gesetzgebungsperiode ist. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Darum haben Sie so viele Niederlagen erlitten! — Abg. Dr. Pittermann: Bleiben Sie lieber Republikaner! Das ist besser!)*

Daß Sie das nicht gerne hören, meine Damen und Herren, dafür habe ich Verständnis. Aber wenn der Kollege Peter gesagt hat, die Bilanz ist eine Negativbilanz, so bin ich mit der Reaktion bei Ihnen durchaus zufrieden. Wenn ich nämlich feststelle, daß die Bilanz, die ich lege, bei Ihnen Nervosität auslöst, so ist das die richtige Reaktion. Genau diese Reaktion erwarte ich. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Ihre Bilanz wird aber von den ÖAABlern nicht anerkannt!)*

**Dr. Withalm**

Herr Abgeordneter Weikhart! Ich weiß nicht, ob Sie am vergangenen Sonntag Gelegenheit hatten, vor dem Fernsehschirm zu sitzen. (*Abg. Weikhart: O ja! Ich habe gesehen, daß Sie ein Mandat verloren haben!*) Da ist es immer sehr interessant, die Physiognomien der Befragten zu studieren und zu verfolgen. Man hätte meinetwegen den Ton des Fernsehapparates abdrehen können. Ich mußte mir nur die Physiognomien des Abgeordneten Dr. Kreisky und des Landeshauptmannstellvertreters Czettel anschauen und habe bereits gewußt: Die Wahl kann für die Sozialistische Partei nicht gut ausgegangen sein. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Für Sie!*) Denn wenn man sich, Herr Abgeordneter Weikhart, ins Gedächtnis ruft, was sich die Sozialistische Partei für diesen 19. Oktober 1969 vorgenommen hatte, nämlich die Brechung der absoluten Mehrheit der Österreichischen Volkspartei — das wurde von sehr prominenten Leuten von Ihnen immer wieder verkündet —, dann muß ich sagen: Ich glaube, dieses Wahlziel scheint nicht ganz in Erfüllung gegangen zu sein. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube, im Hinblick auf die jetzige Legislaturperiode kann man mit gutem Grund von einer Aufwertung des Parlaments und von einer Verlebendigung der Demokratie sprechen. (*Abg. Horr: 5000 Stimmen hat die ÖVP verloren, und wir haben 20.000 gewonnen!*) Eine Verlebendigung der Demokratie ist aber vor allem deshalb eingetreten, weil in dieser Legislaturperiode zum erstenmal auch die direkte Demokratie zum Zug gekommen ist. Sie hat sich dreimal sehr vehement zu Wort gemeldet: Zum erstenmal in Verbindung mit dem Rundfunk-Volksbegehren, das zwar schon in der X. Gesetzgebungsperiode durchgeführt wurde, dem jedoch erst in dieser Legislaturperiode Rechnung getragen wurde; zum zweiten Mal mit dem Schul-Volksbegehren, das namentlich die Meinung der Eltern mobilisiert hat; und zum drittenmal mit dem Arbeitszeit-Volksbegehren der Sozialistischen Partei, dessen Bedeutung vor allem auch darin liegt, daß hier die Sozialistische Partei, die gegen das Rundfunk-Volksbegehren noch Sturm gelaufen war, erstmalig ein Bekenntnis zum Gedanken der direkten Demokratie abgelegt hat. (*Abg. Dr. Pittermann: Wir haben doch das Volksbegehren gegen Sie durchgesetzt! Fünf Jahre haben Sie es blockiert!*) Ich frage nicht nach den Motiven, Herr Abgeordneter Dr. Pittermann, ich stelle nur das Faktum fest.

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns daher vom Übergang auf das jetzige System der Konfrontation von Regierung und Opposition eine Stärkung der österreichischen Demo-

kratie erhofft haben, so dürfen wir heute feststellen, daß diese Hoffnung nicht getrogen hat.

Ich höre freilich den Einwand, die Arbeit des Parlaments dürfe nicht an Hand von Ziffern und Zahlen gemessen werden, vor allem nicht an der Zahl der beschlossenen Gesetze. — Das ist richtig. — Ein solcher quantitativer Maßstab sage nämlich noch gar nichts über den Wert der beschlossenen Gesetze aus. Ich bin bereit, eine Antwort auch auf die Frage zu geben, welchen inneren Wert die jetzige Gesetzgebungsperiode ausweisen kann, wenn man schon die Zahl der in ihr beschlossenen Gesetze nicht gelten lassen wollte oder wenn, wie Abgeordneter Peter gesagt hat, manche Gesetze einen gutklingenden Namen trügen.

Ich glaube, daß man diesen inneren Wert in folgenden Punkten zusammenfassen kann, mit denen gleichzeitig die wesentlichen Ergebnisse der jetzigen Legislaturperiode gekennzeichnet werden:

An die Spitze möchte ich die Tatsache stellen, daß Österreich mit den Ergebnissen dieser Legislaturperiode aus einer schweren politischen Krise, nämlich aus der Krise der letzten Koalitionjahre, herausgeführt wurde. Auch wer eine solche Krise abstreiten möchte, wird sich bei einem Vergleich zwischen den Ergebnissen der letzten Koalitionjahre mit jenen der derzeitigen Legislaturperiode darüber belehren lassen müssen, daß Regierung und Parlament in den letzten vier Jahren eine weit größere Produktivität an den Tag gelegt haben. Vor allem ist es Ihnen gelungen, eine ganze Reihe von Problemen zu lösen, auf deren Lösung sich die Koalition zwischen ÖVP und SPÖ Jahre hindurch nicht einigen konnte. In dieser Legislaturperiode konnte mit einem Wort jene Immobilität von Regierung und Parlament überwunden werden, durch die die letzten Jahre der Koalition gekennzeichnet waren.

Die zweite Leistung dieser Gesetzgebungsperiode ist die Festigung der österreichischen Demokratie. Es war, meine Damen und Herren, nach den Ereignissen der Ersten Republik, gegen die wir uns in der Zweiten Republik mit der Koalition zwischen ÖVP und SPÖ abgeschildert hatten — allein schon die Dauer dieser Koalition spricht für den Ernst der bestandenen Besorgnisse —, keine Selbstverständlichkeit, daß der Übergang von der Koalition zum jetzigen System völlig reibungslos vor sich gegangen ist. Wenn insbesondere die Sozialistische Partei das angebliche Wagnis eingegangen ist, das Regieren der ÖVP allein zu überlassen, dann ließ sie sich dabei zweifellos von der Überzeugung leiten, daß ihr von dieser Allein-

**Dr. Withalm**

verantwortung der Österreichischen Volkspartei keinerlei Gefahr droht. Sie hätte ja im anderen Fall dieses Risiko ihrer Entscheidung vom 15. April 1966 sicherlich nicht auf sich genommen. Daraus dürfen wir denn doch wohl den Schluß ableiten — der durch die Erfahrungen dieser Legislaturperiode vollauf bestätigt wird —, daß sich die österreichische Demokratie nunmehr den Wettstreit der Parteien um die Führungsposition leisten kann.

Eine weitere Leistung der jetzigen Legislaturperiode war die rasche Überwindung der wirtschaftlichen Rezession von 1966/1967. Wenn die Oppositionsparteien der Regierungspartei diese Leistung nicht zurechnen wollen, dann erinnere ich Sie an die düsteren Prognosen, die Sie der jetzigen Regierung in diesen beiden Jahren gestellt haben. Eine ausgewachsene Wirtschaftspleite war das mindeste, was Sie damals Österreich prophezeit haben. Die gleichen Parteien, die sich Gott sei Dank als falsche Propheten erwiesen haben, müssen heute aber auch zur Kenntnis nehmen, daß nicht nur jede derartige Katastrophe ausgeblieben ist, sondern daß sich ihre hypothetische Pleite auch noch in einen Wirtschaftsaufschwung verwandelt hat, der zumindest den besten Zeiten der Koalition in nichts nachsteht. Die rasche Überwindung der Rezession ist angesichts der jetzigen Hochkonjunktur ganz einfach eine Realität, um die man sich nicht drücken kann.

Die vierte Leistung ist schließlich die Anbahnung neuer Entwicklungen auf allen möglichen Gebieten, ob es sich dabei um die Verwaltungsreform, um die Einleitung der Strukturreform der Wirtschaft, um eine Neubestimmung der Funktion der Massenmedien, um die Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung im öffentlichen Dienst, um neue Lernmethoden in den Schulen, um den beginnenden Umbau autoritärer Universitätsstrukturen, um den Wohnungsbau, um die Reform der Bundesbahnen und der verstaatlichten Betriebe, um das Verkehrs- und Energiekonzept, um das Gesundheitswesen oder um neue Beziehungen zwischen Politik und Wissenschaft handelt. Das alles, meine Damen und Herren, ist nicht, wie die Sozialistische Partei es darstellt, Zukunftsmusik. Nein, das ist Gegenwart. Es sind jene Entwicklungen, die seit 1966 in Gang gebracht wurden und die den Beweis dafür liefern, daß sich diese Regierung keineswegs mit der Liquidierung des Koalitionserbes begnügt hat, sondern daß sie auch weit in die Zukunft ausgeschritten ist.

Ich rufe jetzt von der Tribüne des Parlaments aus die Arbeiter und Angestellten als Zeugen dafür auf, daß sich ihre materielle

und soziale Situation in den letzten vier Jahren nicht nur nicht verschlechtert, sondern eindeutig verbessert hat. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich rufe die Pensionisten und Rentner der Privatwirtschaft als Zeugen dafür auf, daß ihre Pensionen und Renten nicht nur nicht kleiner, sondern größer geworden sind. Ich rufe die Wirtschaftstreibenden in Gewerbe und Industrie als Zeugen dafür auf, daß ihre Arbeit für die Aufwärtsentwicklung der österreichischen Wirtschaft nicht nur nicht erschwert, sondern durch die verschiedensten Aktionen erleichtert worden ist. Ich rufe die Bauern als Zeugen dafür auf, daß ihnen diese Regierung in ihrem Kampf um die Anpassung an die Erfordernisse der Industriegesellschaft nicht nur nicht in den Rücken gefallen ist, sondern daß sie sie in diesem Kampf tatkräftig unterstützt hat. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich rufe die österreichischen Frauen als Zeugen dafür auf, daß sie in ihrer Sorge um ihre Familie unseren Beistand gefunden haben. Ich rufe die Intellektuellen als Zeugen dafür auf, daß wir einen ersten Schritt zur zielbewußten Förderung von Bildung und Forschung getan haben. Und ich rufe schließlich die Jugend zum Zeugen dafür auf *(Abg. Pay: Warum hat die ÖVP 300.000 Stimmen seit 1966 verloren?)*, daß wir ihr neue Aufstiegschancen und neue Entfaltungsmöglichkeiten im Staat geboten haben. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, die Sie im besten Fall — wenn überhaupt — papierene Alternativen angeboten haben, möchten die kommende Budgetdebatte, das wissen wir, gerne dazu benützen, uns auf die Anklagebank zu setzen, mit uns abzurechnen. Das wird Ihnen nicht gelingen! *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Wir haben in den vergangenen vier Jahren den Beweis erbracht, das richtige politische und wirtschaftliche Konzept vertreten zu haben, jenes Konzept, das von Ihnen in diesen vier Jahren pausenlos angefeindet und als falsch bezeichnet wurde, während es in Wirklichkeit Österreich aus einer schwierigen Phase seiner Nachkriegsgeschichte herausgeführt hat. Das sind die Tatsachen!

Es ist kein Zufall, wenn Abgeordneter Kreisky Journalisten gegenüber einmal seinen Unwillen geäußert hat, weil sie es wagten, ihn nach den Alternativen der Sozialistischen Partei zur Politik der Regierung zu fragen. Herr Dr. Kreisky hätte nämlich zugeben müssen, daß es zu dieser Politik keine echten Alternativen gibt. *(Abg. Dr. Kreisky: Wann ist das geschehen? Wann war ich unwillig?)* Die Oppositionsparteien sind daher auch nie unserer Aufforderung nachgekommen, auf den



**Dr. Withalm**

verschiedensten Gebieten, die hier verhandelt worden sind, ihre Gegenvorschläge zu präsentieren. (*Abg. Gratz: Sie haben 70 Anträge abgelehnt in diesen drei Jahren!*) Ich rede jetzt in erster Linie vom Budget. (*Abg. Pay: Erste Lesungen haben Sie abgelehnt zu unseren Anträgen! Monatelang!*) Der damalige Abgeordnete Czettel, Herr Abgeordneter Gratz, hat sich von diesem Platz hier zwar zweimal gebrüstet, die Sozialistische Partei werde beim nächsten Mal ein komplettes Budget auf den Tisch legen. Hinterher wurde aber dann die Version herumgeboten, Oppositionsparteien seien gar nicht in der Lage, Budgetalternativen zu entwickeln. (*Abg. Sekanina: Dr. Withalm, das hat Czettel nie gesagt! — Abg. Horr: Das ist eine Unwahrheit!*) Wenn Abgeordneter Dr. Kreisky von uns aufgefordert wurde, Alternativen vorzulegen, dann pflegte er den selbstgefälligen Standpunkt einzunehmen, es sei nicht Aufgabe der Opposition, der Regierung beim Regieren zu helfen. Unsere Frage nach den Alternativen der Oppositionsparteien hatte aber nichts mit einer Hilfe für die Regierung zu tun. Auf die sind wir Gott sei Dank nicht angewiesen! (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Gratz: Sie haben gesagt: „Da werden wir nicht einmal mit den Ohrwuscheln wackeln!“*) Sie sollte in den einzelnen konkreten Fällen nur die Berechtigung der Opposition aufdecken, die Politik der Regierung schlechtzumachen. (*Abg. Probst: Die brauchen doch wir nicht schlechtmachen, die ist von selbst schlecht!*) Eine solche Berechtigung kann offensichtlich nur dann gegeben sein, wenn die Opposition weiß, wie man es bessermachen kann. Davon aber haben wir in den vergangenen vier Jahren, in denen wir die Alleinverantwortung trugen, aber schon gar nichts bemerkt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wir sind uns sehr wohl dessen bewußt, daß in der zu Ende gehenden Legislaturperiode nicht alle Fragen gelöst werden konnten und nicht auf alle Probleme des Augenblicks eine Antwort gegeben werden konnte. (*Abg. Pay: Nach Ihrem Katalog ist alles geschehen!*) Was wir im Hinblick auf die Zukunft erreicht haben und wofür dieses Budget ein weiterer Baustein sein soll, war die Anbahnung neuer bildungsmäßiger, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und sozialer Entwicklungen in diesem Land, deren entgeltlicher Durchbruch noch mit einer Fülle von Arbeit verbunden sein wird. Keine Regierung ist imstande, perfekte oder letzte Möglichkeiten zu präsentieren, denn jede Regierung bildet nur ein Glied in der langen Kette, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft miteinander verbindet. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Pay.*)

Wenn jedoch in den letzten Jahren da und dort der Eindruck entstanden sein sollte, den Schlüssel zur Zukunft Österreichs halte heute die Sozialistische Partei mit ihren diversen Programmen in der Hand, während die ÖVP als Regierungspartei ihre Sache zwar meinetwegen nicht schlecht gemacht hat (*Abg. Gratz: Schon, schon!*), für den Staatsbürger aber doch keine Traumvilla gebaut habe, dann muß ich Ihnen dazu folgendes sagen: Jawohl, wer sich in dieser Legislaturperiode eine Traumvilla erwartet hat, der mag enttäuscht sein. Uns genügt es jedenfalls, daß wir mit Recht das Gefühl haben können, ein festes Fundament errichtet zu haben (*Abg. Pay: Das bis zum „Hofratssteich“ reicht!*), auf dem solid, anständig und ehrlich weitergebaut werden kann. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Das glauben wir auch, wenn die Sozialisten kommen!*)

Meine Damen und Herren! Der Fortschritt in Österreich braucht nicht erst zu beginnen. Er hat schon begonnen, und zwar auf ganz entscheidenden Gebieten, wie der Verlebendigung der Demokratie, des Vorranges für Bildung und Forschung, der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und der Einleitung großer Reformen, wie etwa auf dem Gebiete der Wohnbauförderung.

Von diesem Weg des echten Fortschrittes sollten sich die Österreicher weder durch die Entscheidungsunfähigkeit einer Koalition noch durch notwendigerweise falsche Entscheidungen einer Politik übertriebener Versprechungen abbringen lassen.

Dieses Budget ist ein klarer Beweis dafür, daß wir an die Zukunft denken und für die Zukunft entscheiden. Nach vier guten Jahren sind vier noch bessere Jahre möglich. Österreich kann in den siebziger Jahren größere Fortschritte erzielen, weil es an der Schwelle der siebziger Jahre über klare Führungsverhältnisse und ein starkes Wirtschaftswachstum verfügt und weil die bereits eingeleiteten Reformen ihre Früchte zu tragen beginnen. Wir von der Österreichischen Volkspartei sind entschlossen, den Weg der Reform, der Erneuerung ohne Risiko fortzusetzen. Schritt halten mit der Entwicklung in der ganzen Welt kann nur der, der selbst zu Änderungen bereit ist; nie aber werden wir dabei das, was Frieden und Freiheit, Recht und Wohlstand dieses Volkes verbürgt, leichtsinnig aufs Spiel setzen. Wir gehen nicht den Weg gefährlicher Experimente, sondern den Weg einer planmäßigen und überlegten Strukturreform. Wir sind die Bürgen für Fortschritt und Sicherheit in einem friedlichen und freien Österreich, wir sind der Garant der Sicherheit und zugleich der Motor des Fortschrittes.



**Dr. Withalm**

*(Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. Hertha Firnberg und Gratz: „Wählt Liste 1!“)*

Meine Damen und Herren! Die Arbeit an diesem Budget — ich sage es zum Schlusse noch einmal — war keine leichte Arbeit. Wir haben es uns wirklich nicht leicht gemacht. Es ist auch heute nicht leicht, die Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Gegenwart und die Ansprüche an die Zukunft auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Es ist doppelt schwer, wenn ein Budget durch eine Fülle gesetzlicher Verpflichtungen im voraus belastet ist. Dennoch handelt es sich bei diesem Budget in seinen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekten um einen Staatshaushalt, welcher der Zukunft verpflichtet ist. Wir stehen am Anfang eines neuen Jahrzehntes, eines Jahrzehntes, dessen Forderungen längst auf uns zugekommen sind. Die Regierung hat sich bemüht, diesen Forderungen Rechnung zu tragen. Dieses Budget kann mit Fug und Recht als wesentlicher Teil jenes Fundamentes angesehen werden, auf dem Österreich auch die Probleme der siebziger Jahre bewältigen kann. Meine Damen und Herren! Dieses Budget verspricht den Österreichern gewiß nicht, daß sie morgen eine Luxusvilla in Besitz nehmen können. Aber es garantiert ihnen, daß sie auch weiterhin in einem soliden Haus wohnen werden, das den Stürmen der Zukunft gewachsen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Das ist die wahre Alternative, vor der das österreichische Volk am 1. März 1970 stehen wird: Entweder an Stelle eines guten Österreich, in dem es jetzt lebt, ein noch besseres Österreich zu gewinnen, oder auch noch dieses gute Österreich in Frage zu stellen, wenn es sich einer Politik verschreiben sollte, die nicht als Kunst des Möglichen, sondern als Kunst des Unmöglichen in die Geschichte eingehen möchte. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Weil wir das Budget 1970 als ein gutes, ein solides, ein anständiges, als ein zukunftsweisendes Budget bezeichnen können, werden wir ihm gerne unsere Zustimmung geben. *(Langanhaltender lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Withalm stimmt für Withalm!)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Dr. Kreisky** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es gehört schon zu einem österreichischen Kuriosum, daß das Budget dieser ÖVP-Regierung nicht nur vom Herrn Finanzminister vertreten wird, sondern auch vom stellvertretenden Regierungschef

in seiner Doppelrolle. Ich bin eigentlich der Meinung, daß er dabei einiges übersehen hat. Wenn er schon stellvertretender Regierungschef ist, dann aber die Rede der Mehrheitspartei hält, dann soll er in seiner Rede doch irgendwie versuchen, befreundete Regierungen und ihre Tätigkeit nicht herabzusetzen *(Zustimmung bei der SPÖ — Abg. Kern: Er hat mit keinem Wort eine Regierung herabgesetzt!)*, was er nämlich getan hat. Das kann man als Politiker nicht tun. Aber in diese Schwierigkeiten kommt man *(Zwischenruf bei der ÖVP)*, wenn sich in der ganzen ÖVP offenbar niemand gefunden hat, der bereit ist, hier in einer großen Rede die Politik der Regierung zu verteidigen. *(Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Haider: Damit helfen Sie dem Wilson auch nicht!)*

Der Herr Dr. Withalm hat zwei Stunden gesprochen, und er hat bei dieser Gelegenheit eine lange Erfolgsserie verlesen; seine nämlich. Er hat nur auf einen Punkt in dieser Erfolgsserie vergessen, nämlich darauf hinzuweisen, daß am Ende dieser Serie der Verlust der Mehrheit im Bundesrat steht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Er hat viele Zeugen aufgerufen, sehr viele Zeugen, nur möchte ich ihm bei dieser Gelegenheit sagen, daß sich 304.000 davon bisher nicht gemeldet haben, denn um diese Zahl hat die ÖVP bisher weniger Stimmen bekommen als in den Wahlen 1966. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)* Wenn er sich weniger um unsere Physiognomien bemüht hätte, die bei Leuten, die eine schwere Peribronchitis haben, nicht immer die beste sein kann, unter anderem bemerkt, wenn er sich also weniger um unsere Physiognomien, sondern mehr um die echten Wahlzahlen gekümmert hätte, so hätte er feststellen müssen, daß die ÖVP in ihrem kernigsten Kernland knapp noch die 50 Prozent erreicht hat. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Haider.)* Wie hätten Sie gejubelt, meine Damen und Herren, wenn bei den Wiener Landtagswahlen die Sozialistische Partei nur knapp über der 50 Prozent-Grenze gelegen wäre! *(Abg. Machunze: Sie haben weniger Stimmen als früher! — Abg. Pay: Sie auch! Und Sie haben viel weniger!)* Herr Abgeordneter Machunze! Nach diesem gräßlichen Debakel Ihrer Partei in Wien würde ich an Ihrer Stelle von den Wiener Landtagswahlen wirklich nicht sprechen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte heute keine Diskussion über die Zwischenwahlergebnisse führen, obwohl Sie selbst diese Sache mit den Zwischenwahlen zu einer bundespolitischen Frage gemacht haben, sonst hätten Sie nicht vor den niederösterreichischen Wahlen alle Landtags-

**Dr. Kreisky**

wahlen in einen bundespolitischen Zusammenhang gestellt. (*Der Redner zeigt ein Belegblatt vor.*) Aber soviel möchte ich doch gern sagen, nämlich daß Sie nicht nur bei diesen Zwischenwahlen, die wir bis jetzt gehabt haben, um mehr als 300.000 Stimmen weniger bekommen haben, sondern daß Sie bei den Nationalratswahlen 1966 noch einen Vorsprung von rund 150.000 Stimmen hatten, während gegenwärtig der Vorsprung der SPÖ mehr als 200.000 Stimmen beträgt.

Damit verlasse ich, sofern ich nicht im besonderen aufgefordert werde, dieses Kapitel.

Die Hartnäckigkeit der Ärzte hat mich daran gehindert, die Budgetrede des Herrn Finanzministers anzuhören. Da sie mir aber im Wortlaut vorlag, bin ich in der Lage, heute im Hohen Hause als erster Redner der sozialistischen Opposition dazu Stellung zu nehmen. Ich persönlich bin der Meinung, daß es einer wahrhaft demokratischen Grundhaltung angepaßter gewesen wäre, wenn sich die Bundesregierung zu dem Entschluß hätte durchringen können, um eine kommende Regierung, die ja im zweiten Vierteljahr 1970 gebildet werden muß, nicht zu präjudizieren, den Weg zu wählen, den die Bundesverfassung in einem solchen Fall anbietet, nämlich den eines Budgetprovisoriums. Sie haben diesen Weg nicht gewählt, weil Sie sich lieber von Ihren Wahltaktikern beraten lassen wollten. Sie haben mit diesem Budget für 1970 die Entscheidung der Österreicher und der Österreicherinnen bei den kommenden Wahlen sozusagen vorweggenommen und geben sich so einem Optimismus hin, der in krassem Widerspruch zu dem manipulierten Pessimismus steht, der von Ihrer Propagandazentrale verbreitet wird. Also Sie betreiben hier, wenn ich so sagen darf — und jetzt bin ich sehr vorsichtig —, nicht Politik, sondern Propaganda mit doppeltem Boden. Aber Sie werden das ja schließlich verantworten müssen.

So gesehen, sind also die Rede des Herrn Finanzministers und die des Herrn Vizekanzlers Dr. Withalm erst recht die ersten Wahlreden der kommenden Wahlkampagne, und ich verstehe durchaus ihr Bedürfnis danach.

Der Herr Finanzminister hat hier schon eine beachtliche Leistung vollbracht, aber sogar die freundlich gesinnte Presse kann es nicht unterlassen, davon zu sprechen, daß er sich auf einige Entlastungsangriffe beschränkte und dieses Budget „nicht ganz stubenreine Tricks“ enthalte. Wir sind ja als Opposition nicht verpflichtet, uns so vorsichtig auszudrücken.

Ich will dem Hohen Hause nicht verhehlen, daß man auf der sozialistischen Seite dieses Hauses nach gründlicher Prüfung und nach Kenntnis der wahren Verhältnisse zu dem Schluß gekommen ist, daß man es bei diesem Budget in gleichem Maße wie bei allen vorherigen der ÖVP-Regierung mit der Verpflichtung zur Budgetwahrheit nicht sehr ernst genommen hat, jedenfalls mit ihr sehr leichtfertig umgegangen ist. Darüber aber wird im Laufe der Budgetdebatte noch ausführlich gesprochen werden.

Ich will mich darauf beschränken, daß nach Ihrer eigenen Mitteilung, Herr Finanzminister, die Sie am Dienstag in diesem Hohen Hause gemacht haben, keinerlei Vorkehrungen auf der Ausgabenseite des Budgets beispielsweise für die Gehaltserhöhung der Lehrer getroffen wurden, obwohl jeder Mensch in Österreich weiß, daß Ihnen gar nichts anderes übrigbleiben wird, als hier beträchtliche Zugeständnisse zu machen; so wie Sie auch den Beitrag des Bundes zum U-Bahn-Bau nur mit einem Verrechnungsansatz von 1000 S berücksichtigt haben.

Nur ganz nebenbei möchte ich bemerken, daß die ÖVP bei den Wiener Landtagswahlen aus dem Umstand, daß hier der Bund einen Beitrag leisten werde, einen echten Wahlschlager gemacht hat. Die Wahl in Wien ist vorbei, die ÖVP hat eine schwere Niederlage erlitten. Also straft die ÖVP-Regierung die Wiener Bevölkerung, indem sie Zusagen, die sie gemacht hat, nicht einhält. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber: Hat sie der Slavik eingehalten? — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Und der Slavik straft die anderen! — Abg. Glaser: Wir sind gegen die Arbeitsplatzbesteuerung! — Abg. Lanc: Das ist politische Erpressung!*)

Der Umstand, daß Sie nichts für die Arbeitszeitverkürzung der öffentlich Bediensteten eingesetzt haben, deutet entweder darauf hin, daß Sie sich der Hoffnung hingeben, um diese Arbeitszeitverkürzung heranzukommen, oder daß Sie die Ausgabenseite, wenigstens optisch, entlasten wollten.

Es wird sich also zeigen, daß auch in diesem Budget wieder nichts stimmen wird, gar nichts stimmen wird, weder die Einnahmen- noch die Ausgabenseite, noch der Abgang! Und das ist für uns keine Überraschung, war es doch in den vier Jahren der ÖVP-Regierung immer so, daß das echte Defizit das veranschlagte Defizit im Durchschnitt um mehr als eineinhalb Milliarden übertroffen hat.

Sie wissen sehr gut, meine Damen und Herren im Hohen Haus, daß ich kein Freund starker Worte bin. Aber hier hat man wirklich

**Dr. Kreisky**

Mühe, diesen Voranschlag nicht als das zu sehen, was er ist, nämlich eine echte Täuschung der Öffentlichkeit.

In den letzten vier Jahren der Koalitionsregierung, deren düstere Schatten ja heute vom Herrn Vizekanzler Withalm heraufbeschworen wurden, haben sich die Defizite von 1,6 Milliarden bis 4,6 Milliarden bewegt; in den Jahren der Alleinregierung von 3,6 Milliarden bis zu jetzt angeblich 8,9 Milliarden Schilling. Wenn Sie es genauer wissen wollen, hier die Ziffern: 3,7 Milliarden — 1966, 7,75 Milliarden — 1967, 8,5 Milliarden — 1968, 8 Milliarden — 1969, und jetzt präliminieren Sie eines in Höhe von 8,9 Milliarden. Wenn das stimmt, was wir ja, wie wir schon sagten, bezweifeln, so haben Sie dennoch, Herr Finanzminister, zwar die 10 Milliarden-Grenze wie der Teufel das Weihwasser gemieden, aber Sie werden ihr nicht entkommen. Ich habe Ihnen ja schon gesagt, weshalb wir zu diesem Schluß kommen.

Ich könnte jetzt alle Überschreitungen im einzelnen anführen, aber ich lasse das vorläufig auf sich beruhen. Es wird ja noch genug Gelegenheit sein, darüber zu sprechen. Ich will auch keine so lange Rede halten, was ich somit gleich versprechen möchte, wie sie der Herr Vizekanzler gehalten hat.

Und so möchte ich mich einer zweiten Frage zuwenden, die von großer Bedeutung für die Zukunft unseres Staates und für die Menschen ist, die in diesem Staate vom Ertrag ihrer Arbeit leben. In ein paar Sätzen will ich ein Thema wieder behandeln, das ich in diesem Hause in seiner ganzen Dramatik schon vor zwei Jahren zur Diskussion gestellt habe.

Als Sie die Regierungsgewalt übernahmen, hatten wir im Inland einen Schuldenstand von rund 24 Milliarden Schilling und im Ausland einen solchen von 4,3 Milliarden. In diesen paar Jahren ist es Ihnen gelungen, die Auslandsverschuldung, ohne das Jahr 1970, auf das Dreifache, nämlich auf 12,4 Milliarden, hinaufzutreiben und die Inlandsverschuldung auf 31 Milliarden Schilling. Sie haben also eine Verschuldung Österreichs herbeigeführt, wie es sie in der Geschichte dieser Zweiten Republik bisher noch nicht gegeben hat.

In Parenthese möchte ich nur bemerken, daß man, wenn man diese Auslandsverschuldung in Zusammenhang bringt mit den Deckungsverhältnissen unserer Währung, nur denen recht geben kann, die zu dem Schlusse kommen, daß diese unsere Deckung in einem sehr hohen Maß als eine geborgte angesehen werden muß. Durch die hohen Schuldenaufnahmen im Ausland wird die österreichische Zahlungsbilanz mit Tilgungs- und Zinsen-

zahlungen auf Jahre hinaus mit rund 2 Milliarden Schilling jährlich vorbelastet, was dann besonders ernst ist, wenn es zu Rückschlägen in unserer Handelsbilanz oder Zahlungsbilanz kommen sollte.

Das bedeutet weiter, daß von dem präliminierten Defizit von 9 Milliarden, das Sie uns also hier beibringen wollen — und jetzt bitte ich Sie aufzupassen —, heute schon über 8 Milliarden dazu verwendet werden müssen, um Schulden, an deren Erhöhung diese Regierung in so entscheidender Weise beteiligt war, zu decken. Ich wiederhole: Von den 9 Milliarden Abgang, den Sie angeben, sind 8 Milliarden allein für Tilgungen und Verzinsungen der Schulden, die zum großen Teil von Ihnen gemacht wurden, aufzuwenden.

Sie beruhigen sich damit, daß Sie die Schulden, die Sie gemacht haben, zum Bruttonationalprodukt in Beziehung bringen, übersehen aber dabei, daß Sie mit diesen Schulden nicht das gemacht haben, was man hätte verantworten können, nämlich dazu beizutragen, daß sinnvolle, ertragreiche Investitionen Ihnen die Rückzahlung erleichtern. Sie haben ganz einfach nichts anderes getan, als die Löcher Ihrer Budgetpolitik gestopft. *(Beifall bei der SPÖ.)* Sie haben Österreich in einem unvorstellbaren Ausmaß in einer Rekordzeit verschuldet.

Seinerzeit haben Sie es damit begründet, Herr Dr. Withalm — Sie haben schon recht —, daß das wegen der von außen hereinwirkenden Rezession notwendig wäre, sie mache eine sogenannte deficit spending policy notwendig. Was sagen Sie jetzt, wo wir eine primär von außen hereinwirkende Prosperität haben?

Ich erinnere mich noch sehr gut daran, als ich in diesem Hause vor der Rezession gewarnt habe, und zwar in meiner ersten Oppositionsrede im Jahre 1966. Ich habe nicht gesagt — das können Sie nachlesen —, daß die Regierung an dieser Rezession schuld ist, sondern ich habe gesagt, die Regierung tue nichts, um die zu erwartende Entwicklung aufzufangen. *(Abg. Dr. Withalm: Sie muß ja doch ein bißchen etwas getan haben, an den Erfolgen gemessen!)* Ich habe diese Behauptung im Jahre 1967 wiederholt. Es war der Herr Bundeskanzler — der mit mir am liebsten in meiner Abwesenheit verkehrt —, der im Radio gesagt hat, ich sehe schwarz und male den Teufel an die Wand. *(Abg. Dr. Withalm: „Schwarz sehen“ tun Sie nicht!)* Heute hat sich der Herr Vizekanzler des langen und breiten über diese Überwindung der Rezession geäußert. Dazu möchte ich Ihnen jetzt folgendes sagen:

Die Rezession des Jahres 1966/67 kam nicht von Amerika; sie kam nicht von Frankreich, das sich in einer ausgesprochenen Prosperität

13300

Nationalrat XI. GP. — 153. Sitzung — 24. Oktober 1969

**Dr. Kreisky**

befand; sie kam auch nicht von Italien, das damals einen beträchtlichen Zuwachs seines Nationalproduktes zu verzeichnen hatte; sie kam einzig und allein aus der Bundesrepublik. Man fürchtete die Folgen deshalb so sehr, weil die Bundesrepublik eine der wichtigsten Wirtschaftsnationen dieses ganzen Erdkreises ist. (*Abg. Dr. Withalm: Da brauchen wir jetzt in der Zukunft nichts mehr zu fürchten, Herr Kollege Kreisky! — Abg. Dr. Mussil: Die haben damals leider keine Wachstumsgesetze gehabt so wie wir!*)

Da die Bundesrepublik für uns von entscheidendster Bedeutung war, mußten wir mit Recht fürchten, daß diese Entwicklung auf Österreich übergreift. Ich möchte Ihnen dafür ein Beispiel anführen.

Diese Furcht vor der Rezession hat zum Beispiel dazu geführt und führt immer dazu — auch in Amerika hat es dieselben Erscheinungen gegeben —, daß die Automobilindustrie in ihrer Produktion sehr zurückhaltend wird. Wir haben das zu spüren bekommen — das weiß der Betriebsratsobmann der VÖEST sehr genau — an dem reduzierten Eingang von Bestellungen aus der deutschen Automobilindustrie. Wir haben auf anderen Gebieten dieselben Erfahrungen gemacht.

So ist nun das deutsche Wirtschaftswunder untergegangen und mit ihm der angebliche Vater dieses Wirtschaftswunders. Heute begeht die CDU ein bißchen politische Kindesweglegung. Wir wissen sehr genau, was man uns alles gesagt hat, wie großartig der Erhard gewesen wäre. Als er am Ende seines Lateins war (*Abg. Dr. Mussil: Der Schiller ist auch am Ende des Lateins! — Abg. Konir: Abwarten!*) — der Herr Bundeskanzler wird sich an ein Gespräch erinnern, das ich mit ihm führte, als wir die Koalition noch hatten —, da waren es gerade die Unternehmer und die großen Banken in Deutschland, die gesagt haben, jetzt müssen die Sozialisten hinein in die Regierung, denn jetzt müsse eine Politik gemacht werden, die wir allein gar nicht verantworten können und auch nicht wollen. So kam es zur großen Koalition in der Bundesrepublik. (*Abg. Dr. Withalm: Zeitlich kann da etwas nicht stimmen! Sie können das Gespräch mit dem Bundeskanzler nicht geführt haben als Minister, denn die große Koalition draußen kam im September 1966!*) Zum Unterschied von Ihnen gebe ich private Äußerungen sehr genau wieder, was Sie nicht tun, Herr Vizekanzler. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Ich gebe private Äußerungen überhaupt nicht wieder!*)

Ich bin mit dem Herrn Bundeskanzler am 2. Jänner 1966 auf einem Spaziergang in Lech in Vorarlberg zusammengetroffen und

habe ihm gesagt: Merkwürdig, jetzt bereiten sie in Deutschland die große Koalition vor — ich habe ihm auch gesagt, welche Hinweise ich habe —, und in Österreich werden wir sie zusammenhauen. So war meine Äußerung. (*Abg. Guggenberger: Weil das Regieren nicht lustig sein wird, haben Sie im „Spiegel“ gesagt!*) Was ich dem Herrn Dr. Klaus gesagt habe, das wissen Sie nicht. Es war ein kalter Abend, und es war eine sehr ruhige Auseinandersetzung. Ich habe ihm davon Mitteilung gemacht, weil ich mich dazu verpflichtet gefühlt habe zu sagen, was ich aus Deutschland erfahren habe.

So kam Wirtschaftsminister Professor Schiller. Es bestehen überhaupt keine ernstlichen Meinungsverschiedenheiten weder auf der linken noch auf der rechten Seite in der Bundesrepublik, daß es vor allem sein Einsatz war, der die Rezession in Deutschland aufgefangen hat. (*Beifall bei der SPÖ.*) Davon profitiert heute Österreich ein bißchen mit. (*Abg. Dr. Withalm: „Ein bißchen mit“, ja!*) Das möchte ich in aller Bescheidenheit sagen. (*Abg. Guggenberger: Das ist fast eine Anschlußrede! — Abg. Weikhart: Das ist schon mehr als eine Dummheit von Ihnen! — Abg. Dr. Mussil: Für das gehört ein Ordnungsruf! — Abg. Weikhart: Entschuldigen Sie schon! Das müssen Sie selber zugeben!*) Das sollten Sie angesichts der Siemens-Lösung in der Schwachstromindustrie nicht gesagt haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sich nämlich geistig Gutes von drüben oder von anderswo zu holen, halte ich für keine Schande, aber sich hinüber auszuverkaufen, das halte ich für einen politischen Fehler. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Der dritte Vorwurf, den wir der Regierung machen müssen, ist der, daß sie die Zeit der Prosperität, die wir haben, nicht ausgenützt hat und nicht ausnützt, um eine echte Strukturpolitik zu betreiben, obwohl sie uns eine solche unentwegt versprochen hat. Nichts ist auf diesem Gebiet geschehen.

Für eine echte Wirtschaftspolitik wäre ein langfristiges Budgetkonzept erforderlich, ein mehrjähriges Investitionsprogramm des Bundes, eine mehrjährige Budgetvorschau. Alles das haben Sie uns versprochen, nichts dergleichen haben Sie gehalten.

Im April 1966 erklärte der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus, daß eine klare Rangordnung der Staatsausgaben im Rahmen eines längerfristigen Budgets notwendig wäre.

In der Budgetrede 1966 erklärte der Finanzminister, daß die Budgetpolitik des Bundes eines längerfristigen Konzepts bedürfe.

In der Budgetrede zum Budget 1967 erklärte der Finanzminister unter anderem: „Damit

**Dr. Kreisky**

wird über die Ansätze einer längerfristig konzipierten Budgetpolitik hinaus, zu denen vor allem nunmehr auch der Abschluß eines Finanzausgleiches für eine sechsjährige Periode zählt, von der Budgetvorschau auf die Erstellung und Durchführung eines längerfristigen Budgetkonzepts übergegangen werden können.“

Zur Erstellung eines solchen ununterbrochen versprochenen und von den Finanzministern wiederholt angekündigten Budgetkonzepts ist es bisher nicht gekommen, und die Legislaturperiode eilt mit raschen Schritten ihrem Ende entgegen. (*Ruf bei der ÖVP: Versprochen!*) Sie fangen schon mit dem Versprechen an, einer hat gesagt: Das machen wir das nächste Mal! (*Heiterkeit.*)

Die Erstellung eines langfristigen Investitionsprogramms des Bundes, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, wurde von der Bundesregierung wiederholt angekündigt, wieder kann ich dieselben Zahlen wiederholen, 1966 und später. In der Budgetrede zum Budget 1968 widmet der Finanzminister ein ausführliches Kapitel der Notwendigkeit eines langfristigen Investitionsprogramms des Bundes unter Ankündigung der Erstellung eines solchen Investitionsprogramms. Das Investitionsprogramm, das uns auch der Herr Finanzminister im Koren-Plan versprochen hat, müsse unabhängig von der Konjunktursituation durchgeführt werden. — Zur Durchführung des Investitionsprogramms ist es bisher nicht gekommen!

Sie haben uns in der Regierungserklärung eine Verwaltungsreform versprochen, und der Herr Bundeskanzler hat im Jahre 1968, als er seine „Regierung der besten Männer“ durch die aus der zweiten Reihe ergänzt hat — ich folge hier einem Ausspruch eines Herrn auf Ihrer Seite —, neuerdings diese Verwaltungsreform versprochen, sogar für die kommenden Monate vor allem durch eine Regelung im Bereich der Kompetenzen, und eine Rechtsbereinigung. Beides ist bis heute nicht erfolgt.

Die großartig angekündigte Verwaltungsreform hat zur Einsparung von sage und schreibe 628 Posten unter 273.000 in der Bundesverwaltung geführt. Hier haben tatsächlich die Berge gekreißt und ein klein winziges Mäuslein geboren. Richtig ist, daß der Reform, der Verwaltungsreformer, dieses Problem für sich auf die einfachste Art gelöst hat: Er ist per Flug auf seinen Botschafterposten nach Washington gereist (*Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ*), kostet allerdings dort den Staat wesentlich mehr, als er als Staatssekretär gekostet hat. Wenn man noch dieses völlig sinnlose Roulement dazurechnet, das dadurch in Gang gesetzt werden mußte,

daß Botschafter nach zwei Jahren versetzt werden mußten, weil einer nach dem anderen in Bewegung gebracht wurde, kann man daraus ersehen, wie teuer die Ablöse des Herrn Staatssekretärs Dr. Gruber den Steuerzahler gekommen ist.

So hat nun die Regierung in ihrer Ratlosigkeit an die Bevölkerung appelliert, ihr doch wenigstens bei der Verwaltungsreform zu helfen. So findet sich am 22. Oktober 1969 ein solcher Aufruf in der „Wiener Zeitung“. Ich mache Ihnen einen Vorschlag, Herr Vizekanzler! (*Abg. Dr. Withalm: Wenn er gut ist, bitte!*) Eben, werden wir sehen. Da nun das Verwalten, Herr Vizekanzler, ein Teil des Regierens ist, so möchte ich Ihnen den Vorschlag machen, einen Aufruf zu erlassen, Ihnen auch beim Regieren im allgemeinen ein bißchen zu helfen. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Weikhardt: Ohne Zweifel ein guter Vorschlag, Herr Vizekanzler!*) Bei der Verwaltungsreform versprechen Sie einen Preis von 10.000 S.

Ich mache Ihnen einen zweiten Vorschlag: Setzen Sie als Preis für diese Hilfe beim Regieren den Monatsbezug jenes Ministers aus, in dessen Kompetenz der Vorschlag fällt! Das wäre wirklich einmal etwas Neues in der österreichischen Politik. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Jetzt wieder zu ein paar ernsteren Dingen: Sie geben sich — ich sage das wieder — einer Prosperitätseuphorie hin, von der doch jeder vernünftige Mensch weiß, daß sie in dieser Intensität doch gar nicht von Dauer sein kann. (*Ruf bei der ÖVP: Wieder ein Gespenst!*) Ja, schon wieder eine Warnung. Ich weiß doch ganz genau, daß man bei Ihnen gezittert hat, daß eventuell der Abschwung noch in die Endphase dieser Legislaturperiode fallen werde. Die gescheiten Leute bei Ihnen wissen ganz genau, daß man mit gewissen Abschwungtendenzen wird rechnen müssen. Ich warne nur davor und behaupte, daß Sie für eine solche Entwicklung keine Vorsorge — es ist die Aufgabe der Regierung, entsprechend vorzusorgen — für die unmittelbare Zukunft, geschweige denn für eine längere Periode getroffen haben. Sie machen nämlich den Fehler, den konservative Regierungen immer gemacht haben, daß Sie zum Teil aus Selbstgefälligkeit, zum Teil auf Grund Ihrer wirtschaftspolitischen Philosophie problematische Strukturen total ignorieren, obwohl wir alle wissen, daß dann, wenn es auf dem Weltmarkt wieder zu rauheren Konkurrenzverhältnissen kommen sollte — und das wird der Fall sein —, schon ganz kleine Preisverschiebungen auf dem Weltmarkt manche österreichische Industriebetriebe in die Gefahrenzone geraten lassen.

**Dr. Kreisky**

Es hat sich schon in der Vergangenheit gezeigt, daß Sie Abschwungtendenzen, die sich zwangsläufig aus der Überhitzung der Konjunktur ergeben, nicht zeitgerecht wahrgenommen haben. Ich habe Sie ja vorhin daran erinnert.

Damit hängt nämlich zusammen, daß Sie in Wirklichkeit keine Wirtschaftspolitik, keine Strukturpolitik machen und daß Sie sich mit dem famosen Koren-Plan nur in propagandistische Unkosten gestürzt haben, wobei Ihnen nichts zu teuer war. Sie haben sogar das Wort „Plan“ verwendet, das bis dahin von Ihnen als typisches Kennzeichen bolschewistischer Wirtschaftsauffassung betrachtet wurde.

Da nun diese Legislaturperiode ihrem Ende rasch entgegenggeht, kann ich es Ihnen und mir leider auch nicht ersparen, das, was Sie als die deklarierten Ziele Ihrer Regierungspolitik angegeben haben, nun mit dem zu konfrontieren, was Sie wirklich getan haben. Ich weiß, diese Betrachtungen müssen etwas langatmig sein, aber das ist nicht meine Schuld, sondern Ihre. Diese Langatmigkeit ist nämlich auf den Umstand zurückzuführen, daß eben Ihre Versprechungen sehr umfangreich gewesen sind.

Ich folge ausschließlich Ihren Dokumentationen. Da sind einmal jene Versprechungen zu nennen, die Sie den Wählern schon während der Wahlkampagne 1966 gemacht haben: Keine Tarifierhöhungen, keine Gebührenerhöhungen, keine Erhöhungen der Steuern, keine Abgabenerhöhungen und so weiter und so fort. — In Wirklichkeit haben Sie die österreichischen Steuerzahler und Konsumenten nur aus dem Titel der Steuern, Tarife, Gebühren und Abgaben während dieser Legislaturperiode mit rund 27 Milliarden Schilling belastet!

Was haben Sie da noch alles versprochen! Was war in Ihrer Regierungserklärung alles enthalten! Wahrlich: Ihr Herz war so des Sieges voll, daß Ihnen der Mund übergegangen ist! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Da war die Rede vom Abschluß der zügig fortzusetzenden Verhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und von der raschen Vorlage eines Verhandlungsergebnisses. Was ist daraus geworden? Früher, Herr Dr. Withalm, haben Sie sich auf mich ausreden können, jetzt können Sie sich nicht einmal mehr auf Dr. Bock ausreden. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Ich mache Ihnen aber daraus keinen Vorwurf, denn Sie sind eben in diesen vier Jahren zur Erkenntnis der realen Tatsachen gekommen.

Zur Außenpolitik möchte ich wenig sagen, aber doch wiederholen — eben weil auch Sie davon gesprochen haben —, welchen Standpunkt wir zur Südtirolfrage einnehmen. Wir haben immer gesagt: Über den Inhalt des Paketes haben die gewählten Vertreter der Südtiroler zu entscheiden. Sie müssen wissen, was ihnen genügt. Wir werden hier strengste Nichteinmischung beobachten. Wir werden uns nicht einmal darauf einlassen, zu prüfen, inwieweit das jetzige Paket besser oder schlechter ist als das seinerzeit ausgehandelte. Wir stehen zu unserem Wort: Wenn die Südtiroler das Paket in ihrer Mehrheit akzeptieren, dann ist das ihre Sache, sie müssen dafür die Verantwortung tragen; wir werden sie in ihrer Entscheidung nicht beeinflussen. Aber, Herr Vizekanzler Dr. Withalm: Keinen Zweifel kann ich darüber lassen, daß wir in dem sogenannten Operationskalender nicht mehr sehen als eine mehr oder weniger komplizierte diplomatische Prozedur, auf keinen Fall eine Absicherung oder eine Verankerung der italienischen Zusage. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Wir sind der Auffassung, daß dieser Operationskalender, wenn er sich überhaupt verwirklichen läßt — denn niemand weiß, und am wenigsten die gegenwärtige italienische Regierung, was ihr in ihrem Parlament noch alles widerfahren kann —, keine Antwort auf die Frage gibt: Was geschieht, wenn die im Paket versprochenen Zusagen nicht oder nur sehr mangelhaft erfüllt werden, außer daß der Streit zwischen uns weitergeht und daß die Streitbeendigung von so manchen Beteiligten auf Kosten Österreichs durch diesen Operationskalender ad Calendas Graecas verschoben werden kann?

Damit volle Klarheit besteht: Wir sind diesbezüglich auf ein Minimum heruntergegangen. Wir verlangen gar nichts anderes, Herr Dr. Withalm — ich wende mich jetzt an Sie als den stellvertretenden Regierungschef... (*Abg. Weikhart: Er ist nicht da! — Abg. Dr. Withalm: Sie glänzen auch nicht durch Präsenz in diesem Haus!*) Nein, ich habe auch zu tun. Aber wenn der Herr Bundeskanzler eine Grundsatzrede hält, bin ich da. Und wenn der Führer der Opposition im Hause spricht, so hätte man das auch erwartet. Macht mir gar nichts, ich bin gar nicht gekränkt. Ich finde, daß man auf solche Dinge nicht so großen Wert legen soll. (*Abg. Dr. Withalm: Sie sind ja Gott sei Dank nie gekränkt!*) Ich bin auch nicht gekränkt. Das ist auch so eine Vorstellung und Einbildung, die Sie haben. Aber Sie wundern sich! Ich bin gekränkt, wenn ich der Meinung bin, daß ich gekränkt zu sein habe, und nicht

**Dr. Kreisky**

anders. Das sage ich Ihnen, so viel Selbstherrschung besitze ich. (*Beifall bei der SPÖ.*) Damit haben Sie sich nämlich allmählich als Gesprächspartner selber abgewertet, aber das nur ganz nebenbei.

Aber jetzt noch etwas anderes. Wir sind auf ein Minimum heruntergegangen, Herr Dr. Withalm. Das ist jetzt sehr wichtig. Wissen Sie, was wir wollen, Herr Dr. Withalm? Wir wollen gar nichts anderes, als daß die österreichische Regierung mit der italienischen Regierung irgendein brauchbares Instrument schafft. Es muß nicht einmal ein Vertrag sein; es kann ein echter Notenwechsel sein, in dem die italienische Regierung der österreichischen Regierung die Erfüllung dieses Paketes ausdrücklich zusagt; denn wenn das geschieht, kann man den Streit hierüber dem Europäischen Übereinkommen zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten unterwerfen, und das genügt uns. Was Sie aber tun, und da kommt jetzt eine Riesentäuschung heraus: Im Punkt 1 Ihres Operationskalenders erwähnen Sie diese Vereinbarung, dieses Übereinkommen zur friedlichen Beilegung. Aber wissen Sie, was Sie zusagen? Sie sagen zu, daß Sie diesen nichtswürdigen Pariser Vertrag, in dem nichts drinnensteht außer ein paar Phrasen, diesen Vertrag und seine Erfüllung dem IGH unterwerfen. Das bedeutet nicht eine Stärkung, sondern ganz im Gegenteil eine Schwächung unserer Position. Das zu tun, haben wir uns immer gehütet.

Wenn Sie das, was Sie jetzt vereinbaren, so abfassen, daß es der Europäischen Streitschlichtung unterstellt werden kann, bekommen Sie unsere Zustimmung. Denn etwas, was Sie jetzt mit den Italienern vereinbaren, muß so vereinbart sein, daß man damit etwas anfangen kann.

Damit beende ich den außenpolitischen Teil. Ich möchte mich jetzt wieder ein bisserl mit Ihren Versprechungen beschäftigen.

Sie versprochen den verstärkten Schutz aller Österreicher vor Machtmißbrauch und politischer Willkür durch Reform der Grund- und Freiheitsrechte. — Gar nichts ist geschehen, nicht einmal ein paar akademische theoretische Diskussionen haben stattgefunden, und die gestrige Debatte im Hohen Haus hat ja ein sonderbares Licht auf die Grund- und Freiheitsrechte geworfen.

Sie sprachen vom Vorrang im Staatshaushalt für die Ausbildung unserer Jugend und die Forschung. — Sie haben ja schon beträchtlich Wasser in Ihren kulturellen Wein gegossen. Denn beim Herrn Finanzminister hat das ja viel emphatischer gelaute. Aber die Mittel, die für Kultur und Unterricht in unserem Staatshaushalt aufgewendet wer-

den, liegen heute noch — Sie haben es ja zugegeben — beträchtlich unter den Aufwendungen anderer kleiner Staaten. Daß Sie uns vorwerfen, Herr Dr. Withalm, daß wir an der Hypertrophie der Sozialpolitik, wie Sie das gelegentlich in Ihren Kreisen nennen, schuld sind durch unsere Arbeit in der Koalition, das nehmen wir auf uns. (*Beifall bei der SPÖ.*) Daß wir schuld sind, daß wir in unserem Land alles getan haben, um wenigstens die krasseste Armut zu überwinden, und daß das viel Geld gekostet hat, das wissen wir. Daß Sie uns aber auch verantwortlich machen wollen für die Sünden, die in einem Ressort begangen wurden, das immer zur Domäne der ÖVP gehört hat, das sind wir nicht bereit, Ihnen abzunehmen. Denn es hat Ihr Unterrichtsminister seine Forderungen zu stellen gehabt, und immer waren es Ihre Finanzminister, die sie zu bewilligen oder abzulehnen gehabt haben. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Der Vorrang sieht so aus, daß Sie kaum 10 Prozent der Gesamtausgaben des Budgets für diese Zwecke zu verwenden versprechen. Versprechen — wir würden ja unsere Wunder erleben, was alles abermals nicht geschehen würde, wenn nicht der 1. März dazwischenläge.

Aber weil ich nun einmal in diesem Haus und in der Öffentlichkeit verrufen bin als einer, der die schwedischen Verhältnisse kennt und beobachtet, und Sie mir sogar das manchmal vorhalten, so sage ich Ihnen, warum ich das so gerne tue. Deshalb, weil es ein Land ist, das so viele Einwohner hat wie wir, zweitens weil es ein Land ist, das über drei Jahrzehnte von Sozialdemokraten regiert wird, wo man also unsere Praxis kontrollieren kann. Wissen Sie, was in Schweden aufgewendet wird bei einem Budget, das nur doppelt so hoch ist als unseres? Dort werden im Budgetjahr 1969/1970 statt 9,5 Milliarden wie bei uns 38,6 Milliarden zur Verfügung gestellt. Also in einem Budget, das doppelt so groß ist wie unseres, wird viermal soviel für das Bildungswesen aufgewendet. Das nenne ich echten Vorrang für Wissenschaft und Kultur.

Über die „Sanierung der Bundesbahnen“, die Sie uns versprochen haben, brauche ich nicht zu reden.

Die „dauernde Lösung der Gesamtprobleme der verstaatlichten Industrie“ ist ausführlich behandelt worden.

Richtig ist eines: Es ist Ihnen gelungen, die beschleunigte Annahme der sogenannten Wirtschaftswachstumsgesetze — früher haben Sie das viel ehrlicher Kapitalmarktgesetze genannt — durchzusetzen. Das ist eine der



13304

Nationalrat XI. GP. — 153. Sitzung — 24. Oktober 1969

**Dr. Kreisky**

Quellen des chronischen Defizits in unserem Haushalt.

„Sparsamkeit und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, Reform der Umsatzsteuer, Milderung der Steuerprogression.“ — In welcher Weise Sie das letztere verwirklicht haben, zeigt ein Vergleich, den mir Fachleute zur Verfügung gestellt haben.

Während sich von 1960 bis 1965 eine Relation zwischen Einnahmenezuwachs aus der Lohnsteuer und dem aus der Einkommensteuer von 119 : 96 ergeben hat, sieht die Relation heute so aus: Die Lohnsteuereinnahmen sind von 1965 bis 1970 um 77,2 Prozent gewachsen, die Einkommensteuer aber weist nur einen Zuwachs um 29,8 Prozent auf. (*Ruf: Weil sich eine Umschichtung vollzogen hat!*) Herr Dr. Withalm, wenn nicht Sie vorher von einem Klassenbudget gesprochen hätten! Was denken sich denn so manche, wenn sie das lesen? Der allgemeine Wohlstand wächst. Allen geht es so gut, aber die Lohn- und Gehaltsempfänger müssen einen ungebührlich großen Anteil an den Einnahmen des Staates leisten. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Doktor Mussil: Das ist wirtschaftlicher Widersinn, den Sie hier verzapfen! — Abg. Dr. Withalm: Gott sei Dank verdienen sie mehr! — Weitere anhaltende Zwischenrufe.*)

Ich wollte nur den Slogan von der „Regierung für alle Österreicher“ unter einen zahlenmäßigen Beweis stellen.

Meine Damen und Herren! Sie sprachen von einem zügigen Ausbau der Autobahnen und der anderen verkehrswichtigen Straßen. Sie bedienen sich punktueller Methoden, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Sie sich dabei weniger von allgemeinen verkehrspolitischen Überlegungen als von Pressionen politischer Machtgruppen innerhalb Ihrer Partei leiten lassen. (*Abg. Minkowitsch: Meinen Sie die Donaubrücken in Niederösterreich?*) Sie haben bis heute nicht erkannt, daß die Straßenbaupolitik ein Teil der Verkehrspolitik ist und diese sich wieder aus dem Gesamtkonzept der Wirtschaftspolitik ergibt. Bis heute gibt es — die Republik besteht bald 25 Jahre — keine wirklich große Straße, die nach Graz führt, in die zweitgrößte Stadt der Republik, in die Landeshauptstadt der Steiermark, die außerdem in einem toten Winkel, wie man selber immer in der Steiermark sagt, liegt. 25 Jahre — und noch immer gibt es diese große Straße nicht, obwohl man weiß, daß eine solche große Straße, wie das oberösterreichische Beispiel zeigt, die Industrie an sich zieht! (*Abg. Glaser: Als die ÖVP die Autobahn geplant hat, haben Sie das einen „Aprilscherz“ genannt! — Abg. Dr. Pittermann:*

*Sie irren sich, Herr Glaser, das war die Zeitung von Herrn Präsidenten Maleta! Schauen Sie nach, Herr Glaser! Die „Südost-Tagespost“ ist hineingefallen! Lesen werden Sie ja können, Herr Glaser!)* Wissen Sie, daß ich mir aber die Zwischenrufe des Herrn Kollegen Glaser immer ausrechnen kann? Auf diesen Zwischenruf habe ich gewartet. Wissen Sie, wofür ich gerne die Verantwortung übernehme? (*Abg. Glaser: Nein!*) Das Versprechen Ihres damaligen zuständigen Ministers, daß die Autobahn bis Salzburg in vier Jahren fertig sein wird, haben wir mit Recht als einen Aprilscherz bezeichnet. (*Beifall bei der SPÖ.*) Sie ist bis heute noch nicht fertig. (*Abg. Dipl.-Ing. Wiesinger: Aber sicher!*) Heute kann man noch nicht über die Strengberge fahren.

Aber gehen wir weiter. (*Abg. Peter: Wie wollt ihr über den Strengberg fahren?*) Durch das größte industrielle Ballungsgebiet, durch unser größtes industrielles Ballungszentrum, durch die Obersteiermark, führen lebensgefährliche Straßen, die die großen dort situierten Betriebe (*Abg. Dr. Pittermann: Der Strengberg kommt bei der nächsten Sitzung dran, lassen Sie sich Zeit!*) am raschen und klaglosen Abtransport ihrer Beschäftigten und ihrer Produkte hindern. Durch das größte Wirtschaftsgebiet der Republik führt keine ordentliche Straße.

Und wenn man so wie ich einige Wochen in Vorarlberg verbracht hat, muß man feststellen, daß man am Freitag, Samstag und Sonntag zur Überwindung von 30 km eine Stunde bis eineinhalb Stunden braucht und daß einem nur der Fluchtweg über die Schweiz offensteht (*Abg. Peter: Dort haben sie auch noch keine Baudirektion, Herr Dr. Kreisky!*), obwohl es dort eine Stadt neben der anderen gibt. Daß dort keine ordentlichen Straßenverhältnisse herrschen, ist auch ein merkwürdiger Beweis der Konzeption, die Sie auf diesem Gebiet haben. (*Abg. Dr. Mussil: Ihr wollt Autobahnen nur im Burgenland haben! — Weitere Zwischenrufe.*) Auf dieser Straße muß man ja eh fahren, damit man von einer Stadt in Vorarlberg in die nächste kommt. Da muß man zweimal über die Grenze. (*Abg. Machunze: Und vom Parlament zur Oper braucht man 50 Minuten!*)

Was nun die Bauern betrifft, was die „Agrarpolitik zur Erhaltung und Stärkung eines leistungsfähigen freien Bauerntums“ betrifft, dazu werde ich keine Äußerung abgeben. (*Abg. Dr. Mussil: Ist eh gescheiter, Sie reden nichts darüber!*) Das haben die Bauern, die Sie als Zeugen aufgerufen haben, die sich am Ballhausplatz und in den verschiedenen Landeshauptstädten gemeldet haben, schon



**Dr. Kreisky**

bewiesen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich kann nur sagen (*Abg. Dr. Mussil: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold, das kann ich Ihnen gleich sagen!*), daß Ihre Regierungsbilanz in gleich steigendem Maße defizitär abschließt wie Ihre Budgetpolitik, und das ist auch die Erklärung für die politische Stimmung im Lande.

So möchte ich Ihnen nun, weil Herr Dr. Withalm das urgiert hat, bei dieser Gelegenheit ein paar Bemerkungen zu unserer Alternative sagen. Jawohl, Herr Dr. Withalm, Sie haben recht, eine solche Alternative einer Oppositionspartei kann eben vorläufig nur als ein Konzept bestehen. Wie sollte es denn anders sein! Wir stellen Ihrer Politik oder, um es deutlicher zu sagen, der Politik Ihrer Ratlosigkeit eben unsere umfassende Alternative entgegen. (*Abg. Dr. Mussil: Für das, was wir bereits erfüllt haben, stellen Sie Programme auf! So schaut es aus!*)

Wir haben uns die Sache nicht leicht gemacht. Wir haben über 1400 Fachleute — nicht so vorlaut sein, Herr Dr. Mussil, Sie kommen noch dran! — aus allen Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens zur Mitarbeit gewonnen, unter ihnen eine große Zahl von Akademikern, die bis dahin in keinem Nahverhältnis zur Sozialistischen Partei gestanden sind. Bedeutende Ärzte, darunter Professoren, ja sogar Vertreter der Ärztekammer, die normalerweise nicht zu unseren verlässlichsten Verbündeten gehören (*Abg. Dr. Mussil: Na, einige schon!*), haben an der Abfassung des Humanprogramms mitgewirkt. Zuerst haben wir das Programm zur Reform der österreichischen Wirtschaft erarbeitet. Wir haben dieses Programm nicht nur innerhalb unserer Bewegung zur Diskussion gestellt, sondern auf Pressekonferenzen, in Radiodebatten und in Diskussionen an den Hochschulen. Nie ist ein Wirtschaftsprogramm so gründlich in der Öffentlichkeit diskutiert worden wie dieses (*Abg. Dr. Withalm: Auch die Kostenberechnung?*), wobei auch sehr kritisch eingestellte Volkswirtschaftler diesem Programm attestieren mußten, daß es eine gründliche und sachliche Arbeit ist. (*Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Und nun, Herr Dr. Mussil: In den „Wirtschaftspolitischen Blättern“ Ihrer Bundeswirtschaftskammer steht über dieses Programm zu lesen (*Abg. Dr. Withalm: Über welches?*), daß das unsere und Ihr Koren-Plan, also beide Konzepte, wegen ihres hohen Grades an Sachlichkeit und Nüchternheit Anerkennung verdienen. So las man es damals! (*Abg. Doktor Mussil: Da wollten wir Ihnen eine schmeichelhafte Adresse zuschicken, Herr Dr. Kreisky!*)

Das ist sehr freundlich. Aber da wir des schmeichelnden Trostes nicht bedürfen, Herr Doktor Mussil, glauben wir auch gar nicht, daß Sie ihn uns gewähren wollten.

Aber gehen wir weiter. Ein großes Wiener Blatt, der „Kurier“, schreibt: Die moderne SPÖ konnte sich in ihrem Wirtschaftsprogramm in entscheidenden Fragen behaupten, und „Die Presse“, Herr Dr. Mussil, mit der Sie unlängst schon so ein Pech hatten (*Abg. Dr. Mussil: Ich hatte gar kein Pech!*), sagt am 20./21. Juli 1968 wörtlich (*Abg. Probst: Da wäre auch Schweigen Gold gewesen!*): „Diese wohlwollend kritische Einstellung“ — in dem Artikel in der „Presse“ — „beruht auf der Fülle positiver Aspekte, die der Entwurf der ökonomischen Versammlung der SPÖ für ein Programm zur Reform der österreichischen Wirtschaft aufweist. Selbst wenn er nichts anderes enthielte“ — schreibt der Redakteur — „als die Diagnosen der Fehlentwicklung, in denen sich der Fortschritt der österreichischen Wirtschaft in den letzten Jahren zunehmend verfangen hat, wäre es ein Dokument von unschätzbarem Wert, denn die Autoren haben es verstanden, in wissenschaftlich akzeptabler, dennoch allgemein verständlicher Form aufzudecken, was politisch-ideologischer Unverstand in der Wirtschaft schon an Unheil angerichtet hat.“ (*Abg. Dr. Mussil: Sicher haben Sie eine Menge von uns übernommen; das hat niemand bestritten!*)

Der Redakteur stellt dann weiter fest: „Die Schlußfolgerungen ergeben sich für den aufmerksamen Leser von selbst.“ — Er würde empfehlen, daß sich auch die Regierung mehr um dieses Programm kümmern würde, „aber auch ... die politischen Gegner der SPÖ auf der und um die Regierungsbank“. — So heißt es wörtlich. (*Abg. Machunze: Und was schrieb „Die Wochenpresse“? Professor Andreae?*) Ich habe ja nicht gezeugnet, daß auch kritisiert wird. Gott sei Dank werden unsere Auffassungen auch von der rechten Seite in diesem Land kritisiert, denn es wäre bedenklich um sie bestellt, wenn sie die Zustimmung der rechten Seite, der Konservativen, finden würden. (*Abg. Minkowitsch: Das hat Dr. Withalm vorher schon mit umgekehrten Vorzeichen gesagt!*)

Das Ziel unseres Wirtschaftsprogramms ist, aus Österreich einen modernen Industriestaat zu machen, der die vorhandenen Arbeitsplätze nicht nur sichert, sondern auch den jungen Menschen Chancen in der Zukunft bieten soll. Das Wirtschaftsprogramm, Herr Dr. Withalm, hat den großen Vorteil, daß jetzt jeder weiß, was die Sozialistische Partei will, und daß es Ihnen nicht leichtfallen wird,

**Dr. Kreisky**

bei intelligenten Menschen die wirtschaftliche Zielsetzung unserer Partei zu verdächtigen. (*Abg. Glaser: Das Was schon, aber das Wie nicht!*)

Ein zweites großes Problem, das wir zum Gegenstand gründlicher Prüfung gemacht haben, behandelt die Fragen der Gesundheitspolitik im engeren und weiteren Sinne. Hiezu gehören vor allem die der Umwelt, unseres Lebensraumes. Wir haben alle diese Probleme im sogenannten Humanprogramm zusammengefaßt, zu dem sich nahezu die ganze Presse trotz partieller Kritik, Herr Kollege Machunze, in höchstem Maße anerkennend geäußert hat.

Wir haben in diesem Humanprogramm auf Probleme aufmerksam gemacht, die bisher in der österreichischen Politik entweder gar keine oder nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben, die aber — davon sind wir überzeugt — in der unmittelbar nächsten Zukunft von entscheidender Bedeutung für das Leben und das Glück der Menschen sein werden.

So ein Wort zum dritten Teil unserer umfassenden Alternative, zu unseren kulturpolitischen Zielsetzungen. Das Schulprogramm wird bereits in der interessierten Öffentlichkeit lebhaft diskutiert.

Die Grundidee unseres kulturpolitischen Konzepts läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Wir haben in diesen Jahren die Erfahrung gemacht, daß die Vorstellungen vom Reichtum eines Landes sehr starken Wandlungen unterliegen. War früher eine entwickelte Landwirtschaft eine Quelle des Reichtums eines Landes, so ist heute ihre Überproduktion eine große Sorge nicht nur der Agrarstaaten, sondern auch der Industriestaaten. Man hat früher als Ausdruck des Reichtums eines Landes auch seine Bodenschätze betrachtet. Aber was bedeuten solche Bodenschätze angesichts der Tatsache, daß man heute Kohle aus den Vereinigten Staaten billiger nach Mitteleuropa transportieren kann, als wir sie aus den europäischen Kohlengebieten bekommen. Wir wissen doch genau, daß sogar brasilianische Erze billiger sind und zu günstigeren Bedingungen nach Österreich kommen, als wir das bei den gegebenen Umständen aus den eigenen Versorgungsgebieten tun können. Wir wissen, daß unsere Erdölvorräte begrenzt sind, daß sie einen Reichtum darstellen, der jedenfalls temporären Charakters ist, und daß eine moderne petrochemische Industrie auf dieser Rohstoffbasis allein nicht beruhen kann. Meine Damen und Herren! Einen Reichtum gibt es, der nicht vergeht: das sind die Begabungen und Talente eines Volkes! Sie müssen geweckt werden.

Der ganze Sinn unseres kulturpolitischen Konzeptes besteht darin, daß wir zu einer maximalen Ausschöpfung unserer menschlichen Begabungsressourcen kommen müssen. Dazu braucht man heute nicht mehr nur eine gute Grundschule, sondern dazu braucht man eine durchgehende Reform unseres gesamten Unterrichts bis zu den Hochschulen. Hier ist bisher in Wirklichkeit überhaupt nichts geschehen. Hier zeigen wir neue Wege. Sie sind in einer echten Arbeitsgemeinschaft von Professoren, Assistenten und Studenten erarbeitet worden.

Österreich liegt — so hört man oft — im Herzen Europas. Aber diese so pathetische Formulierung unserer geographischen Lage ist zwar in Sonntagsreden sehr schön, führt aber dazu, daß jede Tonne unserer Produkte mit einer äußerst hohen Frachtrate belastet ist. Deshalb brauchen wir ein verkehrspolitisches Konzept, deshalb muß die Verkehrspolitik als Teil eines gesamten Wirtschaftskonzeptes gesehen werden, und deshalb gehört ein solches Konzept auch zu unserer umfassenden Alternative.

Ich könnte nun ausführlich über die Überlegungen berichten, die wir zur Frage der Verwaltungsreform angestellt haben. Wir glauben, daß es in Österreich eine gute Verwaltungstradition gibt. Wir sind überzeugt, bekäme die Verwaltung nur jene Anleitungen, die notwendig sind, um den modernen Erfordernissen zu entsprechen, könnten wir wieder zu einer zeitgemäßen und modernen Verwaltung kommen.

Ich hätte auch gerne etwas länger über die Wohnungsproblematik gesprochen, weil wir uns mit diesen Fragen sehr gründlich befaßt haben. Ich will das aber in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit nicht tun.

Eine Gruppe angesehener Juristen aus allen Bereichen des Rechtslebens hat sich um eine notwendige und umfassendere Reform unseres Rechtswesens bemüht und einen sehr eindrucksvollen Katalog zusammengefaßt.

Meine Damen und Herren! Das ist die umfassende Alternative, die die Sozialistische Partei den Österreichern und Österreicherinnen vorlegt. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß man auf diese Art zu einer Versachlichung der politischen Auseinandersetzung in Österreich kommen wird.

Die niederösterreichischen Landtagswahlen allerdings, die Sie als Generalprobe Ihrer Propagandamethoden aufgefaßt haben, lassen uns hier wenig Hoffnung. Ihre Propagandisten wollen in Wirklichkeit die Auseinandersetzung zwischen den Parteien entpolitisieren und nehmen Zuflucht zu den Methoden der gehei-

**Dr. Kreisky**

men Verführer, wobei sie Instinkte zu erwecken versuchen, die im Interesse einer guten demokratischen Entwicklung nicht geweckt werden sollten. Sie wollen das große politische Geschäft mit der Angst machen! Wir werden Ihnen — nehmen Sie das zur Kenntnis — auf diesem Weg nicht folgen. Wir werden die kommende Auseinandersetzung so führen, daß wir uns ihrer auch nach den Wahlen nicht zu schämen brauchen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben sehr früh an unsere Alternativen ... *(Abg. Dr. Withalm: Herr Dr. Kreisky! Der Finanzminister und ich hätten Wahlreden gehalten, haben Sie gesagt? — Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich habe jetzt erklärt, daß ich Ihnen zu den Reden, die Sie gehalten haben, nun die sozialistische Alternative, die Sie urgieren haben, präsentiere. *(Abg. Dr. Withalm: Sie haben gesagt, ich hätte eine Wahlrede gehalten! Ich frage Sie nun: Was tun Sie jetzt?)*

Ich wiederhole: Wir haben sehr früh begonnen, an unserer Alternative zu arbeiten, weil wir der Meinung sind: Die Österreicher und Österreicherinnen sind Wähler und Wählerinnen nur an dem Tag, an dem sie zu den Urnen gehen, sonst sind sie Staatsbürger und Staatsbürgerinnen und wollen als solche auch behandelt werden. *(Abg. Dr. Withalm: Das sind sie auch am 1. März, wenn sie wählen!)* Die intelligenten Menschen unter ihnen wollen über die Ziele der Parteien informiert werden, um ihre Entscheidungen treffen zu können, um ihr Mitbestimmungsrecht in der Demokratie ausüben zu können.

Ich möchte nun eindeutige Klarheit schaffen: Eine große Partei wie die Sozialistische Partei hat das Recht, alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, um einen klaren Wählerauftrag zur Verwirklichung ihrer politischen Zielsetzung zu erhalten. Wir bewerben uns um diesen Auftrag. Die Entscheidung darüber, Herr Dr. Withalm — das wissen wir alle —, treffen allein die Staatsbürger und Staatsbürgerinnen!

Übermorgen ist der 26. Oktober, und ich möchte im Hinblick auf diesen Tag nur sagen, daß wir mit unserer Politik einem neuen Patriotismus dienen wollen, der sich nicht erschöpft im Heraufbeschwören einer großen Vergangenheit, sondern dem Ziele dienen will, aus unserer Republik, aus Österreich ein gutes Vaterland des ganzen Volkes zu machen! *(Lebhafter anhaltender Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Koren. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen **Dr. Koren**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf ganz kurz zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Kreisky Stellung nehmen, weil mir eine Feststellung zu einigen Punkten notwendig erscheint. *(Abg. Probst: Von der ÖVP redet niemand? Das ist eine Partei! — Abg. Dr. Pittermann: Erst im Nachziehverfahren! — Abg. Probst: Einmal redet der Finanzminister, einmal der Vizekanzler! Das ist alles, was die ÖVP zu sagen hat! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP.)* Herr Abgeordneter Probst! Ich nehme nur zu den Punkten Stellung, die mich betroffen haben. Wenn ich darauf Bezug nehmen darf. Ich darf von hier aus sprechen; das erlauben Sie mir. — Ich danke. *(Ruf bei der SPÖ: Von unten geht's ja nicht, Herr Professor! Sie sind ja kein Abgeordneter!)* Natürlich.

Der Abgeordnete Dr. Kreisky hat zuerst wieder vom Budgetprovisorium gesprochen. Ich will hier gar nicht auf die verfassungsrechtlichen Probleme, die damit verbunden sind, eingehen, aber ich darf wohl eines feststellen: daß die Überlegungen, die die Bundesregierung veranlaßt haben, ein Budget für 1970 vorzulegen, die waren, daß uns gerade in der heutigen Situation — und sie ist sicherlich ohne jeden Grund für eine Euphorie, wie Sie meinten, Herr Doktor Kreisky — eine Unterbrechung in der Kontinuität der Staatstätigkeit als unverantwortbar erschienen ist. Ich habe mir erlaubt, das in meiner Budgetrede festzuhalten.

Herr Abgeordneter Dr. Kreisky! Sie haben von einer Leichtfertigkeit gesprochen, mit der mit der Budgetwahrheit umgegangen werde. Die Liste ist in den letzten Tagen viel kleiner geworden, die schon lange vor der Budgetdebatte durch die Gegend geisterte. Was Sie heute angeführt haben, Herr Dr. Kreisky, scheint mir nicht mehr angetan zu sein, den Vorwurf, die Budgetwahrheit sei leichtfertig gefährdet worden, aufrechtzuerhalten. Denn alles, was Sie vorbringen konnten, war eine Nichtvorsorge für Lehrerforderungen, die noch nicht abgehandelt sind, wo es für das Jahr 1970 um eine Größenordnung von maximal 20 bis 25 Millionen, wenn es viel sein sollen 40 Millionen Schilling geht; das ist ein Bruchteil, ein winziger Bruchteil des Jahreslohnbudgets der Unterrichtsverwaltung. *(Abg. Dr. Kreisky: Für das kommende Jahr?)* Für das Jahr 1970, ja! *(Abg. Dr. Staribacher: Mit 40 Millionen?)* Ja! *(Abg. Dr. Kreisky: Da werden sich die Lehrer aber freuen!)*

Herr Abgeordneter Dr. Kreisky! Ich bin gerne bereit, Ihnen das im Detail zu erklären. Ich sehe nur keine Veranlassung, hier jetzt eine lange Lohnverhandlungsdebatte abzuführen.

**Bundesminister Dr. Koren**

(*Abg. Lanc: Das kann ich verstehen!*) Es kommt ja — darüber war Einigkeit bei allen Verhandlungen — nur ein Termin gegen Ende des Jahres in Frage. (*Ruf bei der SPÖ: Eben nicht, sonst hätten sie ja nicht gestreikt!* — *Abg. Dr. Androsch: Trotzdem macht das mehr als 40 Millionen! 1,3 Milliarden!*) Herr Doktor! Erledigen wir das nicht von hier aus. Die Gesamtforderung der Lehrer ist auf eine Jahresbasis von 120 Millionen Schilling bezogen, Herr Doktor Androsch. (*Abg. Doktor Staribacher: Aber nur die Mittelschullehrer!*) Herr Doktor Staribacher! Die Volksschullehrerregelung kann wiederum nur für die Lehrer der Pädagogischen Akademien — und das sind nur Hunderte — mit Ende des nächsten Jahres in Kraft treten, während für alle übrigen frühestens im Jahre 1971 die erste Etappe einer Angleichung erfolgen wird. Also wird 1970 nur ein Bruchteil anfallen, und darum ist es, Herr Dr. Kreisky, ja letzten Endes gegangen.

Der zweite Punkt, den Sie angeschnitten haben, war der, daß für die Arbeitszeitänderung nichts vorgesorgt worden sei. Ich darf darauf hinweisen, daß darüber noch keineswegs abverhandelt wurde und daß der Betrag, den Sie genannt haben, eine Phantasiegröße ist. (*Abg. Dr. Kreisky: Ich habe ja gar keinen Betrag genannt!*) Verzeihen Sie, ich nehme es sofort zurück — das war auf der gestrigen Pressekonferenz der Arbeiterkammer! Ja. Seit gestern ist man erheblich vorsichtiger geworden. (*Ruf bei der SPÖ: Sie hauen ja alles durcheinander!*) Sie haben sich seit gestern gebessert, Doktor Weihs, Sie haben die Liste wesentlich gekürzt. (*Abg. Dipl.-Ing. Doktor O. Weihs: Ich war ja gar nicht dabei, Sie waren dort!*)

Und auf der Einnahmenseite, Herr Doktor Kreisky, war überhaupt nichts los. Und als nächstes haben Sie gar nichts monieren können, denn da hat sich wahrscheinlich inzwischen herausgestellt, daß die Einnahmenschätzungen in dem von mir vorgelegten Haushalt auf Heller und Pfennig der Beiratschätzung vom vorigen Jahr entsprechen, wenn man sie auf der erhöhten Grundlage 1969 hält. (*Ruf bei der SPÖ: Das stimmt nicht!* — *Abg. Dr. Staribacher: Das stimmt nicht genau! Da gibt es ganz schöne Differenzen! Aber wir werden uns ja noch unterhalten!*) Doktor Staribacher! In Summe werden Sie wahrscheinlich zugeben müssen — das ist auch gestern passiert —, daß es keine Differenz gibt. (*Abg. Dr. Staribacher: Es ist überhaupt nichts passiert! Geringfügige Differenzen, und über die werden wir uns noch unterhalten! Das sind etliche Millionen, meine Herren!*)

Herr Doktor Staribacher! Wir können natürlich gerne und jederzeit eine akademische

Debatte abhalten über Promilledifferenzen bei Vorausschätzungen. (*Heiterkeit und Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich weiß nicht, ob das von besonderlichem Interesse für die Zuhörer sein wird. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: So wie im Siebenundsechzigerjahr!*)

Herr Doktor Kreisky! Sie haben von einer echten Täuschung der Öffentlichkeit gesprochen, indem Sie sagten, die vorgelegten Budgets hätten niemals dann dem späteren Rechnungsabschluß, dem betreffenden Defizit entsprochen. Sie nannten eine Zahl von 1,8 Milliarden Schilling als Durchschnittsdifferenz der letzten Jahre.

Ich darf diesen Durchschnitt ein bißchen aufhellen. Im Jahre 1966 war die Abgangsdifferenz 1,2 Milliarden Schilling, 1967 war sie 4,1 — das war das Rezessionsjahr mit der notwendigen Impulsgebung über den Staatshaushalt —, und im Jahre 1968, dem normalen, beginnenden Aufschwungsjahr, betrug sie 0,2 Milliarden. Der Durchschnitt ist allerdings 1,8 Milliarden. Aber, Herr Doktor Kreisky, in diesem Durchschnitt steckt die expansive Politik des Jahres 1967 drinnen, und gegen die haben Sie ja, glaube ich, im großen und ganzen nichts einzuwenden gehabt. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Kreisky: Gestimmt hat es nicht! Es geht nur darum, daß es nie gestimmt hat! Warum soll es ausgerechnet jetzt stimmen?*) Was stimmt nicht? (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Herr Doktor Kreisky! Es hat im Laufe der Geschichte von Staatshaushalten noch niemals einen Staatshaushalt gegeben, bei dem Voranschlag und Abschluß übereingestimmt hätten, weil dies undenkbar und unmöglich ist. Ich habe hier nur gezeigt, daß Ihre Rechnung ... (*Rufe bei der SPÖ: ...stimmt!*) Der Durchschnitt stimmt, ja! Sie haben aber diesen Durchschnitt dazu benützt, um nachzuweisen, es wären immer und in jedem Jahr größere Defizite entstanden, während der Durchschnitt, den Sie präsentieren konnten, nur durch das Jahr 1967 bewirkt wird, während 1968 schon eine Minimalabweichung von 200 Millionen bei einem fast 90 Milliarden-Budget eine lächerliche Größe ist. (*Ruf bei der SPÖ: Eine Viertelmilliarde!*) 200 Millionen! Das ist also, ich darf es noch einmal sagen, ein in Prozenten nicht mehr meßbarer Betrag, gemessen am Ausgabenrahmen. (*Abg. Doktor Pittermann: Bei Flüssigmachung des halben Eventualbudgets!*)

Herr Dr. Kreisky! Ich darf weiter auf Ihre Feststellung eingehen, es wäre noch vertretbar gewesen, die Staatsschuld zu vergrößern, wenn wenigstens Investitionen getätigt worden wären. Darf ich eines festhalten: Das durch-

**Bundesminister Dr. Koren**

schnittliche Investitionsvolumen des Bundes war in den vier zurückliegenden Jahren in einer Größenordnung zwischen 16 und 18 Milliarden Schilling. Die Nettoverschuldung in diesen vier Jahren ist niemals größer gewesen als zwischen 3, maximal 4 Milliarden Schilling. (*Abg. Dr. Androsch: Wann waren es 18 Milliarden?*) 18 werden es 1970 sein, im heurigen Jahr sind es 17. (*Abg. Dr. Androsch: Sie haben gesagt, es „war“!*) Ich habe gesagt, zwischen 16 und 18, Herr Dr. Androsch! 16 war das wenigste, 18 ist das höchste. Dazwischen liegen alle Werte.

Aber es geht darum, daß die tatsächliche Nettostaatsverschuldung einen Bruchteil (*Abg. Peter: Jetzt wird es polemisch, Herr Präsident!*) der tatsächlichen Investitionen ausgemacht hat. Das heißt, es ist in all diesen vier Jahren wesentlich mehr investiert worden, als der Nettozunahme der Staatsverschuldung entspricht. (*Abg. Dr. Kreisky: Ich habe von ertragsbringenden Investitionen gesprochen!*) Alle Staatsinvestitionen, Herr Dr. Kreisky, bringen Erträge, das heißt, sind volkswirtschaftlich rentabel nur auf einem Umweg. Direkte Ertragsinvestitionen gibt es im Staatshaushalt beim besten Willen nicht. (*Abg. Dr. Kreisky: Das stimmt doch nicht! Da gibt es sehr wesentliche Unterschiede!*)

Ich darf einen abschließenden Punkt anschneiden. (*Abg. Dr. Androsch: Herr Minister! Wie ist das mit den Investitionen der Post? Können sie direkt rentabel sein oder nicht? Die haben Sie ja mitgerechnet bei den 16 Milliarden!*) Das sind Betriebsinvestitionen bei der Post, Herr Dr. Androsch! (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich bin gerne und jederzeit bereit — das wissen Sie von mir —, in einem Forum, wo wir in einiger Ruhe darüber reden können, über alle diese Fragen zu diskutieren. (*Abg. Dr. Kreisky: Sie reden ja jetzt hier!*) Sie können versuchen, mich hier aus der Contenance zu bringen, es wird kaum gelingen. (*Abg. Dipl.-Ing. Doktor O. Weihs: Das wollen wir gar nicht! Sie sind ohnehin schon draußen!*)

Ich darf noch einen Punkt anschneiden, Herr Dr. Kreisky, wo ich für eine Aufklärung dankbar wäre. Sie haben bisher in der Regel immer von 12.000 S gesprochen, die jedem einzelnen Österreicher im Laufe dieser Legislaturperiode sozusagen abgenommen worden wären. (*Abg. Haas: Aus der Tasche genommen!*) Sie haben heute plötzlich von 27 Milliarden gesprochen. Ich weiß nicht, wie Sie diese Größenordnung rechnen. Ich darf nur eines dagegen festhalten: daß bei der gleichen Rechentechnik, die Sie bisher angewendet haben, der Zuwachs des Volkseinkommens in diesen vier Jahren 132 Milliarden Schilling gewesen ist.

Ein letztes zum Personalaufwand. Sie haben festgehalten, Herr Dr. Kreisky, daß aus der Verwaltungsreform nur ein Mäuschen geboren worden wäre; 600 Dienstposten seien eingespart worden. Ich habe in meiner Budgetrede ziemlich eingehend dazu Stellung genommen, Herr Dr. Kreisky, und versucht, aufzuschlüsseln, daß bei einem Gesamtpersonalstand von 270.000 Menschen, wo ein großer Teil — mehr als die Hälfte — auf arbeitsintensive Betriebe entfällt, eine Personalrationalisierung nur in sehr geringem Umfang möglich ist. In sehr großen Bereichen der Beschäftigung im öffentlichen Dienst ist ein Einschränken wegen der wachsenden Aufgaben gar nicht möglich, wie zum Beispiel im Bereich der Exekutive oder im Schul- und Unterrichtswesen, wo allein in den letzten vier Jahren fast 15.000 Menschen mehr beschäftigt wurden. Es ist nicht möglich, unter diesen Voraussetzungen eine Senkung der gesamten Personalstände herbeizuführen.

Wir sind vorläufig, Herr Dr. Kreisky, noch immer das einzige Land in Europa, dem es in den letzten vier Jahren gelungen ist, einen stark steigenden Trend der gesamten Staatsbeschäftigung zu stoppen und in eine leicht sinkende Tendenz zu verwandeln. (*Abg. Doktor Kreisky: Da muß man noch kontrollieren, wie die Zahlen sind! Die Zahlen sind nicht immer ganz präzise! Das werden wir uns noch anschauen!*) Das dürfen Sie. Das steht Ihnen gerne frei, Herr Dr. Kreisky!

Ich glaube, daß man an alle diese Fragen — ich glaube, Herr Dr. Kreisky, gerade Sie werden es tun — nur unter der Voraussetzung herangehen kann, daß in soziale und arbeitsrechtliche Fragen dabei nicht eingegriffen werden kann, das heißt, daß bestehende Rechte ebenso gewahrt werden müssen.

Darf ich auf eines hinweisen: Jetzt sind unsere Personalstände altersmäßig in einer Phase, daß die Zahl derjenigen, die ausscheiden, sehr gering ist, weil jetzt jene Jahrgänge das Pensionsalter erreichen, die aus den schlechten Jahren der Zwischenkriegszeit kommen, in denen Aufnahmesperre bestand und die sehr dünn besetzt sind. Das heißt, es findet nur ein sehr geringer Abgang durch Pensionierungen statt, was natürlich den Spielraum einer Verringerung durch das normale Ausscheiden wesentlich verkleinert.

Wenn Sie das alles zusammen berücksichtigen, Herr Dr. Kreisky, dann, glaube ich, kann man nicht mehr davon sprechen, daß bei der Verwaltungsreform im weitesten Sinne in Österreich nur ein Mäuschen geboren worden ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

13310

Nationalrat XI. GP. — 153. Sitzung — 24. Oktober 1969

**Präsident Wallner**

Ich weise die Regierungsvorlage dem Finanz- und Budgetausschuß zu. *(Lebhafte Unruhe. — Abg. Konir: Keine Verteidigung der ÖVP-Regierung? Das ist eine Regierungspartei! Dreimal muß der Minister reden! — Abg. Mayr: Warum habt ihr den Weihs zurückgezogen?)*

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für Mittwoch, den 19. November um 11 Uhr zur Abhaltung einer Fragestunde ein. *(Anhaltende Unruhe. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.)* Ich bitte um Ruhe!

Außerdem werden die im Geschäftsordnungsgesetz vorgesehenen Verlautbarungen beziehungsweise Mitteilungen erfolgen.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 13 Uhr 30 Minuten**